

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 20. September 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen: Vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 20 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Preisband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Kolonette oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Bezirkstagswahlen in Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg wird uns geschrieben:

Zum erstenmal vollzogen sich in ganz Elsaß-Lothringen die Bezirkstagswahlen am letzten Sonntag als wirklich politische Wahlen. Noch vor drei Jahren war es unserer Partei trotz großer Anstrengungen nur in einzelnen Kantonen gelungen, politische Gesichtspunkte in den Vordergrund zu rücken.

Der bisherige unpolitische Charakter der Wahlen zum Bezirkstag ist leicht zu erklären aus den Befugnissen und der Geschichte der Tätigkeit der Bezirkstage. Die Bezirkstage, die an Stelle der früheren „Conseils généraux“ getreten sind, haben in erster Linie verwaltungsrechtliche Befugnisse. Ihrer Kontrolle unterliegt das Armen- und Irrenwesen, der Straßenbau usw. des Bezirks. Außerdem haben sie das Recht, Wünsche in politischen Fragen auszusprechen, die die Regierung erfüllen oder lang- und kluglos ohne Motive ablehnen kann. Ihre bedeutendste Funktion beruht in der Wahl von 34 der 58 Landesauswahlmittglieder. Dadurch beherrschen die Bezirkstage das Landesparlament und die Landesgesetzgebung, und die Zusammenfassung des Landesauswahlausschusses ist ein getreues Abbild der Zusammenfassung der Bezirkstage. Denn bei dem „ruhigen“ Charakter der Wahl zum Bezirkstag wurden die Abgeordneten zum Landesauswahlausschuss nicht nach politischer Richtung, sondern — nach Anciennetät und Religion gewählt, und zwar wurde meist paritätisch verfahren. Ein ausgezeichneter Protestant wurde immer nur durch einen Glaubensgenossen ersetzt. Kam aber eines der wenigen sozialdemokratischen Mitglieder an die Reihe, so verloren Anciennetät und Religion ihre Rechte — eine Ausnahme, die wir gern hinnahmen.

Jeder der drei Bezirke (der ehemaligen Departements) hat einen Bezirkstag, und zwar zählt der oberelsässische 26, der unterelsässische 35 und der lothringische 34 Mitglieder. Da der oberelsässische Bezirkstag 10 Abgeordnete wählt, der unterelsässische 13 und der lothringische 11, so ist unschwer zu erkennen, welche politische Bedeutung die Eroberung jedes einzelnen Bezirkstagsmandats hat. Aber diese Aufgabe der Bezirkstage ist noch nicht sehr alten Datums. Die französischen Bezirkstage hatten selbstverständlich diese rein politische Tätigkeit nicht zu erledigen. So liegt gewissermaßen in der Geschichte der Bezirkstage der Hauptgrund, warum bei den Wahlen die politische Parteirichtung so gut wie völlig unberücksichtigt blieb. Man wählte den einflussreichsten und bekanntesten Einwohner des Kantons, meist den reichsten Bürgermeister. Nur so ist es erklärlich, daß so viel Bürgermeister und auch Notare in den Bezirkstagen und im Landesauswahlausschuss sitzen.

Es braucht kaum hervorzuheben zu werden, daß die sozialdemokratische Partei sich seit ihrem Bestehen im Reichsland eifrig bemühte, die Wählerchaft über die politische Tragweite der Bezirkstagswahlen aufzuklären, namentlich deshalb, um auch bei diesen Wahlen eine prinzipielle Propaganda betreiben zu können. Erfolg hatte sie hierbei zunächst in den Städten, so daß sie nach einem Mißerfolge im Jahre 1894 schon drei Jahre später ein Mandat in Straßburg mit Vöble und eins in Marckirch mit dem inzwischen aus der Partei ausgeschlossenen Ex-Reichstagsabgeordneten Vueb eroberte. Aber noch 1900 konnten wir trotz intensiver Agitation nicht weiter kommen, und 1903 nahmen wir nur ein Mandat mit Paikotes den Merikolen in Straßburg ab. Gerade auf dem platten Lande in Industriebezirken zeigte sich, wie wenig die politische Stellung des Kandidaten eine Rolle spielte. So unterlagen wir in Wischweiler vollständig, wo wir nach den Ergebnissen der 3 Monate vorher stattgefundenen Reichstagswahl mit großer Mehrheit hätten durchdringen müssen.

Ganz anders lagen die Verhältnisse bei den diesjährigen Bezirkstagswahlen. Ihr besonderes Kennzeichen liegt schon im Auftreten der Parteien, denn auch noch manche Konfusion dadurch eintrat, daß einflussreiche Notabeln auf die Zentrumsliste genommen wurden. In erster Linie aber verlieh das energische Auftreten unserer Partei den diesjährigen Wahlen ihr besonderes Gepräge.

Anerkannt werden muß allerdings, daß unserer Agitation namentlich die Fleischsteuerung und die neuen Steuern zugute kamen. In der Hauptsache aber war es unsere anhaltende Propaganda, die uns unseren glänzenden Erfolg verschaffte. Wir beteiligten uns in 17 von 31 zur Wahl stehenden Kantonen, und gerade der Umstand, daß von den Bezirkstagsmitgliedern jedes dritte Jahr ein Drittel ausscheidet, nützte uns insofern sehr, als wir in Ortsknoten einzudringen vermochten mit Flugblättern und Berammlungen, die uns bei allgemeinen Wahlen verschlossen geblieben waren.

Der ganze Wahlkampf nahm nun gerade in den ländlichen Kantonen, in denen wir uns noch nie an der Wahl beteiligt hatten, einen überaus heftigen Charakter an. Wir verbreiteten zuerst ein allgemein prinzipiell gehaltenes Flugblatt in über 200 000 Exemplaren in den 17 Kantonen und hernach noch mehrere Flugblätter. In kleinen Landorten hielten wir mit großem Erfolg zahlreiche Berammlungen

ab. Dabei hatten wir in zurückgebliebenen Kantonen, wie in dem französisch sprechenden Schirmeck, wo wir den typischen Notabeln, den Fabrikanten und Bürgermeister Scheidecker, bekämpften, mit Wahlbier und ähnlichen Mitteln zu ringen.

Das Resultat entspricht der geleisteten Arbeit. Selbst die liberale Presse schreibt von unserem „glänzenden Erfolg“. Wir haben unsere zwei Mandate behauptet und stehen in Gebweiler, Schiltigheim, Geispolsheim und Schirmeck in günstiger Nachwahl. Unser Stimmengewinn ist enorm. Ein Beispiel bietet der Kanton Varr, in dem 1900 (Ersatzwahl) der liberale Kandidat Graf von Andlau mit 1700 Stimmen gegen 500 gewählt wurde, die auf unseren Kandidaten fielen. In diesem Jahre erhielten wir 750 Stimmen, während der Herr Graf mit knapp 1000 Stimmen „fiel“. Im ganzen erhielten wir 15 000 Stimmen trotz des sehr beschränkten Wahlrechts. Da die Zahl der Kantone, in denen wir diese Stimmenzahl erzielten, etwa einem Sechstel der gesamten Reichstagswahlkreise gleichkommt, läßt sich leicht ermessen, welchen Fortschritt wir seit 1903 zu verzeichnen haben, wo wir 68 600 Stimmen im ganzen Land erhielten.

Dagegen fielen das Zentrum und besonders die Liberalen glänzend ab, so daß wir die Bezirkstagswahlen als ein äußerst günstiges Vorzeichen für die nächsten Reichstagswahlen, vornehmlich auf dem Lande, betrachten können.

Die russische Revolution.

Vor dem Bankrott.

Der russischen Regierung wird von Tag zu Tag ängstlicher zu Mute bei dem Gedanken, die Nachrichten, die im Auslande über Rußlands trübe Finanzlage kursieren, könnten die nun bald zu erwartende neue russische Anleihe ernstlich gefährden. In den letzten Tagen lancierte die russische Regierung schon eine Mitteilung in die Presse, aus deren gedundenen Andeutungen hervorgehen sollte, daß keinesfalls eine neue Reichsanleihe beabsichtigt sei, sondern daß allerhöchstens Nikolau, der Zar, den Versuch machen würde, eine persönliche Anleihe auf sein ehrliches Gesicht hin aufzunehmen. Da diese Notiz in ganz Europa mit der gebührenden Heiterkeit aufgenommen wurde, so hält die russische Regierung es für erforderlich, durch die Petersburger Telegraphen-Agentur folgende, ihre Finanzlage schon färbende Nachricht verbreiten zu lassen:

Petersburg, 19. September. Londoner Blätter haben erklärt, sie hätten erste Gründe, zu vermuten, daß die seit zwei Wochen im Umlauf befindlichen Gerüchte, die russische Staatsrentei befände sich in arger Verlegenheit, nicht unbegründet seien, und daß dem Finanzminister infolgedessen kein anderer Ausweg bleibe als eine mehr oder weniger umfangreiche Einstellung der Zahlungen in klingender Münze. Wir sind ermächtigt mitzuteilen, daß der Finanzminister nichts dergleichen erwartet. Aus dem letzten Rechenschaftsberichte der Staatsbank ist ersichtlich, daß die russischen Kreditbillets durch entsprechende Golddeckung Rubel pro Rubel gedeckt sind. — ? —

Es ist interessant, dieser Regierungserklärung eine Notiz gegenüber zu stellen, die wir heute in der „Russ. Kor.“ finden. Sie lautet:

Aus Kostromo wird der Petersburger Zeitung „Nesch“ geschrieben, daß der Gouverneur allen örtlichen Fabriken eine Anordnung zugehen ließ, wonach die Fabrikanten, bei denen dauerliche Arbeiter beschäftigt werden, die rückständigen Steuern von dem Arbeitslohn abziehen sollen. Diese eigenartige Form der Steuererhebung läßt die Fabrikanten befürchten, daß die Ausführung einen Streik hervorrufen wird. — Wie muß es mit den Mitteln des Staates bestellt sein, wenn er zu dieser Form der Steuererhebung schreitet? Das sieht aus wie Verzweiflung.

Trepow.

Es war voranzusehen, daß Nikolau an der Beerdigung Trepows nicht teilnehmen würde. Seine Kräfte gestatten ihm solche Extravaganzen nicht. Dieses Motiv darf natürlich nicht zugegeben werden, und so läßt man denn Gerüchte schwärzen, daß der Zar in Rücksicht auf Orientate, die für den Tag des Begräbnisses Trepows geplant scheinen, von diesem ferngehalten werden solle!

Was die Gerüchte betrifft, die den plötzlichen Tod Trepows zum Gegenstand haben, so interessiert besonders die Mitteilung, daß ein gewisser Bulajel, Mitglied des Vorstandes russischer Männer, in der „Nesche Seanja“ erklärt, Trepow sei seines natürlichen Todes gestorben.

Der Kuriosität halber sei auch noch die Mitteilung der Zeitung „Korok“ registriert, die wissen will: Trepow sei überhaupt nicht gestorben, sondern mit seiner Familie ins Ausland geflohen, um den Nachstellungen der Revolutionäre zu entgehen!

Aus Warschau.

Warschau, 18. September. (Von einem Privatberichterstatter.) Heute nachmittags wurden beide Ufer der Weichsel bei der Baustelle der neuen Brücke militärisch besetzt und der Fluß mit Kriegsfahrzeugen abgesperrt. Noch umfangreichen Untersuchungen wurden 900 Personen, meist Arbeiter und Ingenieure, арretiert, später aber die meisten freigelassen.

Warschau, 19. September. Heute früh wurde hier in der Biellaststraße der Artillerieoberst Nikolajew durch Revolverschläge getötet. Die Täter sind erloschen.

Warschau, 19. September. Infolge der immer mehr unsicher werdenden Lage beschloßen zahlreiche Industrielle zu liquidieren. Ein Konsortium englischer und französischer Kapitalisten hat sich bereit erklärt, eine größere Anzahl Etablissements zu übernehmen.

Regierungs-Ausflüchte.

Petersburg, 19. September. Die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht folgende Mitteilung:

Die Presse der Opposition fährt fort, das durch die Regierung erlassene Verbot des von der Partei der Volksfreiheit geplanten Kongresses als eine Maßnahme darzustellen, welche mit der Erklärung der Regierung, daß sie mit dem freien Ausdruck der öffentlichen Meinung rechnen wolle, im Widerspruch stehe. Da der Kongress in Wirklichkeit nur aus einer Reihe politischer Berammlungen bestanden hätte, für welche keine Erlaubnis der Regierung, sondern nur die Anzeige bei der Ortsbehörde erforderlich war, so war die Regierung zu der Annahme berechtigt, daß die Partei der Volksfreiheit durch die nachgeachtete Genehmigung entweder offenbare Zugeständnisse erzwingen oder einen Grund zu Klagen über die Regierung schaffen wolle, sei es auch nur, um einen Vorwand zu abermaliger Parteiagitation im Lande zu haben. Der geplante Kongress sollte zu nichts weiter als zum Proteste gegen die bestehenden Gesetze dienen, und natürlich hätte die Volkspartei kein Mittel zur Vereingung ihrer Absichten unversucht gelassen. Die Regierung, welche fest entschlossen ist, mit dem freien Ausdruck der öffentlichen Meinung zu rechnen, konnte ihre Zustimmung zu einer im Sinne des Woborger Aufrufes beabsichtigten revolutionären Agitation nicht geben. Der Vertreter der Volksfreiheit, welcher beim Minister Stolypin die Erlaubnis zur Abhaltung des Kongresses nachsuchte, behauptet in der Presse der Opposition, der Ministerpräsident habe den Kongress unter Bedingungen gestattet wollen, auf welche, wie er selbst überzeugt war, die Radetten nicht eingehen würden. In Wirklichkeit verweigerte Stolypin von vornherein die Abhaltung des Kongresses und versprach nur auf Drängen des erwählten Vertreters, zu erwägen, ob es etwa möglich sei, den Kongress unter Bedingungen stattfinden zu lassen, welche verhindern würden, daß der Kongress als Mittel zu politischer Agitation ausgenutzt werde. Diese Absicht wurde später aufgegeben, weil der Minister den Kongress gestattet oder verboten, aber keine Beschränkungen für dessen Tätigkeit vorschreiben darf. Ebenso unbegründet sind die Auslassungen der Oppositionspresse über die Nichtlegalisierung der Partei der Volksfreiheit; insbesondere die politischen Erwägungen der Zentralregierung, von denen die Opposition spricht, haben dabei keine Rolle gespielt. Das geht schon aus dem absichtlich mit Schwächen überangegangenen Rapport hervor, daß die Statuten der Partei gleichmäßig nicht der Zentralregierung, sondern der Gouvernementsbehörde für Berammlungsangelegenheiten zur Bestätigung vorgelegt wurden und gleichzeitig wie dieser Partei auch dem Verband vom 30. Oktober wegen einer Reihe von Abweichungen von den Statuten vom Gesetze die Anerkennung verweigert wurde, obgleich doch der Verband keine revolutionären Zwecke verfolgte. Wenn die Statuten der Partei der Volksfreiheit nur an formalen Fehlern leiden, welche die Verfasser übersehen haben, so können sie korrigiert werden. Sind die Verstöße gegen das Gesetz aber absichtlich gemacht, so wird jede Behörde die Bestätigung verweigern.

Petersburg, 19. September. Da die schwedische Regierung die Abhaltung des Radettenkongresses in Schweden verboten hat, beabsichtigen die Radetten, denselben unwehrl in Norwegen abzuhalten.

Svaborg.

Helsingfors, 18. September. Heute morgen sind gemäß dem Spruche des Kriegsgerichts 17 Matrosen der Svaborgers Marinekompanie erschossen worden. Von den übrigen Angeklagten wurden 80 zu Zwangsarbeit von verschiedener Dauer und zum Disziplinardetachment verurteilt, 11 freigesprochen.

„Militär-Enthusiasmus.“

Wir lesen in der „Russ. Korresp.“: In diesem Jahre macht sich ein besonders starker Zudrang zu den militärischen Schulen jeder Art bei uns bemerkbar. Die Regierung wittert, daß dieser Zudrang lediglich durch das Bestreben der Jugend erklärt wird, in der Armee revolutionäre Propaganda zu treiben, und sie läßt über den auffallenden Militärenthusiasmus der Jugend Nachforschungen anstellen. —

Eine finnische Thronrede.

Am Dienstag verlas der Generalgouverneur von Finnland in Helsingfors beim offiziellen Schluß des außerordentlichen Landtages folgende Thronrede:

„Vertreter des finnischen Volkes! Ihr würdet berufen zur Beratung der Entwürfe zur Reorganisation der Grundgesetze, desgleichen einiger Gesetze, denen die Bedeutung an Grundgesetzen fehlt, die jedoch die wichtigste Seite des Staatslebens betreffen, beispielsweise die Landtagswahlordnung. Nach neunmonatlicher Arbeit habt Ihr die gestellte Aufgabe beendet. Ich habe mich überzeugt, daß Ihr die Arbeit gewissenhaft, ruhig und unparteiisch ausgeführt habt. Einige Gesetzentwürfe habe ich bereits bestätigt, betreffs anderer eure ausgesprochene Meinung in Erwägung gezogen.“

Keinen Dank spreche ich Euch aus für die mehrfach ausgedrückten Gefühle der Unterwürfigkeit, an deren Aufrichtigkeit ich nicht zweifle.

Während des jetzigen Landtages war zum letzten Male die Ständevertretung verammelt. Dieselbe schließt jetzt ihre Tätigkeit ab durch die Ausarbeitung des neuen Landtagsstatutes und Wahlgesetzes, welches das politische Wahlrecht auf alle Bürger ohne Unterschied ausdehnt. Mögen diese Gesetze zur festen Grundlage der weiteren Entwicklung des Landes im Bereiche des Rechtes und der Kultur dienen.

In einigen Orten des Landes ist aus der Mitte der Arbeiter leibliche Unzufriedenheit über wirtschaftliche und rechtliche Angelegenheiten ausgebrochen. Ich hoffe, daß der aufgeregte Zustand der Gemüter und die Gärung schwinden werden, sobald das Volk in der gesetzmäßigen Beratung seiner Wünsche den richtigen Weg findet zur Befriedigung seiner Bedürfnisse. Die Regierung wird ihrerseits gesetgeberische Maßnahmen finden, um den Wohlstand der arbeitenden oder bedürftigen Mitglieder der Gesellschaft zu heben. Ich erwarte, daß es bald möglich sein wird, für den Landtag Reformprojekte auszuarbeiten hinsichtlich der wirtschaftlichen

Lage der Land- und Industriearbeiter. In einer Zeit, wie die gegenwärtige, wo die gesellschaftliche und staatliche Reorganisation die wichtigsten Seiten des Volkslebens berührt, ist es notwendig, daß alle Wohlgestanten nach besten Kräften an der Lösung der bevorstehenden Aufgabe sich beteiligen. Ich wünsche von Herzen, daß zwischen den Regierungsbehörden und den Bürgern ein fruchtbares Zusammenwirken zustande komme. Gemeinsam mit Euch zum Allerhöchsten Gebete sendend für das Wohl Finnlands, erkläre ich den Landtag für geschlossen. *Risofaus.*

In „Väterchen“ Klauen.

Mailand, 19. September. (B. S.) Der „Avanti“ meldet aus Petersburg die Verhaftung seines Korrespondenten Fitzpatrick. Das Blatt erklärt, der Korrespondent sei englischer Nationalität und sei im Besitze eines von der Petersburger englischen Votschaft ausgestellten Passes gewesen. Die Votschaft soll auch bereits sich der Angelegenheit angenommen haben. Das Blatt fordert in einem Aufruf die übrige Presse auf, energisch die Freilassung des Verhafteten zu verlangen. England pflegt nicht mit sich spaßen zu lassen und so wird dem der Korrespondent unseres Bruderblattes hoffentlich bald aus „Väterchen“ Klauen befreit werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September.

Agrarier-Wiße.

Die im Dienste der Agrarier stehende Presse hat ein neues Argument gefunden, um zu beweisen, daß von Fleischnot in Deutschland nicht die Rede sein kann. Noch im vorigen Jahre versicherte sie, daß die deutsche Landwirtschaft reichlich den Fleischbedarf des deutschen Volkes zu decken vermöchte und die Fleischsteuerung nur als eine bald wieder verschwindende, durch die besonders ungünstige Futtermittelernte des Jahres 1904 hervorgerufene Erscheinung betrachtet werden dürfe. Da seitdem trotz der außerordentlich guten Futtermittelernte des Vorjahres die Vieh- und Fleischpreise nicht gefallen, sondern noch weiter emporgeschwollen sind, läßt sich diese Behauptung nicht mehr gut verwenden, und so sind denn die großen Theoretiker der Agrarpolitik auf ein anderes schönes Argument verfallen. Die Fleischpreissteigerung, sagen sie, rührt nicht daher, daß die Landwirtschaft nicht den Fleischbedarf zu decken vermag, sondern daß der Fleischverbrauch sich nicht der deutschen Viehproduktion anpaßt. So heißt es z. B. in einer durch die Agrarpresse laufenden Notiz der „Berl. Pol. Nachr.“:

„Das Anziehen der Fleischpreise gibt unserer freihändlerischen Presse Anlaß zu dem Veruche, einen neuen Fleischnotrummel in Szene zu legen. Dabei hat man es allerdings nur mit einem schwachen Ablatich der vorjährigen Fleischnotkampagne zu tun; denn das damals hauptsächlich verfolgte Ziel, der auf der Grundlage des Zolltarifes von 1902 angebaute Neuordnung unserer Zoll- und Handelsbeziehungen zum Auslande noch in letzter Stunde erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten, ist endgültig verfehlt und kommt heute* nicht mehr in Betracht. Immerhin bleibt die Mäglichkeit, die Erhöhung der Fleischpreise für die politische Opposition angemessen zu fruktifizieren. Wenn anzunehmen ist, daß die Fleischpreise und zwar in ungleich höherem Maße als die Viehpreise bei den Produzenten in letzter Zeit gestiegen sind, so wird man die Ursache dieser Erhöhung doch nicht ausschließlich oder auch nur hauptsächlich in der Entwicklung der deutschen Fleischproduktion zu erblicken haben. Die Ursache liegt vielmehr nicht darin, daß die deutsche Viehzucht und Viehhaltung nicht imstande wäre, den normalen, mit der Bevölkerung steigenden Bedarf des deutschen Volkes an Fleischmengen in dem bisherigen Umfange zu befriedigen, sondern daß neben der normalen, mit der Zunahme der Bevölkerung Hand in Hand gehenden Steigerung des Fleischverbrauches eine starke, bräunliche Sprungweise auftretende Vermehrung dieses Verbrauches eingetreten ist. Diese außergewöhnliche Zunahme des Fleischverbrauches steht in unmittelbarem ursächlichem Zusammenhange mit der industriellen Hochkonjunktur, der davon herrührenden günstigen Lage des gesamten Erwerbslebens und insbesondere der deutschen Arbeiterkraft.“

Nach der Logik der „Berl. Pol. Nachr.“ hat sich also nicht die Produktion dem Bedarf, sondern der Bedarf der Produktion anzupassen. Wenn die Arbeiter nur ihren bescheidenen Fleischgenuss einschränken wollten, dann wäre nach der Ansicht des Blattes bald die Fleischnot gehoben. Dagegen erscheint ihm in seiner eigenartigen Geistesveranlagung die Forderung, daß die einheimische Produktion sich dem Bedarf anzupassen hat, und wenn sie dies nicht vermag, das Fehlende aus dem Auslande bezogen werden muß, als Gipfel allen Blödsinns.

Uebrigens fallen in dem Federkrieg, der zurzeit wieder zwischen der Agrar- und der Fleischpresse tobt, allerlei recht interessante Bekennnisse für die Fleischkonsumenten ab. So wendet sich z. B. die „Deutsche Fleisch-Zeitung“ gegen die Forderung des Verbots der Einfuhr von Faszfleisch mit dem Einwand, daß dadurch vielen Fleischern die Existenz erschwert werde und sie die Herstellung billiger Wurstwaren einstellen müßten. Das Fleisch-Faszblatt bestätigt also, daß ein großer Teil der in Deutschland fabrizierten Wurstwaren aus ausländischem Faszfleisch hergestellt wird. —

Soldatennihandlungen.

Der „Tag“ bringt in seiner Nummer 469 einen Wirt's überlebener Artikel, in welchem ein Herr Schmidt zu beweisen versucht, daß die in der deutschen Armee herrschenden Zustände betreffend die Soldatennihandlungen noch geradezu ideale seien im Vergleich zum Los der französischen Soldaten, obgleich, wie er selbst erwähnt, im französischen Heere Nihandlungen fast gar nicht vorkommen.

Der Artikel geht auf eine Korrespondenz ein, in welcher ein irgend-Jemand verwundert fragte, wie es möglich sei, daß in der französischen Armee Nihandlungen unbekanntes Dinge seien, während doch die dem Unteroffiziersstande entstammenden französischen Polizisten ebenso brutal und rücksichtslos auf wehrlose Passanten, ja selbst Frauen, Greise und Kinder einzuschlagen verstanden, wie es deutsche Schulente in Hamburg, Dresden, Breslau, Nürnberg fertig gebracht hätten.

Der Raive weiß nicht, daß es nicht die Verrohung der Schulente als Menschen ist, die sie zu ihren blutigen Taten veranlaßt, sondern daß es der Geist des um seine Sicherheit fürchtenden Kapitals ist, der über sie gekommen, der ihnen durch eine dem Kapitalismus ergebene Befehlsgewalt eingeklinkt ist. Selbst Eumachen in politischer Beziehung, haben sie als Wächter und Hüter einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der Interessen der Geldmänner das Straßenspatzen mit dem Blute Unschuldiger geneigt; haben wie drüben; diesseits wie jenenseits der Vogesen.

Zu dem aus Breslau, Nürnberg ufo. her bekannten Verhalten der Schulente dürfte ihre Erziehung als Unteroffizier nicht in gar zu enger Verbindung stehen. Den Beweis hierfür erbringen die Korabiniers in Italien und Spanien, welche, trotzdem sie nicht in der Regel Unteroffizier waren, ebenso gut im Blute zu waten verstanden wie ihre Brüder aus Gallien und Germanien.

Der Verfasser des Wirt's-Artikels, der augenscheinlich wie der Kriegsminister v. Einem der Ansicht ist, daß die Ursachen zu

den Nihandlungen in der Verrohung und Widerhaarigkeit der Mannschaften zu suchen sind, glaubt nun eine Entdeckung gemacht zu haben, mit welcher er in den Reihen unserer Junker, denen das Militärstrafgesetzbuch bekanntlich noch viel zu milde ist, sicher nicht auf Widerstand stoßen dürfte.

Er schreibt: „Der Grund, daß es in der französischen Armee keine Nihandlungen gibt, liegt im Wirt's. Wirt's, so heißen im militärischen Jargon die in Afrika stehenden Strafregimenter. Alle Soldaten, mit denen die Unteroffiziere und Offiziere nicht fertig werden können, sei es wegen Dummheit, Eigensinn oder sonst irgend einem Grunde, werden in die Strafregimenter gesteckt.“

Welche Idee! Die Frage der Kolonisation der südwestafrikanischen Sandwüsten wäre mit einem Male gelöst. Für die genügende Anzahl an Dummheit sorgen die ostafrikanischen Schulen und die Pfaffen, und die nötige Zahl an Eigensinnigen würde man schon aus den Reihen der intelligenteren Rekruten herausfinden. Wahr ist, daß die zu den Strafregimentern versetzten Soldaten sich in derselben überaus traurigen Lage befinden, wie die Fremden-Regimenter. So mancher nach Sibirien Verbannete ist besser daran.

Algier hat in seinen nördlichen fruchtbareren Bezirken 1—10, in den südlichen dagegen weniger denn einen auf das Quadrat-Kilometer. Wenn man bedenkt, daß die armen Tuareg, um beispielsweise nach den Forts Mac Mahon, Miribel und Gaffi Jnsel zu gelangen, von der am nächsten gelegenen Eisenbahnstation Benchar an der marokkanischen Grenze zirka 600 Kilometer durch das unfruchtbarste und wasserarme Gelände, zum Teil durch die Wüste el Erg, immer Wege bauend oder ausbessernd, unter der größten Hitze zurücklegen haben, kann man im Zweifel sein, wer besser daran ist, die Algiersoldaten oder unsere ebenso zu bedauernden Parteigenossen Barbus und Deutsch, die sich im Augenblick auf dem zirka 1000 Kilometer weiten, auf Schritten zurücklegenden Wege von Krasnojarsk nach ihrem Bestimmungsorte Lurichandl unterm Polarkreise befinden.

Angesichts dieser überaus traurigen Zustände in Algier aber zu behaupten, daß das deutsche Prügelsystem denn doch vorzuziehen, gewissermaßen als das kleinere Uebel zu ertragen sei, dazu gehört die vollständige Auberachtlassung der Menschenrechte eines Kulturvolkes, wie es das deutsche doch sein soll. Zu einer Zeit, in der selbst in deutschen Juristenkreisen schon Zweifel an der besseren Wirkung der gerichtlichen Bestrafungen laut werden, gehört eine besondere Unverschämtheit dazu, mit derartigen Gegensätzen vor der Welt zu prahlen.

Der Umstand, daß in Frankreich Soldatennihandlungen unbekanntes Dinge sind, kann nur beweisen, daß es auch ohne sie geht. Danksamer wie der deutsche ist der französische Soldat auf seinen Fall. Die Gefahren der Deportation halten den jungen, noch handelnden Soldaten weder von Widerspenstigkeiten und Uebertretungen zurück, noch helfen sie ihm über natürliche oder infolge mangelhafter Schulbildung verschuldete Dummheit hinweg. In den Schriften des Kapitäns a. D. Gaston Moth wird sogar über den Dämon der Puzerei, über ungewöhnlichen Drill, unsinnige Disziplin ähnlich geklagt wie von Kritikern der deutschen Armee, und trotzdem keine Nihandlungen! Es bleibt weiter nichts übrig als anzunehmen, daß die höheren Vorgesetzten in Frankreich einen Geist in die Arme hineinzutragen verstanden haben, welcher den unteren Vorgesetzten die Veranlassung, Nihandlungen zu begehen, nimmt. In Deutschland hingegen schreiben Militärkritiker wie Freiherr von Gudden: „Es wird eben niemals gelingen, das Uebel gänzlich aus der Welt zu schaffen; und wenn der gegenwärtige preussische Kriegsminister im Reichstage verhielt, es auszurotten, so versprach er mehr als er halten kann.“

Oberst von Bernhardt, ehemals Generalstabschef eines preussischen Armeekorps, beurteilt das preussische Heer folgendermaßen:

„Die Schule des Friedensheeres ist in kriegerischen Zeiten mitnichten eine Schule des Charakters. Nur zu leicht entwickelt sich in ihr lüthelriges Strebertum und eine Art der Unterordnung, die mit der heutzutage Subordination freidenkender Männer wenig mehr gemein hat und manche der höchsten kriegerischen Eigenschaften untergräbt: Selbstbegehren, Stolz und Feindsinn. Der 66e Bureautrismus unserer Tage unterbindet jede subjektive Geltendmachung.“

Höchste Sachkenntnis wird man diesem rücksichtslosen Kritiker nicht absprechen können. Trotzdem würde er, wenn er sich in dieser Weise heute äußern wollte, als „Schwarzseher“ gelten, der in einem anderen Lande sein Heil suchen mag. —

Deutsches Reich.

Ordnungswahn. Der „Vergnapp“, das christliche Gewerkschaftsblatt, berichtet in seiner letzten Nummer aus Lothringen: „Vielfach ist hier auch das interessante Schauspiel zu verzeichnen, daß man den Alverwandlern seitens der Jugendverwahrung nicht die geringsten Schwierigkeiten in den Weg legt, während man die Gewerkschaftler, wie schon betont, dafür an allen Ecken und Klanten schikaniert. Dies ist ein Beweis, daß man die Genossen hinsichtlich der Arbeiterverwahrung nicht sehr ernst nimmt, und meinte denn auch ein Betriebsführer neulich, die Sozialdemokraten sprängen aufs Dach, machten aber nichts kaput; aber die „Christlichen“ gingen direkt ans Fundament und traxten da solange, bis der Bau einstürzte... Er als Betriebsführer sähe viel lieber, daß seine Arbeiter sozialdemokratisch organisiert seien, als daß sie dem christlichen Gewerkschaftsverein angehörten.“

Der Herr Betriebsführer scheint uns ein großer Schalk zu sein! —

Goethe und Stöcker.

Der „Reichsbote“ und die „Staatsbürger-Zeitung“ sehen ihren Lesern folgenden Erguß vor:

Der „Vorwärts“ bringt in seiner „Berichts-Zeitung“ einen sozialistischen Denkspruch als Motto, der wieder für die revolutionäre Atmosphäre seiner Gedankenwelt bezeichnend ist; er lautet:

„Wir schaffen Eisen,
Sie schmieden Ketten.
Und loszureißen
Ist noch nicht zeitig, (sio)
Drum seid geschmeibig.“

Man sieht, wo also im Sozialistenlager die revolutionäre Meise nach wie vor hingehet. — Der „Vorwärts“ schlägt noch täglich seine rotgedruckten Privatbespannen über die russische Revolution an den sogenannten Wattersäulen an.

Dem ehrenwerten Stöcker wollen wir verraten, daß „der sozialistische Denkspruch“ von einem gewissen Wolfgang von Goethe stammt!

Die deutsche Justiz in eigener Sache.

Ein Klassenurteil in schroffster Form hatte die Chemnitzer „Volkstimme“ das Urteil der Breslauer Strafkammer genannt, durch das der Genosse Kläh wegen Abdruck eines Wahngedichts (besseren, das die Frankfurter Richter über den Genossen Jander ganz unbedenklich fanden) zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Das Breslauer Urteil hat bekanntlich in ganz Deutschland Aufsehen erregt und ist viel und scharf kommentiert worden. Die Kritik der Chemnitzer „Volkstimme“, dessen verantwortlicher Redakteur Genosse

Wendel damals war, gefiel aber in Breslau an maßgebender Stelle nicht; der Landgerichtspräsident stellte Strafantrag für die Richter, die das Urteil gegen Genossen Kläh gefällt hatten.

Am Dienstag hatte sich die zweite Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts mit der Sache zu beschäftigen. Wendel bekannte sich als Verfasser der Kritik, bestritt aber, entlicheden, daß er den Richtern den Vorwurf der Rechtsbeugung habe machen wollen, wie die Anklage annehme.

Der historische Materialismus, die Weltanschauung des wissenschaftlichen Sozialismus, führe zu der Erkenntnis, daß das Recht nicht etwas Ewiges, Feststehendes ist, sondern daß die gesellschaftlichen Verhältnisse das Recht bestimmen. Das juristische Recht sei danach der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klassen. Der einzelne Mensch sei nicht verantwortlich zu machen für die Tatsache, daß ein Klassenrecht bestiehe und infolgedessen jedes Urteil ein Klassenurteil sei. Die Richter gehörten einer bestimmten Klasse an und könnten ebensowenig aus ihrer Haut heraus, als andere Menschen. Wie er den Sinn des Wortes Klassenurteil auffasse, habe er anlässlich der Verteilung seines Kollegen Feinig in Leipzig gesagt: „Angst und Haß — das ist das Zeichen, unter dem alle diese Verurteilungen stehen. Nicht, daß wir den Richtern den Vorwurf machen wollen, als hätten sie sich von so unheimlichen Gefühlen leiten lassen, wie es Angst und Haß sind; nicht, daß wir sie bezeichnen möchten, einen Urteilspruch gefällt zu haben, der ihren Anschauungen von Recht und Gerechtigkeit widerspreche. Wir glauben gern, daß sie in ihrer Brust der politischen Leidenschaft keinen Raum gegönnt haben, als sie den verhängnisvollen Spruch getan. Aber auch sie sind nur Menschen und kurzweil als solche mit allen Trieben, Neigungen und Gefühlen in einer Klasse. Aus der Haut dieser Klasse, die von der Sozialdemokratie ihre heiligsten Güter, ihres Hauses Frieden, ihre Vorke und ihr Leben bedroht glaubt, können sie auch nicht heraus, wenn sie in Talar und Barett im Namen des Königs Recht sprechen. Die Verurteilungen der letzten Tage sind Klassenurteile, den Begriff nicht in schmähendem, sondern in erklärendem Sinne gebraucht. So lange die Menschheit in Klassen zerfällt und Angehörige einer Klasse über die einer anderen zu Gericht sitzen, wird es auch Klassenurteile geben.“

Der Vorsitzende hielt Wendel entgegen, daß die Form seines unter Anklage stehenden Artikels gegen ihn und dafür spreche, daß er doch die Richter habe beleidigen wollen. So schreibe er: „Die Breslauer Justiz strapaziert sich gewaltig, mit dem Renommee der dortigen Schulkammer gleichem Schritt zu halten,“ dann spreche er auch davon, daß bei preussischen Richtern kein Sinn für Positiv vorhanden sei und auch die Ueberlieferung: „Aus Ruffisch-Breslau“ spreche von Willkür.

Wendel führte weiter an, daß er den Artikel unter dem frischen Eindruck der Nachricht von der Verurteilung Kläh geschrieben habe und fügte hinzu, nachdem das herbeigezogene Breslauer Urteil verlesen worden war, daß er auch jetzt zu anderen Anschauungen nicht kommen könne, es gebe im Gegenteil aus dem Artikel hervor, daß die Richter, befangen in ihren Klassenurteilen, eine ganz falsche Auffassung vom Wesen der Sozialdemokratie hatten, die nicht — wie die Richter annahmen — die Anwendung von Gewalt wolle. Schließlich verweist Wendel noch auf das Urteil der Frankfurter Strafkammer, die in dem betreffenden Gedicht nichts Strafbares gefunden habe.

Wie der Vorsitzende auf die Ausführungen Wendels über eine Auslegung des Wortes Klassenurteil nicht einging, so ignorierte er auch die letzten Ausführungen und brachte nur noch das die Revision Kläh verwendende reichsgerichtliche Urteil zur Verlesung.

Der Verteidiger überreichte sodann verschiedene Artikel mit dem Antrage, sie zu verlesen. So einen vom Professor Dehring in den preussischen Jahrbüchern und andere von Sozialdemokraten, die beweisen, daß von Klassenurteilen in dem vom Angeklagten dargelegten Sinne gesprochen werden kann und wird.

Der Vorsitzende war über so viel Beweismaterial sichtlich wenig erbaud und wehrte ab; es konnte doch nur darauf an, ob die Kritik — die sich natürlich auch Richter gefallen lassen müssen — beleidigend oder maßvoll sei. Der Staatsanwalt beantragte Ablehnung des vom Verteidiger gestellten Antrages. Dementprechend lautete auch der Beschluß des Gerichts. Die Begründung sagte, es sei dem Angeklagten zu glauben, daß er das Wort Klassenurteil in dem von ihm dargelegten Sinne auffasse.

Vor Schluß der Beweisaufnahme bemerkte Wendel noch, daß er in zweifacher Hinsicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, nämlich als Staatsbürger und als Redakteur und Kollege des Beurteilten.

Zur Begründung seines Antrages auf Verurteilung Wendels beschränkte sich der Staatsanwalt darauf, anzuführen, daß man sich bei Beurteilung des Wortes Klassenurteil oder Klassenurteil an den allgemeinen Sprachgebrauch zu halten habe; da bedeute aber das Wort: Rechtsbeugung. Daß der Angeklagte auch diesen Vorwurf habe erheben wollen, beweise die von ihm gewählte Ueberlieferung des Artikels: „Ruffisch-Breslau“; da bedeute im Zusammenhange mit den übrigen Ausführungen Willkür.

Nach längerem interessanten Ausführungen, in denen er u. a. bemerkte, daß das Breslauer Urteil einen gequälten Eindruck mache und sich durch gewaltigste Argumentation auszeichne, beantragte der Verteidiger die Freisprechung Wendels.

Das Urteil lautete auf 300 M. Geldstrafe. Der Schuß des § 193 wurde B. verweigert. Berechtigter Interessen habe er nicht getreten. Er habe sich nicht in maßvollen Grenzen gehalten, er habe in echränkender Absicht gehandelt. Die Form der Kritik sei strafbar. Auf Geldstrafe sei man zugeworfen wegen des Unflandes, daß sich das kritisierte Urteil gegen einen Kollegen des Angeklagten richtete. Auf Gefängnis hätte aber erkannt werden müssen, wenn das Gericht den Angeklagten als einen gewerkschaftlichen Erbschneider betrachtet hätte.

Ein Gehändnis.

Die „Kölnische Volkszeitung“ beschäftigt sich mit dem Artikel des „Vorwärts“ über den Nationalitätenstreit in den österreichischen Gewerkschaften. Das Zentrumblatt schließt seine Ausführungen:

„Man kann diese Beweisführung des „Vorwärts“ nur anerkennen. Der Nationalitätenkampf zerfällt in die Arbeiter und schwächt ihre Organisationen ebenso wie der konfessionelle Absonderungsgebanke.“

Sehr richtig! — und weil der religiöse und konfessionelle Absonderungsgebanke die Arbeiter schwächt, deshalb hat das Zentrum die christlichen Gewerkschaften aufgedrückt und die preussischen Bischöfe gehen noch einen Schritt weiter, indem sie nochmal die gläubigen Arbeiter in besondere konfessionelle Organisationen fordern. —

Vom Hamburger Bierkrise. Entsprechend einem in der letzten großen Vertreterversammlung gefaßten Beschluß gelang vom Donnerstag ab nur noch e ch t e s Bier zum Anschau, um so die Brauereien zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die Vertreter der Brauereien haben den Vergleichsvorschlag der Birte, die statt 16 M. 17 M. — fordert werden 18 M. — pro Hektoliter zahlen wollten, abgelehnt. Trotz aller Drohungen der Brauereien, die abhängigen Birte auf Wasserwerken zu wollen, beabsichtigen jetzt die Birte, den Kampf in verstärktem Maße durchzuführen. — Die Arbeitererschaft verlangt dagegen das gleiche Quantum Bier bei altem Preise. Wer also nicht die höheren Preise für „Eckes“ zahlen will, wird sich, falls die Birte einig sind, bis auf weiteres des Biergenusses zu enthalten haben. —

Das Zentrum als „Volkspartei“. Vor kurzem tagte in Münster der Arbeitsausschuß des westfälischen Zentrum-Bahllomites, um Vorstandswahlen zu tätigen. Danach befehlt der Vorstand des Zentrum-Bahllomites aus einem Justizrat, einem Pfarrer, zwei Rentnern und drei Hausleuten. Für Arbeiter ist in der Leitung der Zentrumspartei kein Platz. Sie haben bei Wahlen den schwarzen Stimmzettel abzugeben und bei Katholikentagen die begeisterte Menge zu stellen — im übrigen aber ist Schweigen und Duden ihr Los. —

Vom Chemnitzer Bierkrieg.

Das Chemnitzer Bier wird uns geschrieben: Eine Verhinderung der nachhaltigen Wirkung des hier schon im dritten Monat mit der größten Hartnäckigkeit geführten Bierkrieges ist in einer Klageschrift zu erblicken, die den Leitern des Bierkrieges zugestellt wurde. 30.000 Mark Entschädigung fordern die zehn Chemnitzer Ringbrauereien unter Vorbehalt weiterer Forderungen!

Eine weitere Verschärfung des Bierkrieges, eine Folge der letzten vollständigen Ablehnung des Antrags der Vertreter der Birtevereinigungen auf 50 Proz. Ermäßigung der Preiserhöhung, ist infolgedessen zu verzeichnen, daß sich die Birtevereinigungen, die früher auf Seiten der Brauereien standen, jetzt mit dem Aktionsausschuß der Konsumenten solidarisch erklärt haben; daselbst taten auch die Pfaffenbierhändler.

Gegenwärtig wird in Chemnitz sehr viel ringfreies Bier eingeführt und vertrieben; täglich mehrt sich die Zahl derjenigen Birte, die sich der Reklerkontrolle des Aktionsausschusses unterwerfen und ringfreies Bier zu alten Preisen vertrieben. Sie machen ein gutes Geschäft. — Während der Zeit des Bierkrieges soll eine der größten Chemnitzer Ringbrauereien 11.000 Hektoliter Bier weniger als im Vorjahre umgesetzt haben. —

Die Nachspiele zu den Nürnberger Stuttagen wickeln sich jetzt nach und nach vor den dortigen Gerichten ab. Eine Anzahl geringerer Vergehen ist bereits zur Aburteilung gelangt. Es handelte sich um Leute, die am 24. August zufällig am „Schlachtfeld“ vorüberkamen oder sich aus Neugierde einfanden und auf den ersten Anruf der Schutzeleute nicht sofort davonschlichen. Sie wurden zu kleinen Geldstrafen verurteilt. Ein etwas „ernsterer“ Fall wurde am 18. September vor dem Schöffengericht verhandelt. Der 10-jährige Tagelöhner Heinrich Schmidt war am Abend des 24. August von einem Schutzmännchen verhaftet worden, weil er diesen mit einem faustgroßen Stein in den Rücken geworfen haben sollte. Seit dem 24. August befand sich der junge Mann in Haft. In der Verhandlung wurde nachgewiesen, daß er nicht geworfen hat, sondern nur vor dem Schutzmännchen davonschlief, der hinter ihm mit gezücktem Säbel herannaht. Der Schutzmännchen erklärte, er habe bloß „gemeint“, daß der Angeklagte der Täter sei, eben weil er davonschlief. Der Amtsrichter erklärte, wenn hinter ihm ein Schutzmännchen mit geschlungenem Säbel herannaht, würde er auch davonschlagen. Es erfolgte Freisprechung. Wenn die anderen Verhaftungen, die an jenem Tage vorgenommen wurden, auch so begründet sind, wie die, dann werden die noch zu erwartenden Verhandlungen der Polizei wenig Ruhm eintragen. —

Wegen Entwendung einer Wurst — 1 Jahr Gefängnis!

In Gerresheim, dem Reiche des Glaskönigs Heys, traf eines Abends ein Handwerksbursche ein, der von Hunger sehr geplagt wurde, aber nicht im Besitz von Mitteln war, diesen zu stillen. Er stieg bei einem Metzger ein und entwendete dort eine Wurst. Bei dieser Entwendung, die sofort dem Polizeibeamten Westphal gemeldet wurde, sollen zwei Arbeiter aus Gerresheim Schmiere haben. Das leugnen diese und erklären übereinstimmend, zufällig zu der Zeit auf der Straße gestanden zu haben, als der Handwerksbursche die Wurst nahm. Der Polizeibeamte erschien nachts um 2 Uhr in der Wohnung des einen Arbeiters und forderte diesen, der im Bette lag, auf, ihm zu folgen. Dieser erwiderte, er fühle sich dazu nicht verpflichtet, der Polizeibeamte habe nachts in seiner Wohnung nichts zu suchen und solle sich herausziehen. Der Beamte zog seinen Revolver. Um diesen rangen dann die beiden und ist es nur einem Zufall zu danken, daß die nicht gesicherte Wurst nicht los ging. Durch einen Bewohner des Hauses ließ der Beamte vom nahen Polizeibureau einen Wachtmeister zu Hilfe herbeiholen. Mit vereinten Kräften und mit Hilfe eines Polizeihundes wurde der Arbeiter dann zum Gefängnis geschafft.

Mit der Affäre hatte sich dieser Tage die Strafkammer in Düsseldorf zu befassen und zwar war der Handwerksbursche wegen schweren Diebstahls angeklagt, weil angenommen wurde, er habe auch ein Stück Speck gestohlen wollen, sei aber bei der Ausführung dieses Diebstahls gehindert worden und habe nur die Wurst mitgenommen. Den beiden Arbeitern wurde Beihilfe zur Last gelegt, außerdem war der eine angeklagt, sich der Staatsgewalt widersetzt zu haben. Letzterer behauptete von den Polizeibeamten mißhandelt und von dem Polizeihund fortwährend in die Beine gebissen worden zu sein. Der Polizeibeamte Westphal gab zu, dem Arbeiter mehrere Schläge mit dem Revolver auf den Kopf versetzt zu haben, auch sei er gezwungen gewesen, mit dem Säbel „nachzuhelfen“. Daß der Hund gebissen habe, sei richtig, derselbe wäre noch jung und noch nicht „abgerichtet“. Von Mißhandlungen im Gefängnis wußten die Beamten nichts zu bekunden.

Das Gericht verurteilte den Handwerksburschen, der schon einmal wegen schweren Diebstahls vorbestraft war, im Sinne der Anklage zu einem Jahr Gefängnis. Einer der angeklagten Arbeiter wurde freigesprochen. Der andere, der bereits früher mit der Polizei in Kollision geraten war, wurde wegen Beihilfeleistung zu dem Diebstahl und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein entsetzliches und unverständliches Urteil. Selbst wenn der Handwerksbursche außer der entwendeten Wurst noch ein Stück Speck an sich nehmen wollte, liegt doch lediglich Entwendung von Lebensmitteln von unbedeutendem Wert zum alsbaldigen Verbrauch, also kein Diebstahl, sondern eine mit der Höchststrafe von sechs Wochen Haft oder 150 Mark Geldstrafe bedrohte Entwendung vor. Und vollends zwei Jahre drei Monate Gefängnis wegen vermeintlicher Beihilfe zu der Entwendung der Wurst und einer Widersehtlichkeit, zu der der Angeklagte sich offensichtlich berechtigt erachtete! Der Polizeibeamte aber, der mit dem Revolver und dem Säbel schlug und nicht verhinderte, daß der Beschlagene und von zwei Beamten transportierte von dem Polizeihund gebissen wurde — ist noch ohne Anklage. Die Verurteilung von Polizeihunden und der gesamte Vorfall müssen weit mehr zu Gewalttätigkeiten anregen als die direkteste Aufforderung zu solchen es ermöglicht. Derartige schmachvolle Zustände sollen jeden, dem noch ein Rest von Gefühl für Menschenwürde und Gerechtigkeit geblieben ist, anfeuern durch unablässige Agitation und Organisation das Ende solcher Zustände zu beschleunigen.

Frügelnde Gendarmen.

In der Nacht zum Ostermontag fiel der Gendarm Engelberger in Harburg i. Nied. ohne jeden Anlaß auf dem Marktplatz einige Männer an und mißhandelte sie. Vor dem Kriegsgericht in Augsburg erklärte der angeklagte Gendarm, er habe damals gemeint, es seien Arbeiter gewesen. Der Gendarm, aus dessen Führungsliste konstatiert wurde, daß er sehr erregt und im Verkehr mit dem Publikum zu Uebergriffen geneigt sei, weshalb auch bereits im Jahre 1896 mit ihm keine Kapitulanz mehr eingegangen werden sollte, erhielt — acht Tage Gefängnis.

Der Gendarmeserleutnant, der bei diesen Uebergriffen gegen das Publikum dabei war, wurde wegen Nichterhaltung der Anzeige zu einem Tage Gefängnis verurteilt. — Die Mißbeurteilung des Urteils beweist fast noch mehr die der Verteidigungseinstellung des Angeklagten, ob Polizei und Justiz als Instrumente der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterklasse wirken.

Ausland.

Oesterreich.

Der Wahlreformauschuß arbeitet langsam weiter. Die Reform ist zwar noch nicht Gesetz, aber niemand wagt es mehr, an den Grundgedanken der Reform zu rütteln. Der Wahlreformauschuß steht jetzt schon in der Verhandlung der technischen Details. Erledigt wurden bis jetzt nur acht Paragraphen, u. a. derjenige, der von den Wahlorten handelt. Es wurde hierzu ein Antrag Adler angenommen, wonach jede Gemeinde einen Wahlort zu bilden hat. Eine Ausnahme wurde nur für Galizien bewilligt, wo mehrere kleine Gemeinden zu einem Wahlbezirk zusammengelegt werden können.

Die Wiener Arbeiterschaft hat vor Zusammentritt des Ausschusses nochmals in sechs großen Versammlungen zur Wahlreform Stellung genommen und den Gegnern zum Bewußtsein gebracht, daß sie nach wie vor entschlossen ist, die Reform um jeden Preis durchzusetzen. —

Ungarn.

Magyarische Klassenjustiz.

Unsere gestrige Notiz über die Kasserung des Achimischen Mandats bedarf einer Berichtigung. Das Telegramm, dem wir die Nachricht entnahmen, gab den Sachverhalt so kurz wieder, daß die Einzelheiten nicht klar genug zu erkennen waren. Dabei unterließ uns selber ein Irrtum; denn Ungarn hat ja — im Gegensatz zu Oesterreich — kein Kurien-Parlament. Mit der „Kurie“ im Telegramm war die „Königliche Kurie“ (der höchste Gerichtshof in Ungarn) gemeint.

Unser Bruderorgan „Röpszava“ unterzieht die „Urteilsbegründung“ einer besonders scharfen Kritik und stellt fest:

1. Vor allem wurde keine Untersuchung eingeleitet. Die unerschulerten Kurienrichter haben es für bare Münze genommen, daß Achim geistig hat, ohne daß seine Wahlreden oder seine sonstige Tätigkeit studiert wurden.

2. Die „festgestellten“ Fehereien stammen gar nicht aus der Feder Achims.

3. In den fraglichen Artikeln wurde erst jetzt das „Gehen“ festgestellt. Jetzt, da das Vergehen bereits verjährt ist, ohne daß die Tag- und Nacht-Staatsanwälte etwas Gefährliches entdeckt hätten.

4. Die Kurie hat in den Artikeln das „Gehen“ festgestellt, nun sind die niedrigeren Instanzen auch verpflichtet, den Autor zu verurteilen. Wenn die Geschworenen den Autor freisprechen würden, so würde diese Blamage die Kurie auch kaum genießen; denn sie würde das freisprechende Urteil annullieren, indem die Richtigkeit der Feststellungen des Staatsanwalts natürlich Erfolg haben würde.

5. Achim hat nicht nur das Mandat, sondern auch sein aktives Wahlrecht verloren wegen des längst verjäherten Vergehens eines anderen Menschen, damit der für die Regierung gefährliche Mann nicht neuerdings gewählt werde.

6. Laut dem Wahlgesetz ist für die Richtigkeitsklärung eines Mandats nicht die Kurie, sondern das Parlament kompetent. Andreas Achim wurde daher durch einen inkompetenten Faktor mit so vielen Strafen bedacht. —

England.

Professor Miluloff in London.

London, 12. September. (Eig. Bericht.) Gestern Abend wurde hier von liberalen Redakteuren und Schriftstellern zu Ehren des Professors Miluloff, des geistigen Oberhauptes der konstitutionellen Demokraten („Kobnetten“), ein Festessen gegeben. Es wurden mehrere Reden gehalten, auf die Miluloff folgendermaßen antwortete:

Das Festessen ist veranstaltet zu Ehren der Duma und des russischen Volkes. Es ist vielleicht mehr als das — es gilt der Idee der Duma, die die politische Freiheit und die soziale Reform repräsentiert. Ich bin hier als Vertreter nur eines Teiles der russischen Bewegung: der konstitutionell-demokratischen Partei. Diese Partei stand im Mittelpunkt der kürzlich aufgelösten Duma, ebenso der politischen Ereignisse der jüngsten Zeit. In dem, welches auch die Meinungsverschiedenheiten unter den Russen, um die Freiheit ringenden Parteien sein mögen, eine gewisse Einheit und Solidarität durchbringt alle Parteien. Ich glaube, diese Einheit wird so lange dauern, bis der erste Punkt unserer Bewegung — die politische Freiheit — gewonnen ist. Die öffentliche Meinung Russlands kämpft seit 100 Jahren um Freiheit. Vor 100 Jahren hat einer unserer besten Staatsmänner, Speranski, dem Kaiser Alexander I. gesagt: „Es ist besser, den freisinnigen Forderungen frühzeitig nachzugeben, da sie sich unter solchen Umständen friedlich vollziehen können, während der Aufbruch der Konzeptionen dem Kampfe einen gewaltsamen und blutigen Charakter verleiht.“ — Diese Worte haben sich vollständig bewahrheitet. Die russische Regierung gleicht jenem Bonaventura, der das Strohbad seiner Hütte nie ausbessern wollte; denn während des Regens war es zum Reparieren zu spät, und wenn das Wetter sich besserte, da war eine Reparatur nicht nötig! — Alle Parteien in Russland sind jetzt revolutionär, und ich glaube, die Schuld daran liegt nicht beim Volke, sondern bei der Regierung. Wir sind alle revolutionär, da die Anklage revolutionär ist und das Verhängnis rasch nachholen möchte. Wir sind revolutionär in unseren Methoden, da uns die friedlichen Methoden verweigert werden. Das Memorandum, das englische Vizegouverneur an die Duma abfand, war ein guter Gedanke, den aber die russische Regierung nicht verstehen wird, da sie nicht anerkennt, daß ein Volk, welches eine gewisse Stufe von Kultur erreicht hat, auch eine höhere politische Organisation verlangen muß. Die Annahme, daß die Abfassung des Memorandums als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands betrachtet werden könnte, ist nicht haltbar. Im Leben der Völker gibt es Momente, wo die besonderen nationalen Interessen verschwinden und das gemeinsame Völkerinteresse das Wort hat. Man kann nicht zugeben, daß eine Regierung, die auf Bomben keine andere Antwort als Angeln hat, noch existenzberechtigt wäre. Eine solche Antwort ist eine Schmach und Schande und darf nicht geduldet werden. Ich freue mich, daß die öffentliche Meinung Englands die Initiative zum Memorandum ergriffen hat. Die öffentliche Meinung Frankreichs hat es sich zu eigen gemacht, und wie ich höre, wird es auch in Italien unterzeichnet. Aber ich freue mich besonders, daß die öffentliche Meinung Englands den Anstoß gegeben hat, denn sie ist die älteste, folgerichtigste und liberalste. Ich erhebe mein Glas zu Ehren der öffentlichen Meinung Englands!

Die Rede, die in englischer Sprache gehalten wurde, fand eine sehr beifällige Aufnahme. —

Dänemark.

Die Höchstebesteuerten.

Die bevorzugten Wähler, die über ein Jahreseinkommen von mindestens 4000 Kronen in Kopenhagen oder 2000 Kronen in den Provinzialstädten verfügen, haben nun ihre Wahlmänner zum Landsting gewählt. In Kopenhagen beteiligten sich von den 6000 Höchstebesteuerten 2116 und wählten ihre 500 Wahlmänner ebenso wie die 32.818 allgemeinen Wähler, die vor acht Tagen zur Wahlurne gingen. Sie wählten nur konservative; Listen anderer Parteien waren nicht aufgestellt. In den Provinzialstädten wählten die Höchstebesteuerten 137 konservative, 2 regierungsliberale und einen radikalen Wahlmann. In den Landgemeinden werden die Wahlmänner überhaupt nicht gewählt. Dort sind so viele der

höchsten Steuerzahler, wie es Kirchspiele in den Wahlkreisen gibt, selbständige Wahlmänner.

Das Ergebnis der Abgeordnetenwahl selbst wird voraussichtlich das sein, daß die Regierungsliberalen mindestens 3 Mandate verlieren, die Sozialdemokraten mindestens 2 erobern und die Radikalen ein Mandat gewinnen. Wären die Regierungsliberalen aufrichtige Vertreter ihres Programmpunktes: „allgemeines gleiches Gemeindeführerrecht“, so könnte vielleicht hier oder dort noch ein zuverlässiger Freund demokratischer Reformen mehr in das Landsting kommen. Aber jene Partei braucht das demokratische Mandat nur noch, um nicht ganz und nicht gar zu schnell den Rest ihres Einflusses auf die minderbemittelten Bevölkerungsschichten zu verlieren. Jene, welche ernste Interesse hat sie nicht mehr an der Befestigung des Klassenwahlsystems. So werden denn auch wohl ihre Wahlmänner, wo es not tut, lieber mit den Konservativen als mit den Sozialdemokraten oder den Radikalen zusammengehen. —

Aus der Partei.

Genossin Rosa Luxemburg in Deutschland und unter Anklage.

Genossin Dr. Rosa Luxemburg ist vom Landgericht in Weimar wegen Anreizung zu Gewalttätigkeiten (§ 100 Str.-G.-B.) angeklagt. Die Straftat soll durch die Rede begangen sein, die die Genossin auf dem Parteitage zu Jena über den Generalstreik hielt. Die Anklage konnte der Genossin noch nicht rechtzeitig zugestellt werden, weil sie zurzeit der Anklage in Warschau verhaftet war. Die Genossin Luxemburg ist vorgestern nach Deutschland zurückgekehrt, um die Ablehnung der unhaltbaren Anklage zu erwirken. Wir rufen der tapferen schwer gepriiften Genossin ein herzliches Willkommen zu und wünschen, daß ihr Gesundheitszustand ihr bald erlaubt, sich an dem Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse wieder energisch zu beteiligen.

Maurerverband und sozialdemokratische Partei.

Der „Grundstein“ schreibt:

Wir haben nicht die Absicht, an dieser Stelle und heute schon die so brennend erscheinende Frage „Partei und Gewerkschaft“ zu behandeln; was wir darüber zu sagen haben, sparen wir uns besser bis nach dem Parteitage auf. In einem einzelnen Falle müssen wir jedoch eine Abwehr und Richtigstellung vornehmen. Es handelt sich um die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg, die am 2. September in Berlin tagte. Laut Bericht des „Vorwärts“ hat der Berichterstatter der Agitationskommission gesagt:

„In Schwiebus ist von 103 gewerkschaftlich organisierten Maurern nicht einer politisch organisiert. Mehrliche Verhältnisse sind auch aus anderen Orten bekannt geworden. Es muß dafür eingetreten werden, daß die baugewerblichen Arbeiter, welche in der Provinz wohnen und in Berlin beschäftigt sind und sich hier als gute Parteigenossen ausgeben, ihr parteigenössliches Gefühl auch in ihren Heimatsorten betätigen und dort für die Partei wirken. Wer in Berlin arbeitet, ist doch in seinem Heimatsorte wirtschaftlich so unabhängig, daß er dort, ohne Schaden für sich befürchten zu müssen, für die Partei eintreten kann.“

Ein anderer Redner, der Reichstagskandidat für die Ostpreignitz, spannen den Faden weiter und sagte: Berliner Parteigenossen hätten sich an die Filiale des Maurerverbandes in einem Provinzorte gewandt. Eine Besprechung habe stattgefunden, um die betreffenden Maurer für die Unterstützung bei der Gründung eines Wahlvereins zu gewinnen. Danach habe ein Mitglied der Maurerfiliale in einem Briefe an einen der Genossen geschrieben, der Vorsitzende des Zweigvereins der Maurer habe erklärt: Unsere Mitglieder wollen von dem Wahlverein nichts wissen. So sei denn auch die Unterstützung durch die Maurer ausgeblieben. Diese Tatsache sei wichtig in Rücksicht auf die gegenwärtigen Debatten über Partei und Gewerkschaft. In einem Kreise, der eine Domäne des Junkertums ist, müßte man doch von den Gewerkschaften erwarten, daß sie die Partei unterstützen.“

Wir bedauern auf das tieffte, daß die Mitglieder unseres Verbandes noch nicht überall zu der Erkenntnis gelangt sind, daß sie nicht nur ihrer Gewerkschaft angehören müssen, sondern auch eingeschriebene und tätige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein müssen. So „schwarz“ aber wie die Maurer auf dem Brandenburgischen Parteitag hingestellt wurden, sind sie erschütterterweise doch nicht. Nach unserer Information sind etwa neun Zehntel unserer in der Provinz Brandenburg (einschließlich Berlin) wohnenden Mitglieder tätige und zuverlässige Parteigenossen; in einer Reihe kleiner Städte der Provinz stützt sich die Parteioffiziation und Bewegung lediglich allein auf die Maurer. Allerdings ist die Ostpreignitz davon bisher leider ausgeschlossen. Wie steht es da aber mit der Gewerkschaft? Auch davon haben wir speziell nichts Näherndes zu berichten. Offensichtlich erziehen wir uns aber auch dort recht bald einen Stamm standhafter Kollegen, und dann wird auch die sozialdemokratische Partei dort Eingang finden. Von dem Verhältnis in Schwiebus sind wir ebenfalls nicht befriedigt, obwohl wir annehmen dürfen, daß sich unsere dortigen Kollegen gelegentlich alle in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen; jedenfalls dann, wenn es sich um Wahlen oder andere besondere Aktionen der Partei handelt. Es trifft auch nicht zu, daß von den 103 Schwiebuser Maurern nicht einer politisch organisiert sei. Zunächst ist festzustellen, daß von den 103 nur etwa zwei Duzend in Schwiebus selbst wohnen und von diesen zwei oder drei dem dortigen Wahlverein angehören. Die übrigen „Schwiebuser“ wohnen auf den umliegenden Dörfern und es gehören hier und da zwei oder drei dem politischen Verein an; einige haben sogar Vertrauensposten inne. Immerhin muß zugegeben werden, daß die übergroße Mehrzahl der in Schwiebus beschäftigten Maurer nicht der sozialdemokratischen Partei als eingeschriebene Mitglieder angehören. Wir wünschen natürlich sehr, daß das bald besser wird.

Aber warum denn immer der Gewerkschaft die Schuld geben, wenn die Partei nicht dorthin kommt? Sollte das Verschulden nicht in erster Linie bei den Parteifunktionären liegen? Wir sind von dem letzteren überzeugt. Und warum wird meist immer nur die angebliche Schlechtigkeit der Gewerkschaftler herangezogen? Wussten die betreffenden Redner auf der Brandenburgischen Konferenz gar nicht, daß die Brandenburgischen Maurer im allgemeinen, ja zum übergroßen Teil tätige Parteimitglieder sind, ja, daß in manchen Strichen der Provinz Brandenburg die Maurer und andere baugewerbliche Arbeiter das Rückgrat der Partei sind? Doch wohl. Wenigstens unbewußt haben sie ausgesprochen, daß die Partei nichts ist ohne die Gewerkschaften. Aber es ist doch gar zu verlockend, den Gewerkschaften dann und wann einen Fußtritt zu versetzen. Diese Tatsache ist auch wichtig in Rücksicht auf die gegenwärtigen Debatten über Partei und Gewerkschaft“, um mit dem Reichstagskandidaten für die Ostpreignitz zu reden. Das festzustellen“ schien ihm nämlich der Hauptzweck seines Angriffs auf die Maurer zu sein.

Der „Grundstein“ nimmt die beteuerten Äußerungen auf der Provinzialkonferenz zu tragisch, wenn er sie für „Fußtritte“ hält, die den Gewerkschaften versetzt werden. Die erste Versetzer richtet sich gegen die Arbeiter, die sich in Berlin als gute Parteigenossen ausgeben, in ihrem Heimatsort aber nichts davon merken lassen. Und die zweite wurde gegen eine bestimmte Filiale des Maurerverbandes erhoben. — Wen die Schuld an den dortigen Zuständen trifft, ist eine minder wichtige Frage. Hauptsache ist, daß es besser wird und dazu wird der Hinweis auf der Konferenz hoffentlich beitragen.

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. G. B. Dieckhoff in Stuttgart ist soeben erschienen: Die deutsche Städteverwaltung. Ihre Aufgaben auf den Gebieten der Volkshygiene, des Städtebaues und des Wohnungswesens. Von Dr. G. Lindemann (G. Hugo). Zweite, verbesserte

und vermehrte Auflage. XVI und 624 Seiten 8°. Preis broschiert 12 Mark, gebunden in engl. Leinwand 13,50 Mark.

Die erste Auflage der „Deutschen Städteverwaltung“ war seit einiger Zeit vergriffen, so daß, um der Nachfrage zu genügen, zur Herausgabe einer zweiten Auflage geschritten werden mußte, die in allen ihren Teilen neu bearbeitet, ergänzt und vermehrt worden ist.

Der Verfasser hat bei seiner Arbeit sich einer weitgehenden und wohlwollenden Unterstützung seitens der großen Mehrheit der städtischen Verwaltungen zu erfreuen gehabt. Es wurde ihm dadurch möglich, ein reichhaltiges Material zu benutzen, das in den Berichten und Denkschriften der städtischen Behörden niedergelegt und daher nicht allgemein zugänglich ist. Das Buch ist für alle, die in der Stadt- und Gemeindeverwaltung praktisch tätig oder an ihrer Entwicklung theoretisch interessiert sind, von dem größten Interesse.

Vom Fortschritt der Presse. Die „Medienburgische Volkszeitung“ wird seit Dienstag auf einer Doppelrotationsmaschine gedruckt.

Totenliste. In Dresden starb der Genosse Martin Pöschel, der lange Jahre in der Partei und in der Gewerkschaft der Glasarbeiter treu gewirkt hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die „Einheit“ des Rechts. Das gestern mitgeteilte Urteil gegen den Genossen Jander von der Frankfurter „Volksstimme“ wegen Veröffentlichung des in Breslau beschlagnahmten Holzhäcker Gedichts hat Veranlassung zu einer interessanten Feststellung gegeben. Die Anklage bezog sich bekanntlich nur darauf, daß Jander das Gedicht abdruckte, als es beschlagnahmt war, was an sich strafbar ist, ohne Rücksicht auf den Inhalt. Der Vorsitzende führte indes in der Verhandlung aus, daß die Strafkammer das Gedicht auch auf seinen Inhalt geprüft habe. Sie könne indes nichts Strafbares in ihm finden, namentlich unter dem Gesichtspunkte der Aufreizung.

So der Frankfurter Richter. Die Breslauer Richter aber fanden dasselbe Gedicht für derartig aufreizend, daß sie den Genossen Klühs von der „Breslauer Volksmacht“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilten.

Gewerkschaftliches.

Der erste der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse

hatte am 15. September sein Ende erreicht. Von 10 Referenten wurden während der vier Wochen 96 Vorträge gehalten, an welche sich täglich zwei Diskussionsstunden angeschlossen. Es erhielt daraus, daß nicht nur an die etwa 40 Teilnehmer des Kurses erhebliche Anforderungen gestellt wurden, sondern daß auch die Referenten eine ganz gewaltige Leistung zu vollbringen hatten, zumal in Hinsicht auf die behandelten Thematika, von denen z. B. die der Genossen Schippel und Calwer (Nationalökonomie, Syndikate und Kartelle) Gebiete betrafen, die so unbedingt notwendig für die gewerkschaftliche Betätigung sind, für einen Teil der Zuhörer verhältnismäßig neu waren.

Ohne in die geradezu verzierte Schilderung der M.-Gladbacher Jesuitenschule zu verfallen, muß konstatiert werden, daß eine derartig zielbewußte gewerkschaftliche Ausbildung zweifellos gute Früchte zeitigen, und sicherlich mit der Zeit von ganz bedeutendem Werte für die gesamte Klassenbewußte Arbeiterschaft werden wird.

Die am Schluß des Kurses zwischen Referenten und Hörern abgehaltene Aussprache über etwaige bessere Ausgestaltung und anderweite Verteilung der Vortragstunden hat der Generalkommission manchen Fingerzeig gegeben, wie sie eventuell die folgenden Kurse in obigem Sinne ausgestalten könne. Tatsächlich war nämlich die den Teilnehmern verbleibende freie Tageszeit für etwaige Ausarbeitung der Vorträge für die Diskussionsstunden etwas knapp bemessen. Es wird erwogen werden, inwieweit sich hier — ohne über die gesteckten Grenzen hinauszugehen — Änderungen ermöglichen lassen.

In jedem Falle kann sich die Generalkommission schon heute der Früchte freuen, die aus der Saat hervorgehen werden, die dort in den Boden gesenkt wurden.

Berlin und Umgegend.

Der Kohlenarbeiterstreik aufgehoben!

Die Versammlung der streikenden Kohlenarbeiter und Kutscher tagte am Mittwochvormittag wieder im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Werner erstattete Bericht über die letzten Vorkommnisse und wies ganz besonders darauf hin, daß am Dienstagabend noch einmal eine Verhandlung zwecks Beilegung des Streiks stattgefunden hat. An dieser Verhandlung haben teilgenommen die Herren Lichtenstein, Kappo und Kamer vom Verband der Kohlenhändler, sowie Meurer und Werner vom Transportarbeiterverband als Vertreter der Streikenden. Der Vorschlag, die zum 1. Januar seitens des Verbandes der Kohlenhändler in Aussicht gestellte Lohnzulage schon zum 1. Oktober eintreten zu lassen, wurde von den Unternehmern abgelehnt. Diefelben gaben an, nur bevollmächtigt zu sein, folgende Zusage zu machen: „Falls der Streik beigelegt wird, sollen sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden und Maßregelungen nicht stattfinden. Der Verband der Kohlenhändler gestattet seinen Mitgliedern, ihren Arbeitern ab 1. Januar einen Stundenlohn von 43 Pf. zu zahlen. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher bestehen. Die Akkordarbeit soll den Platzverhältnissen entsprechend geregelt werden. Auch solle für Wascheinrichtungen gesorgt und nach Möglichkeit heizbare Räume auf den Plätzen geschaffen werden.“ — Die Vertrauensleute hatten eine Stunde vor Beginn der Versammlung zu diesem Bericht Stellung genommen und dann nach eingehender Diskussion mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, „der Versammlung zu empfehlen, nach Lage der Verhältnisse den Streik abzubrechen, nach dem Grundsatz: aufgeschoben ist nicht aufgehoben.“ — In der Versammlung selbst gestaltete sich die Diskussion äußerst lebhaft, so daß eine Anzahl der Redner, und zwar die größere, für Aufhebung und einige für Fortführung des Streikes sprachen. Eine hierauf vorgenommene geheime Abstimmung ergab, daß von 672 Stimmen 419 mit ja, d. h. für Aufhebung und 259 für Fortführung des Streiks waren; 13 Anwesende haben sich der Stimme enthalten. Somit ist die Wiederaufnahme der Arbeit zum Donnerstag beschlossen worden. An den Kohlenarbeitern und Kutschern wird es nun liegen, dafür zu sorgen, daß die Organisation in ihren Reihen ausgebaut wird, damit sie in Zukunft den gut organisierten Kohlenhändlern gut gewappnet gegenübersteht.

Die Kutscher der Firma Volle hielten Mittwoch nachmittag eine Versammlung im Kocher-Gesellschaftshaus ab. Wasgla und Witsch als Verbandsvertreter hielten Ansprachen und kritisierten scharf das Verhalten der Firma Volle, die von ihren Angestellten fordert, daß sie dem Verbandsverbleiben. Viele Kutscher, die der Organisation beigetreten waren, mußten einen Widerruf unterschreiben, daß sie sich vom Verbandsverband wieder zurückziehen. Jetzt ist es Sache der Arbeiter, von ihrem Rechte, sich zu organisieren, nichts rauben zu lassen, das machen die beiden Redner den Versammelten klar und fanden den lebhaftesten Beifall derselben. Durch das Eingreifen der Organisation hat Volle sich erst veranlaßt gesehen, einige Zugeständnisse zu machen. Wie er dem

Verbands feindlich gesinnt ist, das zeigte er auch den organisierten Meistern in seinem Vertriebe. Er ließ sie antreten und sagte, daß er ihre Forderungen anhöre und vielleicht bewilligen werde, aber sie sollten ihm ihre Verbandsbücher ausliefern, die er dem Verbands zurücksenden werde. Neben den Kutschern hat der Verband auch auf die jugendlichen Arbeiter seine Aufmerksamkeit gerichtet und die Jugendfunktion nimmt in erfreulichem Maße zu.

Deutsches Reich.

Der Stettiner Kohlenarbeiterstreik bei der Firma Stevenson, Aktiengesellschaft, zeitigt mit jedem Tage neue Ueberzählungen. Um der epidemisch gewordenen Flucht der Arbeitswilligen einen Damm entgegenzusetzen, vertritt sich die Firma zu einem netten Täuschungsmanöver. Sie läßt durch den akkreditierten Stellenvermittler Riebenstahl in der Großen Hamburgerstraße zu Berlin Leute anwerben, die folgenden Kontrakt unterschreiben müssen:

„Alle die hier unterzeichneten Arbeiter verpflichten sich, bei der „Hedwigshütte“ Aktiengesellschaft (Stevenson) zu Stettin bis zum 1. Dezember 1906 zu arbeiten. Die Arbeit besteht in Kohlenkippen und -transportieren, entweder auf dem Lager oder im Dampfer, sowie im Abfahren derselben, ferner bei der Bricketfabrikation hauptsächlich in der Anfuhr und Abnahme der Ware und wird ihnen von einem der Inspektoren aufgetragen. Die Arbeit wird im Akkord verlohnt und ein Mindestlohn von 5 Mk. pro Tag garantiert. Die Arbeitszeit dauert von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends mit insgesamt 2 Stunden Unterbrechung. Außerdem erhalten dieselben freie Beförderung nach der Arbeitsstelle von Berlin aus und freies Logis, so lange dieselben auf dem Fabrikgrundstück wohnen. Die Lohnzahlungen erfolgen wöchentlich freitags und bleiben zwei Tage vom Lohn für die nächstfolgende Abrechnung zurück. Von der ersten Lohnzahlung erhält jeder pro Tag 2,50 Mk. in bar oder in Naturalien als Vorschuß gezahlt. Nach dem 1. Dezember 1906 können die Arbeiter mit vierzehntägiger Kündigung das Arbeitsverhältnis lösen. Die Unterzeichneten erklären, daß sie von dem Streik auf der Arbeitsstelle unterrichtet sind und trotzdem die Arbeit verrichten werden.“

Berlin, den 8. September 1906.

Riebenstahl, Stellenvermittler.
Berlin N., Gr. Hamburgerstr. 18.

Wer nun etwa glaubt, daß die in Berlin angeworbenen Leute vor ihrer Abreise nach Stettin wirklich davon unterrichtet sind, daß sie Streikarbeit verrichten sollen, kennt die Kompanie Stevenson-Riebenstahl schlecht. Den betörten Arbeitern wird nämlich der Kontrakt erst in Stettin zur Unterschrift vorgelegt, wo es für sie bei ihrer Mittellosigkeit meistens keinen anderen Weg gibt, als die Unterschrift zu leisten. Von besonderer Vorsicht zeugt auch die Bestimmung des Vertrages, daß der Lohn von zwei Arbeitstagen bis zur nächsten Lohnzahlung einbehalten wird. Vielleicht läßt mancher Hausvater diese einbehaltenen Lohnung im Stich und leht Stettin wieder den Rücken.

Wie prophezt übrigens die Kohlenbarone auf ihrem unverföhnlichen Standpunkte beharren, beweist der Umstand, daß sie die neuerdings versuchten Einigungsverhandlungen der Ausständigen schroff zurückgewiesen haben.

Die Ruhrbergleute rühren sich!

Alles deutet darauf hin, daß sich im Ruhrrevier wieder eine Lohnbewegung vorbereitet. Mehrfach tagten schon Verbandsversammlungen, die selbständig ihre Lohnforderungen an die Bezirksverwaltungen stellten. So auf den Bezirken „Kaiserstuhl“, „Freie Vogel“ und „Unberhofft“ u. a. Berechtigt sind die Bergleute und Forderungen der Bergleute durchaus. Die Vergarbeiterlöhne stehen in schreiendem Mißverhältnis zu den unmaßhlich steigenden Lebensmittelpreisen und Wohnungsmieten, die fast nicht mehr zu erdwingen sind. Die Bergleute müssen kaufen und entscheiden, während der Dividendenregen der Kohlenbarone ins unendliche wächst. Dem wollen die Bergleute nicht länger untätig zusehen. Von ganz besonderem Interesse ist nun eine Vergarbeiterversammlung in Altenessen, die von Mitgliedern sämtlicher Vergarbeiterorganisationen besucht war. Die Versammlung fordert von der Siebenerkommission die sofortige Einberufung einer Konferenz, um auf der ganzen Linie mit Lohnforderungen vorzugehen. Gleichzeitig wurde die bisherige Untätigkeit des Vorsitzenden der Siebenerkommission (Effert vom Christlichen Gewerksverein) scharf gerügt. Nach einem Referat des Bezirksleiters Bartels über das Thema: „Welchen Vorteil haben die Vergarbeiter von der gegenwärtigen flotten Konjunktur?“ wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige unter Beteiligung von Mitgliedern sämtlicher Organisationen im Kaiserstale zu Altenessen tagende öffentliche Vergarbeiterversammlung ersucht die Siebenerkommission, recht baldigst eine Konferenz sämtlicher Vergarbeiter einzuberufen, die Stellung zu einer einheitlichen Lohnforderung für das Ruhrrevier zu nehmen hat, welche mindestens der Höhe der beim letzten Streik gestellten Forderungen gleichkommt. Die Versammlung hätte längst vom Vorsitzenden der Siebenerkommission erwartet, daß er sein im Auftrage der Kommission gegebenes Versprechen gehalten, wonach die Siebenerkommission, wenn es die Notwendigkeit erfordert, in Tätigkeit zu treten hat, mehr als bisher befolgt hätte. Die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns ist gegenwärtig mehr denn je vorhanden, denn noch nie haben die Löhne der Vergarbeiter in einem so ungünstigen Verhältnis zu den Unternehmergewinnen und den Lebensmittelpreisen gestanden, als wie jetzt. Das Versammlungsbureau wird beauftragt, den Vorsitzenden der Siebenerkommission von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen und sollte dem wider Erwarten unserm Verlangen keine Rechnung getragen werden, so erwartet die Versammlung von den einzelnen Organisationsleitungen, daß diese dann für eine andere Zusammenlegung der Siebenerkommission Sorge tragen.“

Die angebrochte Bauarbeiter-Generalaussperrung wird in Köln, wie wir schon telegraphisch meldeten, nicht stattfinden. Der Arbeiterverband für das Baugewerbe in Köln und Umgegend hatte beschlossen, am 19. September die Bauarbeiter mit Ausnahme der Unorganisierten und der „Christlich“ organisierten Holzarbeiter auszusperren, wenn bis dahin die Glaser sowie die Dachdecker und Bauflempner, die sich seit sieben bis acht Wochen im Ausstande befanden, die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben würden. Diese Aussperrung würde wohl rund 10 000 Arbeiter getroffen haben. Die von der Aussperrung bedrohten Verbände lehten es entschieden ab, auf die Ausständigen irgend einen Druck auszuüben, um so mehr, als die Unternehmer die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verlangten. Als diese sahen, daß ihr Beschluß auf die organisierte Arbeiterschaft nicht den mindesten Eindruck machte, zogen sie andere Saiten auf. Es kam zu Verhandlungen, und am Montag, in später Abendstunde, kam es zur Verständigung mit den Streikenden, da die Unternehmer Zugeständnisse machten, auf Grund deren die Ausständigen in die Aufnahme der Arbeit willigten. Den Dachdeckern wurde die Arbeitszeit um eine halbe Stunde, auf neun Stunden, verkürzt, und der Lohn so erhöht, daß trotz der verringerten Arbeitszeit der Verdienst in der bisherigen Höhe bleibt. Die Glaser erhielten ebenfalls die neunstündige Arbeitszeit, ferner für Arbeiter unter 20 Jahren 4,50 Mk. für die übrigen Gehältern 6 bis 5,50 Mk. Lohn

zugestanden. Wie froh die Unternehmer waren, daß die Aussperrung nicht zustande kam, geht daraus hervor, daß sie den Aussperrungsbeschluß einstimmig aufhoben.

Einen plumpen Versuch, die Öffentlichkeit zu betrogen, hatte sich der „Christlich“ Holzarbeiterverband geleistet. Bekanntlich hat der christliche Verband im vorigen Jahre den Kölner Holzarbeiterausstand durch systematische Massenheranziehung von Arbeitswilligen zugrunde gerichtet. Zum Lohne dafür sollten die christlichen Holzarbeiter jetzt nicht mit ausgesperrt werden. Der christliche Verband aber beschloß, als er merkte, daß es nicht zur Aussperrung kommen werde, daß seine Mitglieder überall die Arbeit niederzulegen hätten, wo im Tischlergewerbe „irgendwelche Kollegen, ganz gleich, welchem Verbands sie angehören“, ausgesperrt würden. Zum Leidwesen der Macher des christlichen Verbandes hat sich in Köln bis jetzt noch kein Mensch gefunden, der den Beschluß für etwas anderes als für eine plumpe Raube gehalten hätte, gefaßt zu dem Zweck, um das völlig vernichtete Ansehen des Streikbrecherverbandes ein wenig aufzubessern. Die Zentrumspresse bringt ferner einen Artikel, der den christlichen Holzarbeiterverband in Schutz nimmt gegen das von den Unternehmern ausgesprochene Lob: „den Meistern bei dem Kölner Holzarbeiterstreik treu zur Seite gestanden und ihnen zum Sieg über den Deutschen Holzarbeiterverband verholfen zu haben.“ Die Zentrumsblätter versuchen es so darzustellen, als habe der christliche Verband lediglich aus sachlichen Gründen sich nicht an dem Streik beteiligt. Um diesem Schwindel den Boden zu entziehen, sei nur festgestellt, daß das christliche Verbandsorgan an der Spitze des Blattes in Fettdruck zum Zug von arbeitswilligen Holzarbeitern nach Köln aufgefordert hat, und daß der christliche Verband in ganz Westdeutschland Köln geradezu systematisch organisiert hatte.

Der Steinarbeiterstreik im fränkischen Muschelkalkgebiet ist wegen vorgerückter Jahreszeit abgebrochen worden und soll bei geeigneter Zeit wieder aufgenommen werden. Der Zug ist jedoch noch wie vor streng ferngehalten, da die Unternehmer glauben, die Streikenden vollständig kaltstellen zu können, und deshalb nur wenige von ihnen einstellen.

Ausland.

Die belgischen Gewerkschaften im Jahre 1905.

Die letzte Nummer des „Journal des Correspondances“, das Organ der belgischen Gewerkschaftskommission, bringt einen ausführlichen Bericht über den Stand der belgischen Gewerkschaften im vergangenen Jahre. Aus dem umfangreichen Tabellenwerk entnehmen wir, daß die Zahl der industriellen Arbeiter zwischen 18 und 60 Jahren in Belgien 1 295 000 beträgt; davon sind 970 000 Männer und 295 000 Frauen. Im Handel und Transport sind tätig: 180 000 Männer und 115 000 Frauen; hierzu kommen 295 000 Männer und 35 000 Frauen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Die zweite Tabelle führt die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten auf. Danach sind insgesamt 148 483 Arbeiter (Männer und Frauen) gewerkschaftlich organisiert. Hieron entfallen auf die der sozialistischen Partei angeschlossenen Gewerkschaften 94 151, den „neutralen“ Gewerkschaften gehören 34 853 an, während die Katholischen 17 814 und die Liberalen 1685 Mitglieder zählen. Zu den „neutralen“ Gewerkschaften zählen vor allem die Typographen, die Diamantarbeiter von Antwerpen, die Glasarbeiter von Charleroi, die Handschuhmacher, Weber von Verbier. Diese neutralen Gewerkschaften stehen dem Sozialismus durchaus nicht feindlich gegenüber, die meisten ihrer Mitglieder zählen sich zur Partei, sind den politischen Gruppen und den sozialistischen Gewerkschaften angeschlossen; sie sind nur aus taktischen Gründen, Rücksichtnahme gegen die Indifferenten, gegen einen engen, unmittelbaren Anschluß an die sozialistische Partei. Auf den Kongressen der sozialistischen Gewerkschaften sind die neutralen Organisationen vertreten, einige sogar in der belgischen Gewerkschaftskommission (Generalkommission). Daraus ergibt sich, daß über vier Fünftel der organisierten Arbeiterschaft Belgiens zu den modernen Gewerkschaften gerechnet werden können. Die katholischen und liberalen Gewerkschaften sind Schöpfungen des Unternehmertums und der katholischen Klapan, gegründet zum Zwecke der Zersplitterung, des Lohnbruders und des organisierten Streikbruders. Die nächsten Kongresse der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften werden auch in Belgien Diskussionen bringen über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften; der Wunsch nach Regelung dieses Verhältnisses ist in Gewerkschaftskreisen laut geworden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gauleinsturz.

Bremen, 19. September. (W. L. B.) Ein dreistöckiger Neubau in der Lindenhoffstraße, auf dem 35 Arbeiter beschäftigt waren, stürzte heute nachmittag gegen 3½ Uhr ein. Bis 5½ Uhr wurden von der Feuerwehr 9 Mann, die schwere Verletzungen davongetragen haben, nach dem Kranken- und Diafonienhause befördert, die übrigen sind leicht verletzt bzw. unverletzt geblieben.

Folgenschwere Explosion.

Weiskens (Saale), 19. September. (W. L. B.) In der Dietrichschen Papierfabrik explodierte ein Dampfrohr. Von fünf Arbeitern, die sich in der Mittagszeit am dem Rohre wärmten, wurden zwei getötet, drei schwer verletzt.

Ausstände in Belgien.

Mons, 19. September. (W. L. B.) 1200 Grubenarbeiter der Grube „Grand Hornu“, denen nur 10 Proz. anstatt 20 Proz. Lohn-erhöhung bewilligt wurde, sind in den Ausstand getreten. Auch die Marmorarbeiter der Umgegend sind ausständig. Die Polizei hat einen Franzosen, den Vorsitzenden des Internationalen Marmorarbeiterverbandes, ausgewiesen.

Zimmer neue Erdbeben.

Balerno, 19. September. (W. L. B.) Die Erderstöße dauern fort; zwei merkbare Stöße erfolgten 11 Uhr 20 Minuten vormittags und 1 Uhr 33 Minuten nachmittags. Von außerhalb werden hauptsächlich Erderstöße aus Trabia und Termini gemeldet. Der Erdstoß um 1 Uhr 33 Minuten hat an beiden Orten die Häuser berast beschädigt, daß sie fast unbewohnbar geworden sind. Die Einwohner beider Orte verlassen ihre Wohnungen und kampieren unter Zelten. Die Ortsbehörden verlangen Hilfe und Lebensmittel und die Behörden in Palermo suchen die Bedürfnisse nach Möglichkeit zu befriedigen.

Spanien will nicht nachsehen.

Madrid, 19. September. (W. L. B.) Bei Bonferrada (Provinz Leon) stießen zwei Güterzüge zusammen; mehrere Personen wurden getötet bzw. verwundet.

Agrarunruhen.

Odesa, 19. September. (W. L. B.) In dem Gebiet von Jelislawgrad sind Bauernunruhen ausgebrochen. Die Bauern verbrannten ein Gut und vertrieben die Ortsbehörden. Kosaken, die dorthin entsandt wurden, nahmen zahlreiche Verhaftungen vor. Der Generalgouverneur ist nach dem Gebiet abgereist.

Eine täppische Büberci.

Eine gewisse Clique scheint es nach einem neuen Dresden zu gelassen. Der klägliche und kläglich gescheiterte Lieberfall gegen Meßring, der in Dresden zu den peinlichsten Szenen führte, scheint diesmal in einer nicht minder kläglichen Attacke gegen den „Vorwärts“ eine Wiederholung finden zu sollen. Nachdem die sattem bekannten Angriffe gegen den Parteivorstand und die Berliner Genossen an der gesunden Einsicht der übergroßen Mehrheit der Partei zerschanden geworden sind, unternimmt man jetzt, unmittelbar vor dem Parteitag, ein Kesseltreiben gegen den „Vorwärts“. Und wiederum wie in Dresden ist Heinrich Braun der Feldherr dieses jämmerlichen Feldzuges. Seine „unglaublichen Ungeheuerlichkeiten“ in Dresden, um ein Wort Quards zu zitieren, sollen womöglich auch den Mannheimer Parteitag entwürdigen. Es besteht ja die ernsthafte Gefahr, daß in Mannheim statt einer bloßen persönlichen Kauferei nach dem Geschmach Heinrich Brauns eine ernste fruchtbringende Debatte über die Fragen der proletarischen Taktik stattfindet! Da muß noch zu guter Letzt eine Stinkbombe spielen, um Verwirrung und Jähzorn zu stiften. Nach der sich progressiv steigenden Kampagne der „Neuen Gesellschaft“ gegen den „Vorwärts“ haben wir freilich etwas Verärgertes erwartet. Der unqualifizierbare Artikel, der in der letzten Nummer der Wochenchrift Heinrich Brauns veröffentlicht wird, kommt uns deshalb keineswegs unerwartet. Freilich übertrifft er an durchsichtiger Gehässigkeit und täppischer Unverschämtheit noch erheblich unsere keineswegs niedrig gespannten Erwartungen. Und der Verfasser dieser literarischen Stinkbombe ist kein anderer als der Hauptvertreter der konfusen Massenstreikromantik — Friedrich Stampfer.

Stampfers neun Spalten langer Artikel besteht aus einem reich assortierten Lager von Zitaten aus dem letzten Jahrgang des „Vorwärts“, das beweisen soll, wie unzulänglich der „Vorwärts“ als führendes Organ der Partei gewesen, und wie er selbst zwischen Revolutionsromantik und Plamamerei umhergeschwankt sei. Die Stampferschen Zitate sind meist höchstens 10 oder 20 Zeilen lang. Da sie fast durchweg längeren Artikeln entnommen sind, ist selbstverständlich der Sinn dieser Artikel aus den paar tendenziös herausgeherrichten Sätzen nicht zu erkennen. Um den wahren Sinn der Artikel und die logische Eingliederung der Zitate in den Inhalt herzustellen, bedürfte es begreiflicherweise eines viel größeren Raumes, als Stampfer zu seinem Zitatenragout benutzte. Um aber zu beweisen, wie bewußt Stampfer den Sinn der Artikel fälscht, wie er geflissentlich den Anschein zu erwecken sucht, als wäre der Gedankengang der betreffenden Artikel wirklich der, den er durch seine den Sinn fälschenden Zitate den Lesern zu suggerieren versucht, müssen wir gleichwohl wenigstens einige Stichproben der Stampferschen Fälschungen geben. Wollten wir alle Zitate Stampfers in dieser Weise als ebenso plumpe wie bewußte Fälschungen nachweisen, so bräuchten wir statt der vier Spalten, die unsere Abwehr in Anspruch nimmt, mindestens zwölf oder fünfzehn Spalten. Wir sind jedoch erböigt, vor jeder Instanz in jedem Falle und für jedes Zitat den Nachweis zu führen, daß Stampfer den Sinn der Artikel nach seinen Skandalbedürfnissen ebenso frivol gefälscht hat, wie wir das von den folgenden Stichproben nachweisen werden!

Stampfer denkt sich zunächst um den Nachweis, daß der „Vorwärts“, der jetzt gegen die revisionistische Massenstreikromantik auftritt, selbst böswärtigen revolutionäromantischen Umwandlungen unterworfen gewesen sei. So heißt es in dem Artikel:

„So las man am 2. November: „In diesem Augenblicke heißt es für das klassenbewußte Proletariat im zarischen Reich wie für das kämpfende Proletariat überall: „Das Pulver trocken und das Schwert geschliffen“.

Stampfer will offenbar glauben machen, daß dieser Artikel den Sinn gehabt habe, auch das deutsche Proletariat durch die dem russischen Proletariat gegebene Parole, „das Pulver trocken und das Schwert geschliffen“, in die revolutionäromantische Auffassung zu verlegen, als könne man auch bei uns eine Revolution nach russischem Vorbilde entfesseln. In Wirklichkeit aber handelt der ganze, die damals neueste Phase der russischen Revolution schildernde Artikel von dem Verhältnis der Liberalen zum Proletariat. Das Woffe-Blatt hatte damals geschrieben, daß nach der Berufung Wittes Ruhe die erste Bürgerpflicht sei: „Rußland braucht jetzt vor allem Ruhe.“ Wegen diese liberale Zümmlichkeit diesseits und jenseits der Weichsel polemisierte der Artikel. Am Schluß desselben hieß es:

„Die ganze bürgerliche Gesellschaft, mit wenigen Ausnahmen, wird das Manifest zum Vorwand nehmen, um noch dem bewährten Rezept unserer deutschen „Siegesblätter“ des Liberalismus „zu hoffen und zu harren“. Den weiteren Weg muß nun die revolutionäre Arbeiterklasse in Rußland wohl ganz allein marschieren, nur auf sich selbst, auf die eigene Kraft, eigene Entschlossenheit, eigene Beharrlichkeit, eigene Unentwegtheit und Unerschrockenheit bauend. In diesem Augenblicke heißt es für das klassenbewußte Proletariat im zarischen Reich wie für das kämpfende Proletariat stets und überall: „Das Pulver trocken, das Schwert geschliffen“.

Der leitende Gedanke des ganzen Artikels und also auch der Schlusssatz ist demnach der, daß das Proletariat in revolutionären Kämpfen Klassenkampfpolitik treiben müsse. Nicht nur in der gegenwärtigen Situation in Rußland, sondern auch in den anderen Ländern. In diesem Sinne gelte wie für das klassenbewußte Proletariat im zarischen Reich, auch für das kämpfende Proletariat überhaupt „stets und überall das Wort: das Pulver trocken und das Schwert geschliffen“.

Bei genauerem Vergleich zwischen dem Stampferschen Zitat und unserem Zitat wird der Leser auch bemerken, daß nicht nur der Sinn des Artikels entstellt, wesentlich entstellt worden ist, sondern daß der zitierte Satz durch die Weglassung des Wörtchens „stets“ sogar im buchstäblichen Sinne gefälscht ist! Diese Weglassung des Wörtchens „stets“ kann umsoweniger als harmloses Versehen gelten, als gerade durch diese Unterlassung das verstümmelte Zitat einen ganz anderen Sinn erhält. In der Stampferschen Form kann das aus dem Zusammenhang herausgerissene Zitat tatsächlich als eine revolutionäre Fanfare aufgefaßt werden. In seiner vollständigen Fassung dagegen stellt es nichts anderes dar als eine knappe programmatische Formulierung der proletarischen Klassenkampftaktik. So zitiert Stampfer!

Ein zweiter Beweis der Zitierrunst Stampfers. In der „Neuen Gesellschaft“ heißt es weiter:

„Und tags darauf... Unsere österreichischen Brüder werden sich von den russischen Helden nicht beschämen lassen. Das alles sind aber nur die Anfänge des Zeitalters der Revolutionen, das nunmehr begonnen hat.“

Auch dieses Fünfzeilenzitat ist einem Zeitartikel entnommen. Dieser Artikel behandelt die Situation in Oesterreich und die Wahlrechtsbewegung unserer österreichischen Genossen. In dem Artikel heißt es am Schluß, nachdem die besonderen Verhältnisse Oesterreichs gewürdigt worden — die Krise des Dualismus, der nationale Widerstreit, die Ohnmacht der Krone, die des Wahlrechts gewissermaßen als des Kittes des bestehenden Staatsgefüges bedarf, usw. — wörtlich:

„Das ist eine Situation, in der ein Massenstreik vollen Erfolg verspricht, damit soll nicht gelagt sein, daß es ihm gelingen muß, auf den ersten Hieb das Wahlrecht zu fällen... Wir müssen darauf gefaßt sein, daß es wie in Rußland auch in Oesterreich dem Massenstreik nicht im ersten Anlauf gelingt, den Gegner über den Haufen zu werfen, daß es notwendig wird, diesen in immer erneutem Ansturm schließlich zu erschöpfen und so zur Kapitulation zu zwingen. Aber wie immer dem sein möge, wir dürfen versichert sein, daß unsere österreichischen Genossen ihre Schuldigkeit tun werden, bis sie das Ziel erreicht, daß sie sich gestellt. Es wird keine Ruhe geben in Oesterreich, bis das gleiche Wahlrecht erzwungen, sowie keine Ruhe in Rußland, bevor nicht die konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählt wird. Unsere österreichischen Brüder werden sich von den russischen Helden nicht beschämen lassen.“

Das alles sind aber nur die Anfänge des Zeitalters der Revolutionen, das nunmehr begonnen hat.“

Die wahrscheinlich langwierigen Kämpfe in Rußland und Oesterreich — deren ganz eigenartige Vorbildungen in dem Artikel gerade aneinandergesetzt werden — sind also als die „Anfänge des Zeitalters der Revolution“ bezeichnet worden. Wo ist da Revolutionsromantik? Ist nicht die ganze sozialdemokratische Partei, von einzelnen Plausionisten abgesehen, davon überzeugt, daß wir tatsächlich einem Zeitalter schwerer Kämpfe entgegengehen? Haben nicht gerade auch in Jena die Genossen Regien und Elm erklärt, daß nur ein „Nurr“ annehmen könne, daß die besitzende Klasse ohne den Versuch äußersten Widerstandes abzugeben werde?! Das Zitat, in seinem Zusammenhang verstanden, hält sich also völlig fern von jeder Revolutionsromantik, fern von einer Empfehlung des Massenstreiks in der gegenwärtigen Situation!

So wird der offensbare Sinn von Artikeln durch skrupelloste Fälschung entstellt!

Stampfer fährt dann in der „Neuen Gesellschaft“ fort:

„Am 24. November aber hieß es gar: „Man darf weit zurückgehen in der Geschichte, um ein Jahr zu finden, in dem alle Zeichen so auf Sturm deuten, wie im Jahre des Heils 1905. Eine äußerst bedrohliche auswärtige Lage, im größten der Nachbarreiche eine Revolution, die kein Ende absehen läßt, bei uns im Inneren die größte Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen... Unter ihren Häfen grollt der Vulkan und sie merken es nicht.“

Der Artikel, dem dies Zitat entnommen ist, betitelt sich: „Ein Anglisterei“. Er besteht zur guten Hälfte aus einem Zitat aus dem „Berliner Tageblatt“. Der zitierte Artikel des „Berliner Tageblatt“ atmet eine Bismarckmühsinnigkeit, wie sie in der liberalen Presse selten anzutreffen ist. Nachdem die Forderung Deutschlands durch seine verfehlte auswärtige Politik charakterisiert, nachdem auf die Revolution in Rußland angespielt, geht das „Berliner Tageblatt“ dazu über, nachzuweisen, daß durch die preussisch-deutsche Reaktionspolitik, durch die Dreiklassenwahl, durch die die Massen des Volkes immer schwerer belastende Zoll- und Steuerpolitik auch in Deutschland je länger je mehr unerträgliche Zustände geschaffen würden. Der Schluß des Artikels lautet:

„Die Zeiten sind zu ernst, als daß man über die Gefahren, von denen wir im Innern wie noch außen bedroht sind, leichtfertig hinwegzäheln dürfte. Noch sind wir ja von einer Probe auf unsere Stabilität im Reich und in Preußen verschont geblieben. Aber deshalb soll man sich nicht so ruhig auf das Kaulbett legen. Nicht jeden Wochentag macht Gott die Rede, aber der schwarze Sonnabend kann über Nacht kommen. Dann sollte man wenigstens mit gutem Gewissen sagen können, daß nichts veräumt wurde, solange es noch Zeit war.“

Es wäre eine gründliche Unterlassungsünde gewesen, wenn der „Vorwärts“ dieses kapitalistische Selbstbekenntnis nicht propagandistisch ausgenutzt hätte. Der „Vorwärts“ bemerkte zu dem „Anglisterei“ des Woffeblattes, daß diese Schilderung den Tatsachen entspräche. Dabei schrieb er u. a. die Sätze, die von Stampfer zitiert werden. Hätte Stampfer mitgeteilt, aus welchem Anlasse sie geschrieben worden, daß sie nur eine Unterbrechung der von dem „Berliner Tageblatt“ geäußerten Warnungen und Befürchtungen gewesen seien, so wäre damit freilich die Vorspiegelung, als ob der „Vorwärts“ mit der Revolution gedroht habe, von vornherein ausgeschlossen gewesen! Denn sonst hätte ja der Vorwurf der Revolutionsromantik und Revolutionsdrohung ebensosehr für das „Berliner Tageblatt“ wie für den „Vorwärts“ gegolten. Stampfer unterschlug auch hier den Zusammenhang, um durch eine bewußte Fälschung die Leser irreführen zu können.

Stampfer fährt in der „Neuen Gesellschaft“ dann weiter fort:

„Am 28. November wandelte sich die Mode des Präsidenten Valesstren zu einer „Sturmglode der Revolution“. Der Reichstag zu einem parlamentarischen „Gähnerdol“, dessen „Gegader“ vom Erbberden der Revolution überhört wurde. Was das alles bedeuten sollte, war am 19. November anlässlich der Einbringung der Flottenvorlage gesagt worden. Es war die „action directe“. Wenn eine hochwohlwollende Aktion extra dazu angehen war, in der Arbeiterklasse Deutschlands noch mehr das Augenmerk, die Sympathien, die Hoffnung von der rein parlamentarischen Reformaktion auf die direkte Massenaktion zu wenden, dann ist es sicher die neue Flottenvorlage.“

Das Zitat aus dem Artikel vom 19. November haben wir bereits kürzlich in unserer Abwehr gegen den Genossen Frohne durch Zitierung eines größeren Teiles des Artikels und Kennzeichnung des ganzen Gedankenganges desselben erledigt. Wir haben nachgewiesen, daß in dem Artikel von einer Aufforderung zur sofortigen Anwendung des Massenstreiks gar keine Rede war, sondern daß den Lesern durch den Hinweis auf die Würdeselektion der bürgerlichen Opposition den Flottenvorlagen gegenüber nur die Verumpfung unseres bürgerlichen Parlamentarismus dargelegt worden war. Der Gedankengang, daß der Parlamentarismus allein kein Mittel zur Durchsetzung der demokratischen und sozialen Forderungen des Proletariats sei, so bemerkten wir damals, sei ein traditionell sozialdemokratischer und der Auffassung des proletarischen Klassenkampfes entsprechender.

Wir haben es also nur noch mit dem Zitat vom 28. November zu tun. Dieser Zeitartikel behandelte den Kontrast zwischen dem ehernen Schritt der Weltgeschichte im Osten und dem Erwachen unseres eingestarteten Parlamentarismus (des bürgerlich entwürdigten) aus dem „Sommerhase“. Die Verumpfung

unseres bürgerlichen Parlamentarismus wurde in folgender Weise charakterisiert:

„Und der deutsche Reichstag selbst, wie er wieder vor den Augen der Öffentlichkeit erhebt, ist nichts anderes als ein lebendiges Stild dieses allgemeinen Verfalls der bürgerlichen sozialen Ordnung. Schon nach den Regierungsvorlagen zu der beginnenden Reichstagsession und der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien dazu ist es klar: der Reichstag tritt zusammen, um in seiner bürgerlichen Majorität wieder einmal bloß eine Fasage-Maschine für fertige Resultate des weltpolitischen Beträftens zu fungieren. Eine neue Flottenvorlage, neue Steuern auf notwendige Lebensmittel der arbeitenden Masse, reaktionäre Verleßsteuer, das ist „die Arbeit“, die nun des gesetzgebenden Segens der Reichstagsmajorität harret. Doch ist der deutsche Reichstag als Einheit, als selbstherrliche Gesetzgebungsgesellschaft überhaupt bloß ein Schein, eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Im Hinterhalt lauert das Dreiklassen-Parlament, die preussische „Duma“, diese feste Burg der feudalen ständisch-absolutistischen Monarchie... Dabei verzieht sich die gegenseitige Rolle beider (Gesetzgebungsgesellschaften) mit jedem neuen Schritt des weltpolitischen Kurzes; der Reichstag als Ausdruck der Demokratie und des Fortschritts, als Gegengewicht zu der preussischen Dreiklassenbarbarei sinkt immer tiefer, die boursische Duma erhebt immer mächtiger und frecher das Panier ihrer ostelbischen Unverschämtheit.“

In der Tat, eine solche Charakteristik des bürgerlichen Parlamentarismus ist ein fürchterliches Verbrechen gegen Seine Majestät den Bourgeoisparlamentarismus! Nun aber der Schluß des Artikels! Käuft er auf eine Verwertung des Parlamentarismus, auf eine Aufforderung zur Revolution, zur „action directe“ hinaus? Hören wir:

„Die Reichstagstribüne soll nach wie vor und mehr denn je zur Tribüne werden, von der aus nicht nur tägliche leibliche und geistige Interessen der Enterbten verteidigt werden, sondern von denen auch die große Befreiungslehre des Sozialismus verkündet und gelehrt wird. Drei Millionen Rebellen wider die kapitalistische Klassengesellschaft harren, daß ihre erwählten Männer des Vertrauens im bürgerlichen Parlament nun der ganzen Schmach der Zeit und dem ganzen Groll der Massen das Wort verleihen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden das richtige Wort finden. Sie werden, — sie müssen.“

Wer das nicht zu unterschreiben vermag, mag alles andere sein, nur kein Sozialdemokrat!

Diese Zitate, die Stampfer zum Beweise der Revolutionsromantik des „Vorwärts“ beibringt, mögen zur Charakteristik seiner Zitierrunst genügen. Wir haben gesehen, daß Stampfer seine Zitate nicht nur durch Weglassung eines bedeutsamen Wortes „korrigierte“, um sie in seinem löblichen Sinne fruchtbar zu können, sondern daß er vor allem auch den Sinn der ganzen Artikel dadurch fälscht, daß er seinen Lesern einige vollständig aus dem Zusammenhang gerissene und dadurch gerade in das Gegenteil ihres Sinnes verkehrte Zitate serviert! Bei dieser ganzen Zitierrmethode verfehrt Stampfer so perfid, daß ihm gegenüber der selbige Puffamer mit seinem berüchtigten Zitatensack als stümpernder Anfänger der Zitatenfälscherei erscheint! So, wenn unsere Staatsanwälte nach der Stampferschen Methode gegen die sozialdemokratische Presse vorgehen und unsere bürgerlichen Gerichte dieser Zitierr- und Interpretationsmethode ihren Beifall schenken wollten, könnte die ganze sozialdemokratische Presse in wenigen Wochen von der Bildfläche hinweggefegt werden! Es ist eine unerhörte Schmach für die Sozialdemokratie, daß sich Genossen finden, die in solch verlogener und infamer Weise ihre Parteigenossen verdächtigen und beschänden!

Stampfer geht dann dazu über, durch ähnliche Zitatenfälsche den „Vorwärts“ zu beschuldigen, den Kampf gegen die Schulvorlage nicht energisch genug geführt zu haben. Er schreibt:

„Am 4. Dezember, 4 Uhr nachmittags, erschien die preussische Schulvorlage. Der „Vorwärts“ vom 5. Dezember brachte darüber — nichts! Endlich erschien am 6. Dezember ein Artikel, in dem es hieß:

„Ohne die Bedeutung der Schule zu überschätzen, haben wir doch ein natürliches Interesse daran, die achtjährige Schulpflicht unserer Kinder nicht durch die ganz besonderen und angelegentlichsten Qualen des konfessionellen Religionsunterrichts noch zu vernehren; wo immer darum ein Eingreifen der Sozialdemokratie gegen die reaktionären Schulpläne nötig ist, wird es geschehen... Aber wir sind andererseits weit davon entfernt, den heuchlerischen Entrüstungsrummel des liberalen Bürgertums mitzumachen...“

Die Warnung vor dem „heuchlerischen Entrüstungsrummel des liberalen Bürgertums“ war um so weniger angebracht, als dieser Entrüstungsrummel gar nicht existierte. Auch der „Vorwärts“ sah das, wie wir allshalb bemerken werden, später ein. Welchen Zweck konnte es aber haben, die Arbeiter vor einem nicht vorhandenen „Entrüstungsrummel“ zu warnen und ihnen noch dazu einzuschärfen, sie sollten die Weisheit der Schule „ja nicht überschätzen“?

Schredlich! Am Montag, den 4. Dezember, 4 Uhr! erschien die Schulvorlage, aber der „Vorwärts“ begnügte sich damit, diese Vorlage in der Dienstag früh erscheinenden Nummer nur in einem Entwürfel zu behandeln (Stampfer sagt wahrheitsliebend: „der „Vorwärts“ brachte darüber — nichts“), und erst in der übernächsten Nummer, die am Mittwoch erschien, sich in einem Zeitartikel mit der Vorlage zu beschäftigen! Dieser Artikel hat nun Stampfer ganz und gar nicht gefallen. Warum? Weil der Verfasser sich zu sagen vermag, daß die Arbeiterklasse — ohne die Bedeutung der Schule, d. h. unserer klassenstaatlichen Schule, wie sie nun einmal ist, und bis zum Sturze der nicht nur vom Junkertum und dem Merkantilismus, sondern auch von dem nationalliberalen Schlotjunkerium repräsentierten preussisch-deutschen Reaktion auch bleiben wird, zu überschätzen — doch durch unablässige Kritik und durch positive Arbeit die herrschende Klasse auf dem Gebiete der Schulpolitik vorwärts zu drängen“ haben! Hätte der Verfasser den „Vorwärts“-Lesern durch großspürige Phrasen vorgegaukelt, daß es bloß einer gewaltigen proletarischen Protestbewegung bedürfe, um die Schulverfassung abzuwehren, so hätte er sich vermutlich den Beifall Stampfers erworben. Aber der Verfasser beging obendrein das Verbrechen, einen „Protestrummel“ des Liberalismus von vornherein gefährdendermaßen zu charakterisieren. Da, wo Stampfer sein Zitat aus guten Gründen abbricht, heißt es freilich wörtlich weiter:

„Aber wir sind andererseits weit davon entfernt, den heuchlerischen Entrüstungsrummel des liberalen Bürgertums mitzumachen. Man wird geradezu von physischem Unwohlsein befallen, wenn man gegenwärtig das Geplärre liberaler Blätter vom Schlege des „Berliner Tageblattes“ brockhet. Wo der Liberalismus aller Schattierungen weit vom Schuf ist, wo er nicht zu befürchten braucht, daß von ihm die Verwirklichung seiner großmächtigen Verprechungen verlangt wird, da brühet er sich mit seiner Schulfreundschaft, da lobt er gegen die

Reaktionäre, da wirft er die wackende Foga des Volkstreibens über seine zitterigen Glieder; so oft er aber in der Vergangenheit Gelegenheiten hatte, aus seinen Worten Taten zu machen, hat er es schamlos verabsäumt. Und wo noch in der Gegenwart der Liberalismus ungehindert an der Herrschaft ist — so in der als selbständiger Bundesstaat unabhängigen und an weitgehenden liberalen Schulreformen in keiner Weise gehinderten freien Hansestadt Bremen — da rührt der Liberalismus nicht den kleinsten Finger, um sein solches Schulprogramm auch nur in den zaghaftesten Anfängen zu verwirklichen."

Es ist ja selbstverständlich, daß diese im Sinne der Klassenkampfpropaganda gehaltene Kennzeichnung des Liberalismus nicht den Weisfall Stampfers findet; daß Stampfer diese Stelle aber einfach unterschlägt, um die Warnung vor dem heuchlerischen Enttäuschungsrummel des liberalen Bürgeriums als unmotiviert und Lomisch erscheinen zu lassen, ist nur wiederum charakteristisch für seine grundverlegene Bittermethode.

Weiter wirft Stampfer dem „Vorwärts“ vor, daß er es im Kampfe gegen die Schulverfassung an der nötigen Aufmunterung und Anfeuerung habe fehlen lassen. Wir stellen demgegenüber das folgende fest: Dem am 6. Dezember veröffentlichten Leitartikel über die Schulvorlage — dem bereits ein Leitartikel am 16. November vorangegangen war! — folgten folgende weitere Leitartikel über denselben Gegenstand: am 10. Dezember, am 19. Dezember, am 23. Dezember, am 8. Januar ein Feuilleton, dann wieder am 21. Januar ein Leitartikel, ebenso am 21. März, am 26. April, am 9. Mai, am 12. Mai, am 15. Mai, am 19. Mai, endlich am 29. Mai. Außerdem wurde die Schulfrage in einer Anzahl von Entresklets behandelt, die zum Teil, wie am 28. und 24. Mai, die Länge eines Leitartikels besaßen. Der „Vorwärts“ hat in diesen Monaten also 13 Leitartikel zur Schulfrage beigegeben, außerdem ein Feuilleton und zahlreiche Entresklets.

Und wenn Stampfer weiter behauptet, am 28. Februar habe die Schuldebatte im preussischen Landtage begonnen, der „Vorwärts“ habe nichts als das „höfliche Stimmungsbild“ gebracht, so ist das ebenfalls eine Unwahrheit. Am 28. Februar begann nicht die Schuldebatte, sondern nur die Verhandlung über einige Lehrerbeförderungsfragen, die mit den eigentlichen Verfassungstendenzen der Schulvorlage nichts zu tun hatten und keinerlei prinzipielle Diskussion hervorriefen. An diesem Tage mehr als das übliche Stimmungsbild zu bringen, lag nicht die geringste Veranlassung vor. Im übrigen wurden gerade die Monate, in die auch die Verhandlungen über die Schulvorlage fielen, durch die Protestbewegung des Proletariats gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht ausgefüllt. Jeder Sozialdemokrat, ausgenommen etwa Stampfer, wird aber zugedenken, daß es gar keinen wirksameren Protest gegen die Schulvorlage geben konnte, als diese Wahlbewegung. Schrieb doch auch Genosse Eisner am 6. Dezember in der „Neuen Gesellschaft“: „Auch die Sozialdemokratie erstrebt die Staatschule, aber eine Staatschule, über die ein Parlament des demokratischen Wahlrechtes gelegt werden muß. Der Kampf um die Schule ist somit ein Kampf um das Wahlrecht.“

Was Stampfer über den angeblichen Zirkelkurs des „Vorwärts“ in Sachen des Wahlrechtskampfes an Zitaten vortreibt, verlohnt keiner eingehenderer Widerlegung. Er laubt wiederum allerhand Zitaten zusammen, aus deren kräftiger Konart er folgert, daß der „Vorwärts“ zeitweilig mit dem Massenstreik als einem Mittel zur Verschärfung der Wahlrechtsbewegung dieses Jahres gerechnet habe. Wer die überstaatsanwaltliche Einfalt besitzt, jede propagandistische Anfeuerung als revolutionäromantische Provokation zu deuten, mit dem braucht man sich nicht weiter auseinanderzusetzen. Nur die Wahrheitswidrigkeit sei noch festgenagelt, daß Stampfer dem „Vorwärts“ unterstellt, er habe am 20. August den Massenstreik nur als ein „Mittel des Endkampfes“, als den „Generalstreik um's Ganze“ bezeichnet. Wir haben zahllose Male unzweideutig erklärt, daß wir den Massenstreik keineswegs in anarchistischem Sinne als ein Mittel zur Erreichung des Endzweckes, des „Ganges“ betrachteten, sondern als eine Waffe, die bei den bevorstehenden entscheidenden Zusammenstößen mit den reaktionären Gewalten, speziell im Sinne der Jenaer Resolution zur Verteidigung des Wahlrechtes, des Koalitionsrechtes usw. anzuwenden ist. Niemals haben wir einen Zweifel darüber gelassen, daß der Massenstreik uns nicht das „Ganze“ mit einem Schläge bringen werde, sondern daß er wahrscheinlich wiederholt in jahrzehntelangen Kämpfen angewendet werden müsse! —

Das Schlußkapitel Stampfers ist der angeblich ebenfalls schwankende und widerspruchsvolle Haltung des „Vorwärts“ in der Frage des Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien gewidmet. Hier konstruiert sich Stampfer in seiner durch keinerlei Verständnis der sozialdemokratischen Klassenkampfaktivi getriebenen Einfalt allerlei Widersprüche. So habe der „Vorwärts“ am 12. Januar jedes „Leitmedial“ mit dem weiblichen Freisinn abgelehnt, um dann vier Tage später zu erklären, daß es im Interesse des Freisinn selbst liege, ein „Kampfbündnis“ mit der Arbeiterklasse zur Bekämpfung der preussischen Reaktion zu schließen. Am 27. Januar werde dieses Angebot dahin vervollständigt:

„Wir stellen dabei gar nicht die Bedingung, daß der Freisinn aus seiner bürgerlichen Haut herausfahre: nur in dem einen Punkt des Ansturms gegen das Dreiklassenwahlrecht soll er sich unbedingt zuverlässig erweisen. . . . Kein Leitzettelmedial also — wohl aber eine zeitweilige Waffenbrüderschaft.“

Stampfer bemerkt dazu sufficient, daß ihm der prinzipielle Unterschied zwischen einem Leitzettelmedial und einer Waffenbrüderschaft nicht ganz klar geworden sei. Daß Stampfer uns nicht zu verstehen vermag, glauben wir gern, wohl aber hätte er dem Verständnis der Leser dadurch nachzuhelfen vermocht, daß er aus unserer Notiz gerade vom 27. Januar auch das abgedruckt hätte, was wir über den Unterschied zwischen einem Leitzettelmedial und einer zeitweiligen Waffenbrüderschaft sagten. Der „Vorwärts“ schrieb damals:

„Der Gruppe Raumann-Warth wird innerhalb des ganzen Liberalismus noch das meiste politische Verständnis nachgerühmt, und doch vermag die „Hilfe“ ebensowenig wie das wahre Wesen und die wahre Taktik der Sozialdemokratie auch deren Klare und logische Haltung gegenüber dem Freisinn zu fapieren!“

Bildet sich doch Herr Kay ein, den „Vorwärts“ einer Inkonsequenz oder gar Unethiklichkeit zeihen zu können, indem er zwei Zitate desselben einander gegenüberzustellen sucht. An der einen Stelle war gesagt, daß der deutsche Arbeiter jedem „Leitzettelmedial“ mit dem weiblichen Freisinn trotz dessen „foletter Bilde“ aus dem Wege gelte, während es an der zweiten Stelle heißt, daß der Freisinn nur dann seinen ehrlichen Eifer für das allgemeine gleiche Landtagswahlrecht beweisen könne, wenn er mit der Sozialdemokratie gemeinsam den Kampf gegen die Dreiklassenwahlrecht führe.

Das soll ein Widerspruch sein! Wir wollen aus Mitleid dem Begriffsvermögen des Herrn Kay ein wenig nachhelfen.

Es bleibt dabei: Will der Freisinn ehrlich gegen das Dreiklassenwahlrecht eintreten, so muß er Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie kämpfen! Und, wie wir schon einmal der „Frankfurter Zeitung“ gegenüber bemerkten, die Sozialdemokratie ist wirklich nicht so töricht, einen Bundesgenossen im Kampfe gegen die preussische Reaktion zurückzulassen. Wir stellen dabei gar nicht die Bedingung, daß der Freisinn aus seiner bürgerlichen Haut herausfahre: nur in dem einen Punkt des Ansturms gegen das Dreiklassenwahlrecht müßte er sich als unbedingt zuverlässig erweisen. Umgekehrt freilich dürfte sich aber auch nicht etwa der Freisinn einbilden, irgend welche Bedingungen an die Sozialdemokratie stellen zu können, damit der Liberalismus durch die Waffenbrüderschaft mit dem allzu revolutionären Sozialismus nicht in den Augen des übrigen Bürgeriums diskreditiert werde. Bisher pflegten ja die Herren Barth, Raumann und Sonnemann solche anmaßliche Bedingungen zu stellen, sie verlangten eine andere Wahlakt, eine gelindere Tonart, eine Abgabe an das „Utopische“ des Sozialismus und dergleichen mehr, wofür sie dann ein dauerndes Zusammengehen mit dem Proletariat in Aussicht stellten. Für ein solches Leitzettelmedial bedankt sich nach wie vor nachdrücklich die Arbeiterklasse; diesem Liebeswerben gegenüber bleibt sie ewig spröde!

Kein Leitzettelmedial also — wohl aber eine zeitweilige Waffenbrüderschaft! Ist ein Teil des Liberalismus dafür zu haben, gut; ist er es nicht, so muß das Proletariat auch ohne das Bürgerium mit der Reaktion fertig zu werden suchen.“

Wir sollten meinen, diese Ausführungen seien klar genug. Für Leute freilich, die wie Stampfer und seine Gesinnungsgenossen von einer politisch neutralen Wahlrechtspropaganda unter Herakalen und freisinnigen Kreisen träumen, die eine Unterstüßung des Freisinn in „entschlossener Resignation“ beflürworten, bei der nicht sozialdemokratische Propaganda betrieben und sozialdemokratische Wahlerfolge ins Auge gefaßt werden sollen, sondern die durch Stärkung des Freisinn dem Junkertum das Dreiklassenwahlrecht gewissermaßen bereinigen soll, für Anhänger solcher Ideen mag unsere Auffassung allerdings ein unergründliches Rätsel darstellen. Sie mögen es auch nicht begreifen, daß man ein freisinniges Liebeswerben, das darauf hinausläuft, von der Sozialdemokratie die Abkehr von ihrem Klassenkampfstandpunkt zu verlangen, spöttisch zurückweist, um doch andererseits wiederum dem Freisinn vorzuhelfen, daß er nur dann eine wirklich liberale Politik treibe, wenn er ohne alle Hinterabsichten gemeinsam mit der Sozialdemokratie Sturm gegen die preussische Reaktion läuft!

Stampfer hat unser Urteil über seine schamlose Leistung vorausgesehen, wenn er am Schluß meint, wir würden ihn als Fälscher brandmarken. Er erklärt sich damit trösten zu wollen, daß wir ihn übermorgen vielleicht schon wieder als „Genie und Ehrenmann“ feiern würden. Nun, das soll schon heute geschehen: wir erklären ihn hiermit bereitwillig für ein Fälscher-Genie und einen dunklen Ehrenmann!

Noch einer von der Clique!

In der „Neuen Gesellschaft“ des Braunschweiger Ehepaars besätmet sich der Herausgeber der Wochenschrift „Plutus“, Georg Bernhardt, darüber, daß wir die Aufnahme der sogenannten „Berichtigung“, die er von uns am 12. September „auf Grund des § 11 des Preßgesetzes“ forderte, abgelehnt und aus seinem komischen Elabrat nur die seine Unberücksichtigung charakterisierenden Einleitungssätze abgedruckt haben. Wie Bernhardt mit der ihm eigenen, durch Harden attestierten Glaubwürdigkeit versichert, sei seine Berichtigung nur „rein tatsächlicher Natur“ gewesen und hätte überdies nach seiner Schätzung kaum 1/2 Spalte des „Vorwärts“ in Anspruch genommen.

Doch trotz unseres Sinns für Humor erscheint uns der Herausgeber des „Plutus“ in der Rolle des wehllagenden Jeremias als so wenig interessant, daß wir auf die Wiedergabe seiner Schmerzspitel verzichten müssen. Für uns kommt nur in Betracht, was er an sogenannten „Tatsächlichem“ zu berichtigen hat. In zwei Fällen hat nach seiner Ansicht der „Vorwärts“ eine „bewusste Unwahrheit“ gesagt:

1. indem wir schrieben:

„Bernhardt ist der Auffassung, die Regierung steht mit ihrer Bureaokratie vor dem Bankrott. Die sogenannten herrschenden Kreise fühlen sich nicht mehr fähig, die vom Staat an sie zu stellenden Forderungen zu erfüllen, in dieser Not wenden sie sich an Dernburg, der als Retter auf dem Plan erscheint, und, wie Bernhardt auf Grund seiner gründlichen Einsicht im „Plutus“ versichert, „sicher Ordnung schaffen wird“. Das bankrotte System muß abtanen.“

2. indem wir schrieben:

„Schade nur, daß die gesamten Ausführungen Bernhards auf nichts als leeren Annahmen und Voraussetzungen beruhen. Der sagt ihm denn, daß die Junkerbureaokratie sich bankrott fühlt und Dernburgs Berufung ein Systemwechsel von „prinzipieller Bedeutung“ ist?“

Zum Beweise dafür, mit welcher Dreistigkeit Bernhardt leugnet, genügen einige wenige Zitate aus seinen beiden Artikeln im „Plutus“ und der „Neuen Gesellschaft“:

„Dieser Gegensatz (nämlich daß ein Bankdirektor einen Posten erhält, den bisher ein Erbsprinz einnahm. D. Red. d. „Vorw.“) würde auch reizen, wenn der homo novus politicus eine weniger markante Persönlichkeit wäre, und wenn seine Wahl nicht einen Bruch mit der bis dahin herrschenden Tradition bedeuten würde.“ („Plutus“, S. 637.)

„Die Berufung Dernburgs bedeutet den Bankrott eines Systems. In den Niederungen, wo wir gemeine Menschen wohnen, war man sich schon lange darüber klar, daß der Affektivismus für die Bedürfnisse moderner Regierungskunst nicht mehr ausreichte. Aber es hat erst der Ausbruch einer beispiellosen Mißwirtschaft im Kolonialamt bedurft, um auch den leitenden Kreisen die Ueberzeugung aufzudrängen, daß Examensnoten gar keine Bürgschaft für Lebensfähigkeit bieten, und daß das Geschick, zu organisieren und zu kalkulieren, viel wichtiger für den Staatsmann ist, als alle Routine im bürokratischen Geschäftsgang.“ („Plutus“, S. 637.)

„Und wenn man diese Persönlichkeit ganz außerhalb der nach den Gesetzen des heiligen Bureaokratismus in Betracht kommenden Kreise wählt, so ist damit klar der Beweis dafür erbracht, daß diese Kreise nicht mehr fähig sind, die vom Staat an sie zu stellenden Forderungen zu erfüllen. Deswegen hat Dernburgs Wahl eine prinzipielle Bedeutung, die auch zweifellos die Sozialdemokratie anerkennen muß.“ („Neue Gesellschaft“, S. 436.)

„Soll sich das (die jetzige bürokratische Wirtschaft. D. Red. d. „Vorw.“) jetzt ändern? Ich möchte nicht voreilig Schlüsse ziehen. Aber worüber ist es immerhin, konstatieren zu können, daß man einen Kaufmann nehmen muß, wo es gilt, in einer Verwaltungsbehörde Ordnung zu schaffen.“ („Plutus“, S. 638.)

In der nächsten Spalte beantwortet Bernhardt diese selbstaufgeworfene Frage folgendermaßen:

„Barack gilt's, Ansehn zu halten. Und dafür ist kaum ein einziger geeignet wie er. Mit der ganzen rücksichtslosen Grobheit, die ihn zieht, mit der er die Sandenbanken, die Bonnenbanken, die Breslauer Diskontobank saniert und die Deutsch-Lugenburgische Bergwerks-Gesellschaft zu sanieren

versucht hat, wird er den Ausfertigen schwingen.“ („Plutus“, S. 638.)

Und auf der nächsten Seite ist Bernhardt bereits ganz sicher, daß ein gründlicher Wechsel eintreten wird:

„Nein, darüber kann gar kein Zweifel entstehen: Dernburg wird sicher Ordnung schaffen.“

Bernhardt nennt also in den beiden ersten Zitaten die Berufung Dernburgs „einen Bruch mit der bis dahin herrschenden Tradition“ und bezeichnet sie als „Bankrott eines Systems“; aber trotzdem ist es „bewusste Unwahrheit“, daraus zu folgern, er sei der Auffassung, die Regierung stehe mit ihrer Bureaokratie vor dem Bankrott.

Weiter meint er im zweiten obigen Zitat, daß nun „auch den leitenden Kreisen die Ueberzeugung“ sich aufgedrängt hätte, daß „Examensnoten gar keine Bürgschaft für Lebensfähigkeit bieten“; doch wenn wir daraus schließen, er sei der Ansicht, die sogenannten herrschenden Kreise fühlen sich nicht mehr fähig, die an sie zu stellenden Forderungen zu genügen, so ist das „bewusste Unwahrheit“!

Im zweiten Zitat spricht er vom „Bankrott eines Systems“, wirft dann hinterher die Frage auf: „Soll sich das jetzt ändern?“, und antwortet darauf: „Dernburg wird sicher Ordnung schaffen.“ Trotzdem ist es eine „bewusste Unwahrheit“, zu schreiben, für Bernhardt bedeute Dernburgs Berufung einen Systemwechsel.

Es gehört eine starke Dreistigkeit dazu, gegenüber den obigen Zitaten und der „bewussten Unwahrheit“ zu beschuldigen; wir könnten darauf mit Recht gegen Bernhardt den Vorwurf der „Berlogenheit“ erheben, doch sind wir in Anbetracht seiner „tatsächlichen Natur“ nicht so grausam. In dem Bestreben, Herrn Hardens Stil nachzuahmen und dem Haut-goût wie dem Sensationsbedürfnis eines gewissen Teils des Börsenpublikums entgegen zu kommen, hat er längst verlernt logisch zu denken und zu schreiben. Uebrig geblieben ist nichts als widerspruchsvolle Wortzügel.

Soziales.

Einfluß der neueren deutschen Unfallgesetzgebung auf Heilbarkeit und Unheilbarkeit der Kranken.

Dieses Thema gelangte auf dem Naturforschertag zu Stuttgart am Mittwoch zur Verhandlung.

Am ersten Tage behandelte Dr. Konne-Hamburg die Frage unter besonderer Berücksichtigung der posttraumatischen organischen Erkrankungen des Rückenmarks. Er zeigte durch Demonstration eine Reihe von Fällen hypochondrischer Neurosen als Folgeerscheinungen von Unfallverletzungen. Durch stufenweise langsame Herabsetzung der Rentenbezüge konnte in erfreulicherweise die Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt werden. Weiter zeigt Medner eine Reihe Photographien von Handverletzungen, welche vor oder unabhängig vom Unfallversicherungsgesetz vorgekommen sind; teilweise handelt es sich um Verlust einzelner Fingergliedmaßen. Es zeige sich hier, was unter dem bittenden Ruf ein Arbeiter trotz solcher Verletzungen leisten könne. Es handelt sich in allen Fällen um Arbeiter, die bei vollem Lohne arbeiten. Der Vortragende betont jedoch, daß er es für durchaus richtig halte, daß der Arbeiter, so lange er Beschwerde hat, auch die ihm geschmähtig zustehende Rente bezieht. Im Gegenteil, er bedauere sogar, wenn der Rentenbezug vielfach besonders unter dem Vorwurf der Simulation unberechtigt ersichert werde. Andererseits habe der Arzt aber Gelegenheit, zu sehen, was das Recht tun und wie der Wegfall des Ruf unangenehm auf das Krankheitsbild einwirken könne. Eine besondere Gefahr der Unfallversicherung bestiehe darin, daß eine größere Anzahl von Arbeitern anfangs zu trinken, nachdem sie die Rente zugesprochen erhalten haben. Besonders werden sie vielfach durch den Kampf um die Rente zum Alkoholismus getrieben. Die Ursachen dieser Kasualität liegen einmal in der Gesehe als solchen, dann in der Handhabung der Gutachten, in der beklagenswerten Meinungsverschiedenheit der Ärzte, weiter darin, daß alle Gutachten dem Verletzten ausgehändigt werden, in der Kostenlosigkeit des Berufungsverfahren, in dem Einfluß unverantwortlicher Ratgeber usw. — Eine Besserung erhofft der Vortragende in erster Reihe von der Möglichkeit einer einmaligen Kapitalabfindung sowie davon, daß dem Verletzten, falls die Berufung abgewiesen werden sollte, die Kosten des Verfahrens selbst auferlegt werden. Zum Schluß zeigt der Vortragende an einer Reihe von Fällen, wie infolge eines Unfalls eine chronische Rückenmarkskrankheit aufgelöst werden könne. In diesen Fällen von Trauma sei es allerdings ohne Zweifel, daß die neuere Unfallversicherungsgesetzgebung keinen Einfluß auf die Entstehung oder Verschlimmerung der Krankheit gehabt habe.

Dieselbe Frage unter Berücksichtigung der psychiatrischen Seite besprach darauf Prof. Dr. Gaupp-München. Er führte aus: Als man vor 22 Jahren die Unfallversicherung schuf, dachte der Gesetzgeber schwerlich daran, daß das Gesetz, welches einen wirtschaftlichen Charakter trug, auch eine medizinische Bedeutung haben könne. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß die Unfallneurose durch die Gesehegebung stark beeinflusst wird. Bei der Schaffung des Gesetzes hat man die Seele der Arbeiter nicht in Betracht gezogen. Mit seinem Inkrafttreten nahmen die traumatischen Neurosen schnell zu. Vielfach hat der Verletzte das Empfinden, nicht mehr arbeiten zu können. Man muß berücksichtigen, wie das Gemütsleben des Verletzten durch die lange Dauer des Verfahrens bei der Rentensetzung beeinflusst wird. Die Nachuntersuchungen lassen den Arbeiter nicht zur Ruhe kommen, immer wieder muß er seine Leidensgeschichte erzählen, sich gegen den Verdacht der Simulation verteidigen; er lebt sich so in die krankhafte Stimmung ein, merkt bald, worauf es ankommt, und wehrt sich gegen die sogenannte „Rentenquetsche“. Dazu kommt noch als ein weiterer Mangel, daß die Unfallversicherungsgesetze dem Arbeiter schwer verständlich sind. Die Aufgabe der ärztlichen Tätigkeit muß darum auch auf die Gewöhnung des Verletzten an die Arbeit gerichtet sein. Vor allem fehlt in dem Gesehe eine Bestimmung, welche dafür Sorge trägt, daß dem partiell arbeitsfähigen Arbeiter eine geeignete Arbeit beschafft wird. Das ist eine ganz besonders fühlbare Lücke im Gesehe. Um dem unglücklichen Verlauf der traumatischen Neurose entgegenzuwirken, kann aber auch ohne Änderung der Gesehegebung der Arzt prophylaktisch wirken. Vor allem, indem er das Vertrauen des Verletzten auf Heilung hebt. Er muß sich hüten, den Arbeiter ohne Grund der Simulation zu verdächtigen. Das ist ärztlich falsch und inhuman. Man zwingt damit die Arbeiter, erst recht zur Simulation. Weiterhin spricht der Vortragende den Wunsch aus, daß die Verlegung gleich nach dem Unfall festgestellt und daß die Behandlung direkt von der Berufungsgenossenschaft unternommen werde, da die Krankenlasten-Behandlung nur an der augenblicklichen Heilung ein Interesse habe. Auch die Nachuntersuchungen müßten eingestellt werden. Der Arzt müsse bei den Entscheidungen die größte Rolle spielen. Schließlich formuliert der Referent folgenden Vorschlag: Nach Ablauf von drei Jahren von dem Tage des Unfalls steht den Berufungsgenossenschaften das Recht zu, nach Anhörung eines ärztlichen Kollegiums von mindestens drei Ärzten, von denen zwei den Verletzten schon früher untersucht haben, diesen mit der einmaligen Auszahlung eines bestimmten Kapitals abzuschließen. Wenn nach dem einstimmigen Auspruch der Ärzte die Verlegung selbst völlig geheilt ist und die übrig gebliebenen Störungen sich in den letzten zwölf Monaten objektiv nicht verschlimmert haben.

Ueber die in der Tübinger Frauenklinik gemachten Erfahrungen mit dem Unfallversicherungsgesetz auf dem Gebiete der Gynäkologie berichtet Prof. P a i s c h - T ü b i n g e n : Die Fälle, welche auf diesem

Gebiete in Betracht kommen, seien nur gering, aber auch hier sei eine Einwirkung beobachtet worden.

Der vierte und letzte Diskussionsredner Dr. Thiem-Kottbus, der die stürmische Seite beleuchtet, behauptet, daß die Unfallversicherung erst nach der 14. Woche die Weiterbehandlung in die Hand nehme. Durch die dreizehnwöchentliche Karenzzeit seien die zehn Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter und ländlicher Kleingrundbesitzer, die in seiner Krankenkasse sind, nach einem Unfall auf sich selbst angewiesen. Trotz mancher Unzulänglichkeiten der deutschen Unfallgesetzgebung hält Redner die Vorteile für die Ärzte in wissenschaftlicher Beziehung und für die Verletzten in jeder Beziehung für vorwiegend große, daß die Ärzte rastlos an diesem großen sozialen Humanitätswerte weiter mitarbeiten müßten, welches das Deutsche Reich zuerst zu schaffen gewagt hat und dem nach und nach fast alle Kulturstaaten gefolgt sind.

Die Zentralisation der Krankenkassen Berlins

wurde am Dienstag in einer Versammlung der Kassenvorstände und Verwaltungsbeamten besprochen. Der Referent Simanowski schilderte die bisherigen Zentralisationsbestrebungen und das ablehnende Verhalten der Aufsichtsbörden gegenüber diesen Bestrebungen. Er empfahl den neuwählenden in der Gewerkschaftskommission von ihm vertretenen Plon, die jetzt in Berlin bestehenden 55 Ortskassen, wenn möglich nach Industriegruppen zu acht großen Ortskassen zusammenzufassen. Der Redner empfahl eine Resolution, deren erster Teil, welcher die Ablehnung der Zentralisation durch den Oberpräsidenten bedauert und die Zentralisation nach Industriegruppen billigt, sich mit der von der Gewerkschaftskommission angenommenen Resolution deckt. Dann heißt es: „Die versammelten Kassenvorstände erklären weiter, daß sie zu diesem Zweck (Zentralisation nach Industriegruppen) möglichst bald außerordentliche Generalversammlungen einberufen und sich hierüber schlüssig werden wollen. Sie beauftragen die Zentralkommission, die zu den einzelnen Industriegruppen gehörigen Kassenvorstände möglichst bald zu gemeinsamen Aussprachen über die weitere zu ergreifenden Maßnahmen zusammenzubringen, um das gesteckte Ziel zu erreichen, dessen Durchführung als Fortschritt zum Wohle der einzelnen Krankenkassen sowie deren Versicherten betrachtet wird.“

In der Diskussion wurden grundsätzliche Bedenken gegen den Gedanken der Zentralisation nicht erhoben. Als erstrebenswertes Ziel wurde der vom Oberpräsidenten abgelehnte Plan einer einzigen Zentralisation für Berlin und die Vororte bezeichnet. Da diese jedoch nicht zu erlangen ist, hielt man die Zentralisation nach Industriegruppen für die zunächst anzustrebende Form des Zusammenenschlusses, von der aus man schließlich die Zentralisation für Berlin zu erlangen hofft. Diesen Standpunkt vertreten die meisten der Diskussionsredner. Abgesehen von der Zustimmung, welche der Vorschlag der Zentralkommission im allgemeinen fand, wurden Einwendungen in bezug auf Einzelheiten desselben erhoben. Hier und da wurde eine andere Einteilung der Gruppen gewünscht, auch wurden Zweifel geäußert, daß sich die Zwangsklassen der Zentralisation anschließen würden. Ein Redner vertat die Ansicht, man dürfe auch die freien Hilfskassen nicht außerhalb der Zentralisation lassen. Denn, wenn durch die Zentralisation für die schlecht gestellten Arbeiterkassen Vergünstigungen geschaffen werden sollen, dann dürften die Hilfskassen, die gerade von den zahlungsfähigsten Arbeitern gehalten werden, nicht eine Sonderstellung weiter führen. Nur ein Redner vertat sich entschieden ablehnend gegen den Vorschlag der Zentralkommission. Eine Zentralisation für ganz Berlin erklärte er für wünschenswert, aber der Vorschlag der Zentralkommission sei nicht zweckmäßig, man möge ihn deshalb ablehnen. — In seinem Schlusswort trat Simanowski den in der Diskussion erhobenen Einwänden entgegen. Ueber Einzelheiten derselben ließe sich reden, es handle sich jetzt aber darum, daß sich die beteiligten Klassen grundsätzlich für den Zusammenschluß erklären, denn der Oberpräsident habe ja in seinem ablehnenden Bescheid gesagt, bevor in der Frage der Zentralisation etwas geschehen könne, müsse erst die Zustimmung der beteiligten Klassen vorliegen. Es sei nun Sache der Vorstände, den Zusammenschluß zu fördern und die Zustimmung der Kassemitglieder einzuholen.

Die vom Referenten vorgelegte Resolution wurde mit allen gegen 12 Stimmen angenommen. In der Versammlung waren 98 Krankenkassen vertreten.

Behördliche Arbeiterfürsorge im Goethelandchen.

Das durch die vollendete Rechtsunsicherheit auf dem Gebiete des Versammlungsrechts hinreichend bekannte Goethelandchen hat die Behörden, die unaufhörlich danach streben, ihrer Fürsorge gegenüber der Arbeiterkassen mit neuen Maßnahmen Ausdruck zu verleihen. Etwas ganz Neues hat zu diesem Kapitel der Bezirksdirektor in Weimar aus den Akten der Landesdirektion vom Jahre 1896 ausgegraben. Der Turnverein „Freie Turner“ in Jena wollte kürzlich ein Sommerfest abhalten. War bisher in der Abhaltung von Festen auch den Arbeitern gegenüber von einer Beschränkung, mit Ausnahme der Märsche an einzelnen Orten, wenig zu verspüren, so soll es nun anders werden. Das interessante Schriftstück lautet:

Da durch den Verlauf der von Gesellschaften, Vereinen und Privatvereinstellen sogenannten Volksfeste sich herausgestellt hat, daß hierfür in Jena ein nach dieser Richtung angenommenes Bedürfnis nicht vorhanden ist, durch derartige Veranstaltungen vielmehr nur Schädigungen der Gesundheit und auch einheimischer Gewerbetreibender verursacht werden und in der ferneren Erwägung, daß derartige sogenannte Volksfeste mangelhaft Unzulänglichkeiten im Gefolge haben, sehe ich mich veranlaßt, künftig in der Regel nur noch in folgenden bestimmten Fällen die landespolizeiliche Genehmigung nach der Verordnung vom 15. September 1896 zur Abhaltung von Volksfesten, zu denen Auswärtige eingeladen werden, zu erteilen:

1. einmal jährlich der neuen Schützengesellschaft,
 2. desgleichen der Brauerei (Bürgerliches Brauhaus, A.-G.),
 3. zu dem von der Gemeinde alljährlich veranstalteten Reizschützenfest,
 4. zu dem von den vereinigten Gewerkschaften jährlich einmal abzuhaltenden Feste.
- Hierzu bemerke ich jedoch, daß die Genehmigung zu diesen vier Festen damit nicht etwa ein für allemal erteilt sein soll, sondern daß ich mir die Entschliebung darüber so wie bisher auch künftig in jedem einzelnen Falle vorbehalte.

gez. Schmid.

Schade, daß die Mühe und Arbeit, diese siebzehnjährige Verordnung auszugraben und sie gerade jetzt zur Anwendung zu bringen, so wenig erfolgversprechend in Jena sein wird. Die Jenaer brauchen nur 15 Minuten, um über die Landesgrenze zu gehen, und — da können sie in aller Gemütsruhe die Feste feiern, die ihnen im Vaterland verboten werden. Ob die Behörde in ihren Erwägungen — da wohl auch daran gedacht hat, daß sie dann mit einer solchen Bestimmung die Gewerbetreibenden erst recht schädigt? Die Arbeiter haben aber wieder einmal Gelegenheit, aus dieser Art „Arbeiterfürsorge“ ihre besonderen Lehren zu ziehen. Wenn dann der rüstige Ausgraber der alten Verordnung den Zug über die Landesgrenze mitmacht — nun, da läßt sich endlich hoffen, daß nicht wie bisher im Waber der Lebendige wie ein Toter sich verkrümmert, sich verderbe und am Leben selber sterbe“.

Wahlbezirke für eingemeindete Ortsteile.

Am die Gültigkeit von Stadtverordnetenwahlen handelte es sich bei einem Verwaltungsausschuss gegen die Stadtverordnetenversammlung von Halle a. S. In den Eingemeindungsverträgen zwischen Halle und den ehemaligen Landgemeinden Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz, auf die das Gesetz vom 31. März 1900, betreffend die Erweiterung des Stadtbereichs Halle ausdrücklich Bezug nimmt, ist übereinstimmend gesagt: „Für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Halle bildet bis Ende des Jahres

1905 (später mit Genehmigung des Bezirksauschusses bis 1911 verlängert) der jetzige Gemeindebezirk Giebichenstein zusammen mit den bisherigen Landgemeinden Trotha und Cröllwitz in Gemäßheit des § 14 der Städteordnung einen gesonderten Wahlbezirk.“ Nun fanden im November 1903 die Halleischen Stadtverordnetenwahlen derart statt, daß der Bezirk der ehemaligen Gemeinden Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz (am 1. April 1900 in Halle eingemeindet) einen Wahlbezirk und der übrige Teil des Stadtbezirks ebenfalls einen Wahlbezirk bildete. Die Wahlen in dem Bezirk der genannten ehemaligen Landgemeinden fußt der Bezirksdirektor lange nach vergeblichem Einspruch durch Klage beim Bezirksauschuss an, indem er geltend machte, die hier vorliegende Einteilung in zwei Wahlbezirke widerspreche dem Wortlaut des § 14 der Städteordnung: „Enthält eine Stadtgemeinde mehrere Ortsteile, so kann sie mit Rücksicht hierauf in Wahlbezirke eingeteilt werden.“ Insbesondere wäre es ungeschicklich, die 1817 der Stadt eingemeindeten Gemeinden Glaucha und Neumarkt bei der Bildung der Wahlbezirke unberücksichtigt zu lassen.

Der Bezirksauschuss wies jedoch die Klage mit folgender Begründung ab: Entscheidend sei, daß die Wahlen entsprechend den durch Spezialgesetz gutgeheißenen Eingemeindungsverträgen Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz vorgenommen seien. Die Bildung des Wahlbezirks für den Bezirk dieser ehemaligen Landgemeinden laufe dem § 14 der Städteordnung nicht zuwider. Denn auf diesen § 14 verweisen die §§ 6 der drei Eingemeindungsverträge. Das komme aber einer maßgeblichen Auslegung gleich, da die Eingemeindungsverträge als Bestandteile des Stadterweiterungsgesetzes vom 31. März 1900 anzusehen seien. Hiernach hätten die Wahlen im November 1903 ordnungsmäßig stattgefunden und seien gültig. — Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte am Dienstag dies Urteil.

Der Prozeß der Hamburg-Amerika-Linie gegen ihre Schauerleute wegen der Märsche.

Wie schon mehrfach berichtet, hat die Hamburg-Amerika-Linie ursprünglich gegen 142 feste Schauerleute wegen Ruhestellens der Arbeit am 1. Mai eine Schadenersatzklage in Höhe von 12000 M. anhängig gemacht. Durch Zwischenurteil hat das Gewerbegericht den Anspruch der Amerika-Linie dem Grunde nach für berechtigt erklärt. Soweit die Klage jedoch auf Verurteilung der Schauerleute als Gesamtschuldner gerichtet war, ist sie abgelehnt worden. In der Begründung des Urteils befinden sich folgende charakteristische Stellen: „Die Behauptung der Beklagten, es sei ihnen durch jahrelange Übung von der Amerika-Linie freigestellt, jederzeit einen eventuell mehrere Tage ohne weiteres von der Arbeit fortzubleiben, sei so ungläublich, so absurd, daß es nicht einmal für angebracht erschienen sei, die angebotene Beweisführung zuzulassen! Das Gericht sei — ohne Beweisnahme! — vom Gegenteil der Behauptung überzeugt. Die Einrede, Beklagte hätten bereits 22 Stunden gearbeitet und hätten deshalb annehmen dürfen, sie sollten abgelöst werden, sei hinjällig. Beklagte hätten gewußt, daß keine ordentlichen Ersatzleute für sie vorhanden gewesen seien. Der Lohnsatz für Schauerleute, die Arbeitszeit solle 36 laufende Stunden einschließlich der Espausen nicht übersteigen. Diese Arbeitsdauer sei gerichtsnotorisch im Hamburger Hafen seit vielen Jahren üblich und noch niemals als gegen die guten Sitten verstößend erachtet worden.“ — „Klägerin habe sich die offenbar auf einen gemeinsamen Beschluß der Beklagten zurückzuführende Arbeitsverweigerung am 1. Mai, die lediglich Demonstrationzwecken diene, nicht gefallen lassen können. Sie mühte also von ihrem Rechte, die Beklagten zunächst zu entlassen, Gebrauch zu machen, wenn sie sich nicht der Lächerlichkeit habe preisgeben wollen.“ — „Eine vorläufige Schadenzufügung möge hier wohl als vorhanden angenommen werden können und daß die Arbeitsverweigerung lediglich zu Demonstrationzwecken als eine gegen die guten Sitten verstößende Handlung anzusehen sei. Jedoch decke sich der Tatbestand des § 830 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht mit dem im Kontraktbuch des Einzelnen liegenden Tatbestand. Folglich sei das Gewerbegericht für den etwaigen Anspruch der Klägerin aus § 830 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht zuständig.“

So die Urteilsbegründung. In dem letzten Termin, der am Mittwoch stattfand, handelte es sich nur noch um die Festsetzung des der Klägerin zu erfindenden Schadens. Da es der Amerika-Linie hauptsächlich darauf ankommt, im Prinzip zu siegen, wie der Vertreter der Amerika-Linie, Inspektor Kapitän A. D. Theile, ausführte, und dieses „Prinzip“ ja auch gesiegt hat, ernährte Herr Theile den Anspruch auf 20 M. pro Kopf der noch in Betracht kommenden 127 beklagten Schauerleute, obwohl der Vertreter der Amerika-Linie den Schaden auf Hunderttausende beziffert. Die Vertreter der Schauerleute lehnten jeden Vergleichsvorschlag ab, da sie nochmals die ganze Arbeitsmethode der Amerika-Linie als gegen die guten Sitten verstößend bezeichneten.

Das Gericht setzte die Urteilsverurteilung auf nächsten Mittwoch aus.

Verfammlungen.

Erster Wahlkreis. Am Dienstag wurde in den „Arminhallen“ eine gut besuchte Volksversammlung abgehalten. Genosse Dr. Südekum sprach daselbst über den „Verdengang der deutschen Kolonialpolitik“. Redner schilderte in großen Umrissen die Entwicklung unserer Kolonialpolitik, die vom kapitalistischen Interesse diktiert auch die kapitalistischen Korruptionsercheinungen zeitigen mußte, wie sie gegenwärtig in der Affäre Fischer-Tippelskirch-Pöbbeckel zutage getreten sind. An den verschiedensten Beispielen wies er nach, daß unser ganzes Kolonialsystem bis ins innerste Mark hinein faul ist und daß die Kolonialverwaltung bisher eine geradezu phänomenale Unfähigkeit bewiesen hat. Dieser Zweig der deutschen Verwaltungsmaschinerie liefert den Beweis, daß auf die vielgerühmte deutsche Veamtenlichkeit jetzt auch nur noch das Wort zutrifft: Es war einmal! Zum Schluß bezeichnete Redner die ganze heutige Kolonialpolitik als eine wahrnehmbare Verschwendung des Nationalvermögens und gab der Meinung Ausdruck, daß eine wirklich kulturfördernde Kolonisation erst unter der Herrschaft des Sozialismus betrieben werden könne, weil das kapitalistische Raub- und Ausbeutungsprinzip dann seine Gestalt verloren habe. (Beifall.) Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Genosse Oppel schloß darauf die Versammlung mit der Aufforderung an die Anwesenden, die Arbeiterpresse zu lesen und die Organisation zu stärken.

Im sozialdemokratischen Wahlverein für den dritten Berliner Wahlkreis, der im „Rückischen Hof“ tagte, referierte am Dienstag Genosse Düwelle unter großem Beifall über „Partei und Gewerkschaft“. Es entspann sich eine längere Diskussion. Guber ließ sich eingehend auf Grund von Erfahrungen über englische Gewerkschaftsverhältnisse aus, die der Referent gestreift hatte, und trat dafür ein, daß die deutsche Arbeiterbewegung eine Dreieinigkeit umfassen müsse: nicht bloß Partei und Gewerkschaften, sondern Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft. — Jettkowski wünscht die Gewerkschaften als Vorstufe der Partei betrachtet. — Gehrman wendet sich gegen solche Gewerkschaften, deren Neutralität soweit geht, daß sie erklären, sie könnten sich um Politik nicht kümmern. Er betont, daß die Partei für die Gewerkschaften insofern von großer Bedeutung sei, als sie ihren parlamentarischen Einfluß viel auf Gebieten geltend mache, die im Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften lägen. Ohne die Partei hätten die Gewerkschaften auch nicht solch friedliches Arbeiten. Vom Parteitag erhoffe er Klärung, aber nicht im Sinne der bürgerlichen Zeitungsdarsteller und Ideologen, sondern nach der Richtung, daß der Neutralitätsgedanke immer mehr beseitigt und Einigkeit geschaffen werde. — Kahlert erklärt Gewerkschaften, die ihre Mitglieder nicht zu Sozialdemokraten erziehe, für reaktionär. Seine weiteren Ausführungen

schloß er mit dem Wunsch, daß sich die Gewerkschaften der sozialistischen Jugend annähmen. Durch erzieherische Einwirkung auf diese könnten die Gewerkschaften erzieherisch im Interesse der sozialdemokratischen Bewegung wirken. — Gurland: Jedesmal, wenn über Partei und Gewerkschaft diskutiert werde, lasse dies einen Stachel zurück. Es lasse sich nicht abstreiten, daß auch in Deutschland Tendenzen vorhanden seien, die zum Trades-Unionismus neigten, und auch solche, die auf eine gewisse Verflumpung schließen ließen. Aber die Gegenkräfte seien doch nur in den Köpfen der Führer vorhanden. Die Arbeiter selber, das große Volk, wundert sich über den Streit der Führer. Er sei der festen Überzeugung, daß die Gewerkschaften Deutschlands nicht in das englische Jahrmärker hineingeraten würden. Die Gewerkschaften müßten anerkennen, daß sie ohne ein gewisses Maß politischer Freiheit ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen könnten. Darauf wolle man sie betreiben, nicht aber versuchen, ihre Arbeit als zwecklos hinzustellen. In jedem Stück gewerkschaftlicher Kleinarbeit liege ein Stück Klassenkampf. — Rau ist der Meinung, daß die Brünnemannsche Theorie in sich zusammenfalle unter dem Druck der Wirklichkeit, der Aussparungen von Arbeitern an der Arbeit zum Schaden der Streikenden eines bestimmten Berufes. — In seinem Schlusswort nahm Genosse Düwelle auch auf die Ausführungen Gurlands über die Diskussionen über Partei und Gewerkschaft Bezug. Er könne nicht finden, daß solche Debatten einen Stachel zurückließen, wenn sie sachlich seien und nicht persönlich genommen werden. Der Redner (G.) habe übrigens selber gewisse bedenklige Erscheinungen zugegeben. Darüber müsse doch diskutiert werden, sonst werde es leicht schlimmer.

Richtigstellung. In dem Berichte über die am Donnerstag abgehaltene Versammlung der Schmiede läßt mich der Berichterstatter sagen:

„Ströbel wandte sich in seinem Schlusswort ebenfalls gegen verschiedene Ausführungen Sierings. Wohl wolle er zugeben, daß was Siering des Ausdrucks anbelange, auch von der Parteipresse in der Polemik hin und wieder gelübt worden sei. Doch müsse man auch bedenken, wie die Parteipresse provoziert worden ist. Er erinnere nur an die Scharifweise des „Zimmerer“. Wenn Siering speziell auf die „Leipziger Volkszeitung“ verwiesen habe, so könne er, Redner, sagen, daß auch er sich schon häufig über die scharfe Tonart der „Leipziger Volkszeitung“ geäußert habe, weil durch deren scharfe Ausdrucksweise die gute und gesunde Ansicht des radikalen Flügels der Partei direkt diskreditiert wurde. Doch da er mehrfach selbst erfahren habe, in wie illoyaler Weise in der Gewerkschaftspresse polemisiert werde, so urteile er über die Scharifweise der „Leipziger Volkszeitung“ jetzt auch wesentlich milder.“

Ich möchte demgegenüber feststellen, daß meine Äußerung über die von dem Genossen Siering in die Debatte gezogene „Leipz. Volksztg.“ etwa gelautet hat: „Wenn Siering sich über die Tonart der „L. V.“ beschwert habe, so will ich zugeben, daß auch ich mich früher selbst zuweilen über die scharfe Tonart dieses Blattes geäußert habe, weil dadurch die von diesem Blatte vertretene prinzipiell richtige Auffassung beeinträchtigt wurde. Nachdem ich aber persönlich erlebt habe, in welcher Weise von manchen Gewerkschaftsblättern und auch Parteigenossen polemisiert wird, ist mein Urteil über den scharfen Ton der Abwehrartikel der „L. V.“ ein wesentlich anderes geworden.“

Ich sehe mich zu dieser Richtigstellung umso mehr genötigt, als der Ton, in dem die Parteipolemiken in der „L. V.“ seit mindestens einem Jahre, und speziell auch schon vor dem Jenaer Parteitage, geführt worden sind, meines Erachtens auch zu der leichten Veranlassung weiterer Anlässe gibt.

Berlin, 18. September.

S. Ströbel.

Leser- und Diskussionsklub „Kordens“. Freitag, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Koch, Schadowstr. 18: Sitzung.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung V. Donnerstag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, bei Bernau, Schwedterstr. 23/24: Abteilungsversammlung.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung VI. Heute abend 8 Uhr, Zandmunderstr. 4: Vortrag.

Agitationsverein für den Wahlkreis Landsberg - Soldat. Morgen Freitag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 2: Sitzung. Gäste willkommen.

Verband der Preisverächter Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Heute Donnerstag, den 20. d. M., abends 9 1/2 Uhr, im Rosenhaller Hof, Rosenhallerstr. 11/12: Mitgliederversammlung.

Zentralverband der Kontoren und verw. Berufe. Heute Donnerstag, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Engl. Garten, Alexanderstr. 27c: Allgemeine Mitgliederversammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 10 und Nr. 11 des 16. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Zum Parteitag in Mannheim. — Frauenkammern. Von A. Br. — Die Ansprüche anständiger Arbeiterinnen an die Krankenkassen. Von Friedr. Kleis. — Aus dem Spezialbericht der hiesigen Fabrikinspektion. I. Von G. H. — Aus der Jugendbewegung. Von F. M. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Konferenz der Genossen des letzten Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreises. — Tätigkeitsbericht der Vertrauensperson des Kreises Niederbrunn. — Jahresbericht der Kreisvertrauensperson von Ragdeburg und Umgebung. — Weibliche Delegierte zur Frauenkonferenz. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Rothentel: Dienstbotenfrage. — Frauenkammern. — Verschiedenes. — Caution. — Preislisten: Kampfweise. Von John Henry Mackay. (Gebdht.) — Am Tor der Wissenschaft. Von A. R. — Im Saal. Von Theodor Storm. — Frauen-Velege: Die Egidienne. Von Friedrich Hölderlin. (Gebdht.) — Nervenspflege. Von Dr. Hopf Adams-Lekmann. — Ein Kapitel von der Liebe. Von Lamilla Durell. — Sturmwind. Von Nikolai Lenau. (Gebdht.) — Wänder Lärm. Von Almsloh. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — Herbst. Von Edgar Allan Poe. (Gebdht. in Prosa.) Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

In der neuesten Nummer des „Wahren Jacob“ sind mehrere Beiträge dem in nächster Woche zusammentretenden Mannheimer Parteitag gewidmet. Das farbige Titelbild mit der Unterschrift „Weden verboten! Ein Wärgen aus dem Rosengarten in Mannheim“ zeigt uns die Stadt Mannheim als schlafendes Dornröschen, das sich vom sozialdemokratischen Parteitag nicht wecken lassen will, da es in ihm nicht den richtigen Bräutigam erblickt, den es in seinen Träumen erwartet. Dann ist dem Parteitag noch das Lied „Zum Parteitag“ und die Plauderei „Mannheim“ gewidmet.

Karl Gatz, Der Menschheit Fluch und Erlösung. Preis 20 Pf. Verlag Gebr. Hury, Altona-Elbe.

Dr. Georg v. Wendt, Die Proportionalwahl zur sinnlichen Volksvertretung. Preis 1 M. Verlag von Belt u. Co., Leipzig.

Zabalka, Dr. Johann, Professor der technischen Hochschule in Wien. Erklärung der Gradation, der Rotkalkfarbe, der Wärme, des Lichtes, des magnetischen und elektrischen Erscheinungen aus gemeinsamer Ursache auf rein mechanischem, atomistischem Wege. 175 S. Gr. 8°. Preis 2 M. 5.— Nr. 6.— Wien 1906, Karl Fromme.

Witterungsüberblick vom 19. September 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.
Stettin	768,0	Sbedekt	11	11	Naparranda	778,8			8
Darmstadt	767,0	1bedekt	12	12	Wien	781,0			6
Berlin	766,0	Sbedekt	11	11	Wien	780,0			14
Frankfurt	765,0	1wolbig	7	7	Wien	772,0			12
Hannover	764,0	1bedekt	8	8	Wien	765,0			8
Wien	764,0	1halb bb.	12	12					

Wetterprognose für Donnerstag, den 20. September 1906. Nacht und morgen trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Verein Berliner Hausdiener

gegründet 1883.

Arbeitsnachweis u. Bureau: Alte Leipzigerstr. 1, Eingang Rantes Hof.
Geöffnet von 8-6 Uhr. Sonntags geschlossen. Telefon: Amt I, 2632.

Mitglieder-Versammlung

in den Zentral-Gesellen, Alte Jakobstr. 32.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Vortrag des Genossen Redakteur Hans Bloß über: Partei und Gewerkschaft. 3. Diskussion.
Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung es zu erscheinen.

Sonntag, den 23. September, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Palais-Theater, Wolfgang- und Burgstrassen-Gede.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Anschließbedingungen des Vereins an den Zentralverband. 2. Diskussion. 3. Beschlussfassung über die Art der Abstimmung.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Wer mit seinen Beiträgen länger wie zehn Wochen im Rest ist, hat keinen Zutritt.
Der Vorstand.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Freitag, 21. Septbr., abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal 1:

Bauvertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Interessenslosigkeit der Kollegen und wie ist derselben zu steuern.
2. Bericht der Vertrauensleute.
3. Verschiedenes.

Es ist unbedingte Pflicht, daß jeder Bau vertreten ist.
Anfang präzis.
Der Vorstand.

Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands

Verein Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis Rosenthalerstr. 57 (2. Eingang: Gormannstr. 28).
Som 1. Oktober ab: Alte Schönhauserstr. 20, Eingang Steinstr. 38.
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon: III, Nr. 1296.

Sonntag, den 23. September, vormittags 10 Uhr, im Lokal
Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57 (Hof):

Versammlung der Rohrleger und Helfer.

Tages-Ordnung:

1. Welche Unterschiede bestehen nach der Einführung der fakultativen
Unterstützungseinrichtungen zwischen uns und den Zentralverbänden? 2. Dis-
kussion. 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Branchenkommission.

Montag, den 24. September 1906, abends 8 1/2 Uhr, in den
Musiker-Sälen, Kaiser Wilhelmstraße 18m:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Abrechnung vom I. und II. Quartal 1906.
2. Wahl des Geschäftsführers für Deutschland (Gesamtorganisation) an
Stelle des ausgeschiedenen Geschäftsführers Koll. Schöndheim.
3. Wahl des gesamten Berliner Vorstandes.
4. Gewerkschaftliches.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Wir machen unsere Kollegen aufmerksam, daß die Urabstimmung über
unser D r a n bis zum 30. September beendet sein muß. Stimmzettel sind
bei den Kassieren sowie in unserem Bureau erhältlich.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.



Ihre *Qualitätseigenschaften* erklären, warum
sich Josetti-Cigaretten unter wirklichen Kennern
der grössten Popularität erfreuen.

Die *grosse* Anzahl, welche von denselben ver-
kauft wird, warum derartig feine Cigaretten so billig
abgegeben werden können.

Wenn sie weniger populär wären, müssten sie
teurer verkauft werden. - Cigaretten „gerade so gut“
kosten zweimal so viel.

JOSETTI CIGARETTEN

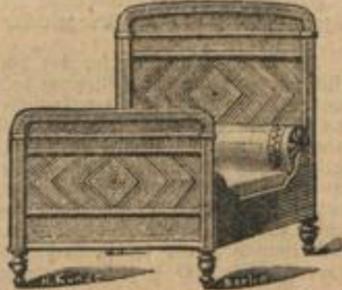
sind das Resultat mustergiltiger Mischungen, welche
die *Qualitätseigenschaften* feiner, vollreifer türkischer
Tabake am besten zu voller Geltung bringen, würzig
aromatisch, gehaltvoll und doch lieblich mild.

Josetti

Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.

Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Eigene Werkstätten!



Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Möbelfabrik.

Die besten und billigsten

Wohnungs-Einrichtungen

kaufen Sie bei

Julius Apelt, Tischlermeister,

Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kottbuser Tor.

Fabrikmaurer!

Freitag, den 21. September 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung aller in Fabriken beschäftigten Maurer

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7).

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Werte Kollegen! In dieser Versammlung werden Fragebogen vorausgabz zwecks Fest-
stellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die in Fabriken beschäftigten Maurer.

Also Kollegen erscheint alle Mann in der Versammlung.

Die Verbandsleitung. A. u. E. Thöns.

R. Rosien

Schwedterstraße 26. Telephon: Amt III, 169.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

60 kompl. aufgestellte Zimmer in den neuen Fabrikräumen.

1 Zimmer und
1 Küche

300

Panzer-Plüschsofa mit Satteltaschen von 85 M. **Mark**

Echt Nußbaum furni-
riert. Kleiderschrank
mit Pilaster 45 M.

Größtes
Spezial-Geschäft
sämtlicher
Gastwirts-Artikel.
L. Katz & Co.,
Spandauerstr. 45,
am Molkenmarkt.
Filiale:
Ecke Kaiser-, Schilling- und
Kl. Frankfurterstraße.

Zuckerpreise steigen rapid

Wer sich für die Preisbewegungen an den Produktmärkten
interessiert, verlange Proostler's Broschüre: „Das Wirt-
schaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“. Zu be-
ziehen durch alle Buchhandlungen. Vollständige Aus-
gabe M. 2.-, Teil- und Volksausgabe 60 Pfg.

Möbel

eventuell
auf
Teilzahlung

Oranienstraße 73.

Extra-Unterstützungskasse

f. Buchbinder u. verw. Gewerbe z. Berlin.
Sonntag, 23. d. M., vorm. 10 Uhr,
bei Lippe, Weichhorststr. 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vereinfachung der
Protokolle. 2. Wahl von 4 Vorstands-
mitgliedern. 3. Antrag Hinz betr.
Einladung zu den Gen.-Versammlungen.
4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Der Vorstand. J. u. G. Herzog, Berl.

Jeder Geflügelbesitzer

Bestelle bei der Post die besten, billigen
illustrierte Geflügelzeitung „Nord-
deutscher Geflügelhof“. Abonnements-
preis nur 30 Pf. pro Vierteljahr.
Probenummern gratis und franco
von der Expedition in Eldenburg
i. Gr.

Steppdecken

Gelegenheitskauf!

Bunt Kattun Ersatz für Deckbett 2 85

Similiseide in den Farben 4 85 8 75

Wollatlas rot, blau, oliv 5 25 7 50

Bunte Normal-Schlafdecken 1 50 2 50 3 50

Wolldecken ganz dick fehlerhaft 3 00 4 00

Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**

Oranienstraße 158. Berlin S.

Die Breslauer Polizeischlacht

vor Gericht.

(Telegraphischer Bericht. — Unber. Nachdr. verb.)

Hg. Breslau, 19. September.

Der Sitzungssaal gewährte heute früh einen eigenartigen Anblick, da als Zeugen

6 Kommissare und circa 40 Schulkleute

aufgerufen wurden. Darunter auch der Kommandeur der Breslauer Schuhmannschaft bei den Striegauer Plaz, Hauptmann Koll. Da außerdem zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Sitzungssaale wieder ein starkes Schuhmanns-aufgebot erschienen war, so blinkte und bligte alles von Schuhmannsuniformen und -helmen. — Vor dem Richterische hatte ein Tisch aufgestellt gefunden, auf dem eine große Anzahl von Gegenständen ausgebreitet sind, die von der Polizei nach dem Striegauer Plaz aufgefunden worden sind: so ein Messer, mit dem nach der Polizei geworfen worden ist, ein Taschenmesser, mit dem nach einem Schuhmannspferde gestochen wurde, mehrere

durch Schuhmannsäbel zerhauene Fäden

und viele andere Dinge.

Als erster Zeuge wird der Polizeiwachmeister Langer vernommen, der als erster die Menschenansammlung vor der Einfachen Fabrik nach Feierabend bemerkte und darauf seinen Vorgesetzten Meldung erstattete. Um 17 Uhr traf dann Hauptmann Koll mit einer Abteilung Veritonen auf dem Striegauer Plaz ein. Bis das Schuhmannskommando kam, ist nach der Aussage des Zeugen nichts geschehen.

Als aber die berittene Polizeitruppe anrückte, johlte, piffte und schrie die Menge, worauf der Kommissar laut und berrnehmlich zum Verlassen des Plazes aufforderte. Die Aufforderung wurde mit neuem Lärm beantwortet. Darauf drohte der Kommandeur dreimal, von der Waffe Gebrauch zu machen, wenn der Plaz nicht sofort geleert würde. Neuer Lärm folgte. Nun kommandierte Hauptmann Koll: Gewehr auf! Wir mühten ein Glied formieren und nun half kein: Bitte weiter gehen! mehr, sondern

die Waffe mußte Raum schaffen.

Vors.: In welcher Art gingen die Veritonen vor? — Zeuge: Als geschlossene Abteilung. — Vors.: Und was war der Erfolg Ihres Vorgehens? — Zeuge: Binnen kurzem war der Plaz leer, füllte sich aber bald wieder, da die Leute nur meist in die Häuser geflüchtet waren. — Vors.: Wurde Ihnen Widerstand geleistet? — Zeuge: Nein, nur einmal wurde mit einer Flasche nach mir geworfen. — Vors.: Fassen Sie das nicht auch als Widerstand auf? — Zeuge: Nein, darunter verstehe ich einen tätlichen Angriff. — Vors.: Außer diesem einen Fall haben Sie nichts von Bedeutung bemerkt? — Zeuge: Nein. — Vert. Justizrat Kamroth: Die Flasche konnte ja auch irgendwo zufällig auf dem Fenster gefallen sein. — Vert. Justizrat Hein: Ich halte es für wichtig, zu konstatieren, daß der Staatsanwalt auch hier schon den Tatbestand des Widerstandes gegen die Staatsgewalt für gegeben erachtet hat. — Vors.: Waren die Schuhmannsäbel stumpf? — Zeuge: Nur die der Veritonen. Die Säbel der Schulkleute zu Fuß waren

scharf geschliffen.

Vors.: Und zwar erst im März infolge eines Auslaufes in der Stadgasse neu geschliffen worden. — Auf weiteres Befragen der Verteidiger befragt der Zeuge, daß die in der Mitte der Menge stehenden Leute beim besten Willen der Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht hätten Folge leisten können, da die am Rande stehenden nicht wichen. — Vert. Rechtsanwält Simon: Und es ist nicht durchaus möglich, daß die Angeklagten gerade mitten in der Menge gestanden haben? — Zeuge: Jawohl!

Nächster Zeuge ist der Polizeikommissar Schwein, der über die Vorgeschichte der Kravalle und die Ursachen der Ausperrung vernommen werden soll. Vert. Justizrat Kamroth bittet, den Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß er genau unterscheiden müsse, was er selbst wahrgenommen und dem, was er nur von Dritten gehört habe. — Zeuge: Meine ganze Wissenschaft stammt nur von Dritten. — Vert. Kamroth: Dann müssen Sie es auch sagen, von wem Sie es wissen. — Zeuge:

Darauf verweigere ich die Aussage.

Der Zeuge schildert dann in längeren Darlegungen die Ursachen des Streiks der Former und der darauf folgenden Ausperrung. — Vert. Kamroth: Durch den Rechtsanwält Wolfgang Hein ist gegen die Leiter des Breslauer Metallindustriellen-Verbandes, die Direktoren Glasenapp und Neumann,

Strafantrag wegen Erpressung und Bedrohung,

Vorgehen wider die Gemeindefreiheit, gestellt worden mit Rücksicht auf ihr Vorgehen bei dieser Ausperrung. — Staatsanwalt: Das ist richtig, aber die Staatsanwaltschaft hat ein Einschießen abgelehnt, weil sie in dem Mundschrift des Breslauer Metallindustriellen-Verbandes keine Drohung, sondern nur eine Ankündigung erblickte. — Vert. Kamroth: Das trifft nicht zu. Die Staatsanwaltschaft hat vielmehr die Strafanzeige nur abgewiesen, weil sie

bei den Metallindustriellen den Dolus vermiste.

Die Sache schwebt gegenwärtig beim Oberverwaltungsgericht. Es gelangte hierauf die vom Metallarbeiterverband durch den Rechtsanwält Hein e. Berlin erstattete Strafanzeige gegen die Breslauer Metallindustriellen-Organisation zur Verlesung.

Der nächste Zeuge, der Arbeitswillige Brüche, fühlt sich von den Aussperrten belästigt und beleidigt. — Vert. Rechtsanwält Weizmann: Sie sollen aber erst auf Veranlassung des Untersuchungsrichters Fritz Strafantrag gestellt haben? — Vors.:

Diese Frage lehne ich ab.

— Vert. Weizmann: Dann beantrage ich Gerichtsbeschluss. Gestern ist bereits von einem Zeugen gesagt worden, er habe nicht Strafantrag stellen wollen mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte verheiratet sei. Es scheint mir nun von erheblicher Bedeutung für die ganze Beurteilung der Lage zu sein, ob der Zeuge sich selber beleidigt gefühlt hat oder erst vom Untersuchungsrichter darauf aufmerksam gemacht wurde. — Vors.: Wenn ich Untersuchungsrichter gewesen wäre, hätte ich mich auch für verpflichtet gehalten, den Zeugen auf sein Recht hinzuweisen. — Vert. Weizmann: Darum handelt es sich gar nicht. Der Untersuchungsrichter mag pflichtgemäß gehandelt haben, aber für mich dreht es sich darum, ob der Entschluss, Strafantrag zu stellen, der eigenen Initiative des Zeugen oder fremder Anregung entsprungen ist. — Vors.: Also, fühlen Sie sich beleidigt? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Wollen Sie, daß Ihr Beleidiger bestraft wird? — Zeuge: Jawohl. — Staatsanwalt: Man kann doch beim besten Willen nicht verlangen, daß der Zeuge hier seine innersten Gefühle zum Ausdruck bringt.

Mehrere Schulkleute

bestanden, daß die Menge sie beschimpft und angegriffen habe; den Pferden sei man einfach in die Fügel gefallen. — Vert. Hein: Das kann doch auch geschehen sein, um abzuweichen und sich vor den Füßen der Schuhmannspferde zu schützen. — Zeuge Schuhmann Hofrichter: Dann bräuheten die Leute doch nur fortzugehen. — Vert. Hein: Das ging doch nicht, die Menge war dicht gedrängt. — Zeuge Hofrichter: So schlimm war es gar nicht. — Vert. Hein: Ihre Kollegen meinten aber, daß die in der

Mitte Stehenden gar nicht fortgehen konnten, weil die Menge zu dicht gedrängt stand. — Zeuge: Nach meiner Meinung konnte jeder weggehen, wenn er nur wollte. — Zeuge Schuhmann Marxert sagt aus, es sei

so gespuckt worden, als ob es regnete.

Sein ganzer Regenmantel sei der Länge nach mit Speichel bedeckt gewesen.

Zeuge Polizeikommissar Bernhardt hatte den Eindruck, als ob die Menge

wie auf ein Kommando

gewaltsam gegen die Arbeitswilligen vorzugehen beabsichtigte. Es sei vielfach mit Flaschen geworfen worden. Der Aufforderung des Hauptmanns Koll, den Plaz zu verlassen, hätte jeder Folge leisten können. Soviel Plaz sei vorhanden gewesen. Zur Waffe habe die Polizei erst gegriffen, als nichts anderes mehr übrig blieb. Eine besondere Erregung habe die Menge infolge der Explosion von Feuerwerkskörpern ergriffen.

Zeuge Polizeikommissar John macht einen lebenden Eindruck. Er leidet an traumatischer Neurose und Magenbeschwerden, die von Stößen und Puffen im Gedränge herrühren. Die Vorgänge schildert er folgendermaßen: Er war von der Menge umringt und forderte sie auf, Plaz zu machen. Da das nicht geschah, zog er seinen Säbel und

durchschnitt einem Manne die Hand,

der laut aufschrie: „Das ist ja das lange Ras aus der Wehrenstraße!“ (Das Revier des Zeugen liegt in der Wehrenstraße.) Plötzlich fiel neben dem Zeugen ein scharfer Schuß. Woher er kam, weiß der Zeuge nicht anzugeben. Aus den Fenstern wurden Flaschen, Plättbolzen und andere Gegenstände geworfen. Die Flasche, die den Zeugen traf, enthielt Salzsäure und zerbrach. Die Säure zerfröh das Zeug und rief am Oberarm heftige Anschwellungen hervor. (Bewegung.) Da das Werfen aus den Fenstern nicht aufhörte, ließ der Kommissar gegen die Häuserwand

einige Schredsküsse

abgeben mit der Drohung, daß, falls die Fenster nicht geschlossen würden, scharf in die Fenster geschossen werden würde. Darauf schlossen sich denn auch die Fenster.

Zeuge Kommissar Rittmann entschuldigt den Gebrauch der Schußwaffe damit, daß

„der Feind“

sich in zu großer Entfernung befand und infolgedessen mit Schießwaffen nicht erreicht werden konnte. — Staatsanwalt: Es ist also von Feuerwaffen erst Gebrauch gemacht worden, als die Schießwaffen sich als unwirksam erwiesen hatten. — Zeuge: Jawohl.

Hierauf tritt eine längere Pause ein.

In der

Nachmittagsung

wird zunächst der Wachmeister John vernommen. Er sagt aus, daß die Schulkleute von der Menge mit Ausdrücken, wie „Blut-hunde“ und „Rosolen“ belegt worden seien. Schließlich sei nichts weiter übrig geblieben, als mit Gewalt vorzugehen. Er selbst sei durch einen Mauersteinwurf schwer verletzt worden, habe 7 Wochen im Krankenhaus gelegen und habe noch jetzt unter den Folgen der Verwundung zu leiden. Gleich ihm befand eine weitere Reihe von Schulkleuten, die vernommen werden, daß die Menge, wenn sie gewollt hätte, sich sehr wohl vom Striegauer Plaz hätte entfernen können.

Der folgende Zeuge ist der Kommandeur der Schuhmannschaft bei jenen tumultuariosen Straßenszenen. Er macht eingehende Bekundungen über die Maßnahmen, die er zur Wiederherstellung der Ordnung habe treffen müssen. — Der nächste Zeuge, Leutnant Wohnert, hat als sein Adjutant die ergangenen Befehle an die Schuhmannschaft weitergegeben. Ihnen folgend sei die Schuhmannschaft strahlenförmig gegen die Menschenhaufen vorgegangen und in ungefähre 30 Minuten sei der Striegauer Plaz säubert gewesen. Dabei sei er selbst von mehreren Seiten „Rosolen-häuptling“ beschimpft worden und eine Frau habe nach ihm geschlagen mit den Worten: „Marie, Rosale, wenn Du meinen Mann erschlagen willst, schlage ich Dich tot.“ Unmittelbar nach diesem Schlag ist der Zeuge von heftigen Kopfschmerzen befallen worden.

Es folgt nunmehr die Erörterung der Vorgänge in der Hildebrandstraße, die insofern von besonderem Interesse ist, als die

der Schauplatz des Falles Mielwald

ist. Der erste Zeuge, Kommissar Schmidt, sagt aus, daß er und seine Beamten fortwährend angepöbelt und mit Kohlenstücken, Bierflaschen und Blumenlöffeln geworfen worden seien. Er habe die ihm unterstellten Polizisten sofort auf die gefährlichste Lage aufmerksam gemacht. Er selbst sei über ein Stück Kohle zur Erde gefallen; sofort seien 10 Kerle über ihn hergefallen und hätten ihn unter den gemeinsten Redensarten mit Schlägen traktiert. Daraufhin habe er sofort den Befehl zur Räumung der Hildebrandstraße gegeben. Das sei zwischen 8 und 8 1/2 Uhr abends gewesen, um dieselbe Zeit, wo sich der Fall Mielwald zugetragen habe. Er habe sich außerordentlich für dieses Vorkommnis interessiert und sich die größte Mühe gegeben, zu ermitteln, auf welche Weise und von wem

Mielwald verkrüppelt worden sei:

(Bewegung.)

Der Vorsitzende will die Erörterung des Falles Mielwald abschneiden, da er für diesen Prozeß keinerlei Bedeutung habe. Auf der Staatsanwält Dr. Hensel ist der Ansicht, daß es gar nicht darauf ankomme, ob wirklich ein Schlag eines bestimmten Schuhmannes nachgewiesen werde, sondern lediglich darauf, wie sich das Gesamtbild der Schuhmannschaft darstelle, und das könne nur dahin geschehen, daß die Beamten den ihnen erteilten Auftrag, die Straßen und Plätze zu säubern,

korrekt und ruhig

ausgeführt hätten. — Vert. Justizrat Kamroth: Nach meiner Meinung müssen wir hier auch unterscheiden, ob die Befehle, die an die Schuhmannschaft erteilt worden sind, immer zweckmäßig waren oder nicht. Es scheint mir für das Strafmaß nicht ohne Einfluß, festzustellen, daß Fehler auf beiden Seiten gemacht worden sind. Ich beantrage daher die

Lebung des Arbeiters Mielwald

und einiger anderer Augzeugen seiner Vernehmung. Der Gerichtshof beschließt, den Wierspüler Franz Mielwald zum 21. September als Zeugen vorzuladen. Es steht also eine ausführliche gerichtliche Erörterung der Affäre Mielwald in Aussicht.

Es wird nunmehr noch eine ganze Reihe von Schulkleuten über die

Vorgänge in der Hildebrandstraße

vernommen. Schuhmann Tschetschel hat bei der Säuberung der Straße durch einen Wurf eine 4 Zentimeter lange Wunde im Gesicht erhalten, durch die auch das Auge mit verletzt worden ist. Wahrscheinlich rührt sie von einer Flasche oder einem Ziegelstein her. Schuhmann Schulze hat auf der Berliner Chaussee eine Wunde am Unterleib erlitten, und dem Schuhmann Höhne ist eine Schnittwunde am linken Daumen beigebracht worden. Der Schuhmann Walther hat Schläge mit der Faust und Fußtritte bekommen, und der Schuhmann Kock eine tiefe Verletzung an der linken Wade davongetragen.

Als weitere Zeugen treten einige Anwohner des Striegauer Plazes auf, die von der Staatsanwaltschaft geladen worden sind. Der Eisenbahnbetriebssekretär Neudes spricht sich anerkenntend

über das ruhige Vorgehen der Polizei aus. Die Schulkleute seien besonnen und vorsichtig vorgegangen, allerdings habe es auf ihn den Eindruck gemacht, als ob die Menge

von einer bestimmten Stelle aus geleitet würde.

Jedesmal, wenn Arbeitswillige die Fabrik verließen, seien die Frauen und Kinder in ein wütendes Hurrageschrei ausgebrochen. Besonders ein Mann mit einem großen weißen Hut habe die Kinder zum Schreien angefeuert. Jeder, der ruhig seines Weges dahinging und sich bescheiden an die Schulkleute wandte und sie um Schutz bat, sei unbehelligt geblieben. Beschlagen worden seien nur Leute, die sich widerstrebend über die Schuhmannschaft lässlich angegriffen haben. — Zeuge Ingenieur Dersch ist im Bureau der bestreikten Breslauer Waggonfabrik beschäftigt. Er beschäftigt, daß die Arbeitswilligen despien und beschimpft wurden. Die Ausständigen hätten sich, soweit er gesehen habe, in geschlossenem Zuge formiert, als ob sie einen

Demonstrationszug zum Bürgermeister aber zum Hause des Polizeipräsidenten machen wollten.

Zeuge Lehrer Knipfel hat, nachdem er in den Zeitungen von dem rigorosen Vorgehen der Schulkleute in den anderen Städten gelesen hatte, sich ganz besonders für das Benehmen der Breslauer Schuhmannschaft interessiert und kann nur sagen, daß es durchaus korrekt gewesen ist. Er habe ja vielleicht als Volksschullehrer einen ziemlich ausgeprägten Sinn für Ordnung, aber das Benehmen der Menge sei ganz unerhört gewesen. — Den Schluß der heutigen Sitzung bilden die Bekundungen einiger Arbeitswilliger, die gleichfalls belästigt und beschimpft wurden. Morgen werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Frauenkonferenz.

Wenn die Kulturhöhe eines Volkes gemessen werden kann an dem Grade der Frauenemanzipation, so kann man mit noch mehr Recht die Kulturhöhe einer politischen Partei danach werten, wie sie sich zu dem Befreiungskampfe der Frau verhält. Die sogenannte Frauenfrage ist so brennend geworden, ist so sehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens getreten, daß niemand an ihr vorübergehen kann.

In dem Sinne, wie in der Bourgeoisie der Begriff Frauenfrage Geltung erlangt hat, kann die Sozialdemokratie sie nicht anerkennen. Wenn die bürgerliche Frau sich befreit, „emanzipieren“ wollte, wenn sie sich in ihren Lebensbedingungen durchsetzen wollte, so mußte dies im Kampfe gegen den Mann ihrer Klasse geschehen. Es widersprach den Interessen des bürgerlichen Mannes, in der Frau einen selbständigen, auf eigenen Füßen stehenden Menschen zu sehen. In dem ziellos entfesselten „Spiel der freien Kräfte“, in dem rücksichtslos Kampf um die wirtschaftliche Existenz bedeutete das Eintreten der Frau in die Arena der Öffentlichkeit eine feindselige Macht, eine Mehrung des Angebots gerade auf solchen Arbeitsgebieten, auf denen bisher unbesritten der Bourgeois sich behauptet hatte. In der bemuht oder unbemüht richtigen Erkenntnis, daß Frauenarbeit herabdrückend auf seine eigene Wirken müsse, und daß letzten Endes die selbständig und gleichberechtigt erzogene Frau das Ende seiner taugendürftigen unbedingten Herrschaft mit sich bringen müsse, sträubte sich der Mann, die Berechtigung der „Frauenfrage“ anzuerkennen oder die Bewegung gar zu fördern. Daher der Hohnspott in den Reihen bürgerlicher Männer und Frauen, soweit sie im öffentlichen Leben hervortreten, daher auch die schwankende, schwächliche Haltung der bürgerlichen Frauen, welche die Frauenfrage aufrollten und heute noch vertreten. Wie jede andere in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründete Bewegung, so muß sich innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Welt auch die Frauenfrage entwickeln. Deshalb müssen die bürgerlichen Frauen mit den Männern ihrer eigenen Klasse den heroischen Kampf ausfechten, um eine Existenzmöglichkeit, wirtschaftliche Selbstständigkeit zu schaffen für alle die unterdrückten, frei gewordenen Frauenkräfte, die mit der Zeit der erstarkenden kapitalistischen Produktionsweise in dem Hausat der Kleinbürgerlichen Ehe nur keine Verwendung mehr finden konnten. Da sie selbst aber nicht existieren können, so lange die Bedingungen für ihre Klasse gegeben sind, so müssen sie trotz alledem die Gefolgschaft über richtiger das Anhängel ihrer Widersacher bilden. Die bürgerliche Frau muß trotz des scharfen Konkurrenzkampfes mit dem Manne ihrer Klasse im öffentlich-politischen Leben mit ihm zusammenstehen. Damit aber regiert sie in der Praxis alle die grundsätzlichen, wichtigen Forderungen, die sie im Anfang ihrer Bewegung mit großer Stolz auf ihr Banner geschrieben, weil eben der Bourgeois nicht eintreten kann für die kühn geforderte Gleichberechtigung der Frau.

Satz einfach und klar liegen alle diese Verhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie. Diese Partei kennt keine „Frauenfrage“, die man richtiger „Männerfrage“ nennen sollte. Sie setzt sich zu gut zum Männern, wie aus Frauen zusammen. Ihre Anhänger rekrutieren sich aus dem Proletariat. Hier hat kämpft die Frau das Recht, sich wirtschaftlich zu betätigen, weil sie zur Arbeit gezwungen ist, wenn sie ihr und ihrer Kinder Leben erhalten will. Wogegen sich die proletarische Frau zu wehren hat, das ist das Uebermaß der Arbeit, das der Kapitalismus auf die Schultern der schlecht ernährten, mangelhaft ausgebildeten und früh niedergedrückten Töchter des Volkes erwälzt hat. Nicht nur, daß sie in 10—12 und mehrstündiger Arbeitszeit fronden müssen, um bei angelegter Arbeit oft nicht die Hälfte dessen zu verdienen, was notgedrungen der Unternehmer dem männlichen Arbeiter lassen muß, müssen sie sehen, daß durch ihre Arbeitswilligkeit, durch ihr tapferes Eintreten in den unerbilligen Kampf um ihre Existenz das Niveau der Lebenshaltung mehr und mehr bedroht wird. Je stärker in irgend einem Teile der Industrie die Frauenarbeit verbreitet ist, desto mehr sinken die Löhne, auch für den Mann, desto weniger ist dieser in der Lage, eine Familie zu erhalten und so muß notwendig die Starb der weiblichen Arbeitskräfte weiter answellen. Es sind die arbeitenden Frauen in Industriezweige eingedrungen, die man ausschließlich als männliches Arbeitsgebiet zu betrachten gewohnt war. Frauen stehen wirklich am Schraubstock und hantieren mit der Feile, und an dem Stanzstempel, so lange, bis ihre Kräfte aufgebraucht sind, und Bettelstämme sind ihr Lohn.

Zu alledem aber wartet über noch Verdrängung der Erwerbsarbeit die Tätigkeit, die von einer Frau und Mutter auch in den schlimmsten und gedrücktesten Verhältnissen notwendig geleistet werden muß: die Hausarbeit. Es heißt also die Proletarierin unter einer doppelten, ja dreifachen Unterdrückung.

Das schwere Fahrstuhlunglück

welches sich am 5. Mai d. J. in der Wschingerschen Zentrale in der Neuen Friedrichstraße ereignete, hat zu einem Strafprozeß geführt, welcher gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Oppermann II vor der I. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kam.

Ein Nachspiel zum Bergerprozeß.

Der am 13. Dezember 1904 vom Berliner Schwurgericht wegen Totschlags und Sittlichkeitsvergehens an der Lucie Berlin zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Handelmann Theodor Berger wurde gestern in Breslau aus dem Zuchthaus vorgeführt, um sich wegen eines Sittlichkeitsvergehens an der Klara Fuchs und wegen Hausfriedensbruchs und Bedrohung, angeblich begangen im Restaurant Freitag in der Poststraße, zu verantworten.

Polizei und Greifen.

Wegen angeblicher Verleumdung der Polizei und wegen Hausfriedensbruchs hatte sich dieser Tage vor dem Königsberger Gericht die 70-jährige Witwe Ruhlmann aus Königsberg zu verantworten. Der Sohn der alten Frau wurde eines Tages arretiert und mittels Rentientenwagens nach dem Polizeipräsidium geschafft.

Polizei und Nachtwächter auf der Anklagebank.

In einer Augustnacht des vorigen Jahres belästigte in einer Wirtschaft zu Dirschau der schwer angetrunkene Fleischergeselle Franz Klossinski die Gäste, unter denen sich der Polizeileutnant Julius befand.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 99. 1. und 2.: Rein. 3. Ja. — Nr. 100. Leider sind Sie nach dem Inhalt des Vertrages zur Zahlung der vollen Kosten verpflichtet. — Jubalide 45. Ja. — G. 13. Sie möchten sich an das Polizeipräsidium wenden. — Nr. 100. Ohne Zustimmung der Verwaltung ist leider nach dem von Ihnen geschuldeten Inhalt der Police nichts zu machen.

die Lantienen und besonderen Zuwendungen, die Pfriünden-gelder usw. sind ein Tribut an das Kapital, der ganz selbstverständlich in einem sozialistischen Gemeinwesen fortfällt, aber auch innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft könnte damit schon aufgeräumt werden durch Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Versicherungswesens, wobei jede Erwerbsabsicht ausgeschlossen sein müßte.

Die liberalen, werden auch auf dem Gebiete der Versicherungen die Kernfragen der Armen am schmerzhaftesten aufbelehrt. Was von den aus Unkenntnis geschlossenen Versicherungen gesagt ist, gilt ganz besonders für die Volksversicherungen. Auf diesem Felde wird auf Kosten der Minderbemittelten, die nur in kurzfristigen Zahlungen geringe Beträge abstoßen können, eine Unsumme von Arbeitskraft nutzlos vergeudet.

Die Gesamteinnahmen der Volks- und Arbeiterversicherungen betragen 80 770 556 Mark. Dieser Summe stehen an Ausgaben für die Versicherten folgende Posten gegenüber: Tod oder Ablauf der Versicherung (Versicherungssummen und Donifikationen) 13 507 036 M., Gewinnanteile 2 753 303 M., vorzeitig aufgelöste Versicherungen 299 032 M.

Rohensyndikat. Der Geschäftsbericht des Vorstandes enthält u. a. folgende Angaben: Für Januar bis einschließlich August betrug der rechnermäßige Kohlenabsatz 43 781 703 Tonnen, gleich 85,88 Proz. der Beteiligung, gegen 37 365 138 Tonnen, gleich 70,88 Proz. der Beteiligung im Jahre 1904 (1905 kann wegen des Bergarbeiterstreiks nicht zum Vergleich dienen).

Stahlwerkverband. Der Verband der Produkte A vom 1. Januar bis 31. August 1906 beläuft sich auf 3 857 093 Tonnen gegenüber 3 351 754 Tonnen in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, was eine Zunahme von 475 339 Tonnen oder 14,06 Proz. bedeutet.

Dividenden. Die meisten industriellen Gesellschaften haben im letzten Jahre günstiger abgeschnitten als im Jahre 1904/1905. Die Dividenden sind gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gesellschaften besonders für das letzte Jahr teilweise ganz außerordentlich hohe Abschreibungen vorgenommen haben.

Nachfolgend geben wir eine Zusammenstellung von Gesellschaften, die im letzten Jahre die gleiche oder eine höhere Dividende erzielten als im Vorjahr.

Table with columns: Aktienkapital in Mill. M., Dividende in Prozent (1901/02, 1902/03, 1903/04, 1904/05, 1905/06). Rows include companies like Luchersche Brauerei, Eisengießerei, Schloß Belbert, etc.

Trotz der von allen Gesellschaften lebhaft beklagten — angeblichen — Kohnerhöhungen können die meisten Aktionäre erhöhten Gewinn einstreichen; jedenfalls eine sonderbare Folge verkehrter Produktion. Und für das nächste Jahr quillt vermehrt Segen aus den überall vorgenommenen Preiserhöhungen.

So kennt die Sozialdemokratie, als die politische Vertretung des Proletariats, die Frau der Arbeiterklasse. Wenn die Sozialdemokratie von einer Frauenfrage überhaupt spricht, so kann dies nur geschehen im Hinblick auf das verächtliche Joch, das die Frau zu tragen hat und das sie abwerfen muß, und auch das doppelte Unrecht, das die Frau als Staatsbürgerin zu erleiden hat.

Darum bekämpfen sie nicht einander, die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, sondern schließen sie zusammen, um gemeinsam in unzertrennlicher Kameradschaft zu Felde zu ziehen gegen den einen gemeinsamen Feind: die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Aber innerhalb dieser Kampfpartei bleiben die Frauen stark im Hintergrund. Naturnotwendig! Die Frauen entbehren ja der Möglichkeit, im politischen Leben ihre Stimme zu erheben und ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen. In den Ketten, an die der kapitalistische Feind sie schmiedete, kuscheln sie mühselig daher und versuchen, im geisttötenden, aufreibenden, immer sich wiederholenden Tagesgetriebe ihren dreifachen Pflichten als arbeitender Mensch, als Frau ihres Arbeitsgenossen, als Mutter zukünftiger Proletarier, nachzukommen.

Run ist auch die Proletarierin zu bewußtem Leben erwacht. — Die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Möglichkeit des proletarischen Befreiungskampfes in die Köpfe und Herzen aller unterjochten, schwer arbeitenden Frauen des Volkes zu tragen, ist die Lebensaufgabe jener Frauen geworden, welche heute schon mit großem sittlichem Ernst und mit mutiger Siegesfreudigkeit in die vordersten Reihen der Streiter gerückt sind.

So ist innerhalb der Sozialdemokratie die Frauenfrage nur eine Frage der Arbeitsteilung.

In diesem Sinne haben die sozialistischen Frauen auch in diesem Jahre — nun zum vierten Male — ihre Frauenkonferenzen einberufen, die vor dem Parteitage in Mannheim stattfinden. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung, die dort behandelt werden sollen, zeugen von der Unerfrodenheit und Unermüdbarkeit, mit der sie an immer neue Aufgaben herantreten. Und das außerordentliche Anwachsen der proletarischen Frauenbewegung beweist, daß die Frauenkonferenzen bisher reiche, fruchtbringende Saat ausgestreut haben.

Aus Industrie und Handel.

Auch eine kapitalistische Schmaroterpflanze.

Nach einer Zusammenstellung, die der „Börsen-Courier“ in einer statistischen Extrabeilage gibt, erzielten die 45 deutschen Lebensversicherungsgesellschaften im Jahre 1905 eine Gesamtprämien- und Zinseneinnahme von 649 Mill. Mark gegen 611 Mill. Mark im Vorjahre. Das Vermögen der Gesellschaften wuchs von 3588 Mill. Mark auf 3837 Mill. Mark und der Gesamtüberschuß von 101 Mill. Mark auf 107 Mill. Mark.

Manche Versicherungen werden in Unkenntnis der eingegangenen Verpflichtungen geschlossen; den Redekünsten der Agenten, bei denen vielfach die Erlangung der Provision „das Ziel um jeden Preis“ bildet, erliegt mancher Leichtgläubige. Der sprudelnde Redequell läßt vor dem geistigen Auge des Hörers die mit Raffinement vorgetragene möglichen Vorteile zu einem sicheren Gewinn werden, die Verpflichtungen erscheinen zwerghaft klein, die möglichen Nachteile werden vorzutragen vergeffen.

555. Praxida. Der Abzug des Krankengeldes ist unzulässig. Auch die übrigen Abzüge sind unbedeutend, wenn nicht etwa die Einwilligung zum Aufhören der Stellung nur gegen die Zustimmung der Arbeitgeberin erteilt ist. — W. J. 109. Wird der Offenbarungsschuld nicht geleistet, so ergibt auf Antrag des Gläubigers Haft bis zur Dauer von sechs Monaten. Die Haft ist aufgehoben, sobald der Schuldner den Eid leistet. Der Gläubiger hat für die Verhaftung 15 M. und an Kosten monatlich 25—30 M. zu zahlen. — R. N. 16. Der Empfang von Lehrentgelt ist keineswegs Empfang von Armenunterstützung. Das Recht geht nicht verloren. — Grumling. Sie müssen sich an die Eisenbahnverwaltung wenden. — Zwei Weite. Schiefermachertröge. 1. Reim. 2. Ja. — G. N. 21. Von einer Anklage im strafrechtlichen Sinne dürfte kaum die Rede sein. Die Verjährungsfrist beträgt eventuell fünf Jahre. Die zivilrechtliche Verjährungsfrist von zwei Jahren ist durch Zulassung der Klage unterbrochen. — P. W. 96. 1. Wird die Steuer nachgefordert, so müssen Sie dieselbe für drei Jahre rückwärts zahlen. 2. Die Landwehrunterstützung kann nicht mit Beschlag belegt werden. — A. D. C. Eine Klage ist nicht des Verfalls, aber auch eine solche von Ihrer Seite erscheint aussichtslos. — G. J. 87. In fünf Abenden. — W. G. 65. Auch jetzt liegt nach Ihrer Schilderung kein zureichender Grund zur Scheidung vor. — R. Z. 20. Ohne Kenntnis der Anklage ist Ihre Frage nicht

zu beantworten. — 89. M. D. G. ist wenig Aussicht für einen Erfolg der Klage in Ihrem Fall vorhanden. — R. Ja. — A. D. 35. 1. Reiter nein. 2. Ihre Mutter könnte unter Schilderung der Sachlage um eine besondere Bewilligung beim Kriegsministerium einkommen. — Valtrepas. 1. Sie können als Beistand Ihrer Ehefrau auftreten. Zweckmäßig ist es, die Zulassung als Beistand schriftlich bei Gericht zu beantragen. 2. Benden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse, Brünnerstr. 66 bei Ding. 3. Bessere Anzeigen sind nicht erforderlich. — G. Z. 15. Ja. Ihr Vater soll ein Gesetz an den Landrat richten. — G. H. 68. 1. Das hängt von der Entscheidung von Fall zu Fall ab. Da Sie leider eine bestimmte Zeit im Verträge nicht angegeben haben, so würde etwa ein halbes Jahr als dauernd erachtet werden können. 2. Mit einem Schadenersatzanspruch würden Sie wegen der Unbestimmtheit des Schriftstücks schwerlich durchdringen. — S. V. Weihensee. Wenn weder gerichtliche noch notarielle Form des Vertrages, durch welchen das Grundstück verkauft ist, vorliegt, so ist der Vertrag ungültig. Ist die Form aber gewahrt, so erbt aus Ihrem Verträge kein Grund zur Aufhebung des Vertrages. — J. Reim. — J. III. Dem Ehemann steht das Recht auf Erziehung des Kindes zu, gegen seinen Willen kann die Ehefrau weder eine andere Wohnung beziehen, noch das Kind dort erziehen. — 2 St. 1. Der Unfall kann die

Nichte, die Tante kann den Neffen heiraten. 2. Der außereheliche Erzeuger hat selbstverständlich auch dann Vorkommen zu zahlen, wenn er verheiratet war. — W. W. 162. Benden Sie sich an einen Arzt. — S. 100. Am Streitfall wäre ein Sachverständiger zu bezeichnen; etwa 30 Pf. dürften angemessen sein. — R. N. 2. 195. 1. Ja. 2. Reim. — G. Z. 102. Ja. — W. 26. 1. Reim. 2. Die Kinder werden noch als Mitglieder der Kirche solange gerechnet, bis auch ihr Austritt erklärt ist. — A. Z. 51. Es müßten eine Darlehnslage bei Gericht anhängig machen.

Eingegangene Druckschriften.

Sammlung Straube. Heft 2. Oberpreuss und Dahme. Wanderführer mit Karten-Atlas, bearbeitet von Dr. Gustav Albrecht. Preis 1 M. Verlag Jul. Straube, Berlin SW.
Das überhäufte Deutschland. Preis 60 Pf. Verlagsbuchhandlung Herrn. Walter, Berlin W. 30, Rollendorferplatz 7.
Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit zu Berlin. Jahresbericht und Programm für das Arbeitsjahr 1906/07. 26 S. Druck von J. Sommer, Berlin W. 33, Steglitzerstr. 81.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 20. Septbr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.
Schauspielhaus. Ein Kalktag zu Nürnberg. — Der Schwur der Irene.
Westen. Der Opernhaus.
Vorstellung. Der Troubadour.
Deutsches. Ein Sommernachts-traum.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Scharlock Holmes.
Schiller O. (Wagner-Identei.) Frau Inger von Oestrot.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Identei.) Hofemanns Töchter.
Festung. Hedda Gabler.
Neues. Eine Der Stammgast.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reichens. Triplepatte.
Trianon. Der Daudfreund.
Variétéhaus. Spanienliebe.
Central. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Carl Weich. Abende.
Deutsch-Amerikanisches. Im milden Westen.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Luisen. Eine Nacht in Berlin.
Walhalla. Spezialitäten.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Spezialitäten.
Kaisers. Alexander der Große.
Folies Caprice. Der General-Konul. Sünden der Väter.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vossage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängers.
Hronia. Taubenstraße 49/49.
Abends 8 Uhr: Die Wollfelle und ihr Weinbau.
Sternwarte, Javalidenstr. 57/62.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Mosellande und ihr Weinbau.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Eine Nacht in Berlin.
Freitag zum erstenmal: Jungfrau von Orléans.
Sonnabend: Eine Nacht in Berlin.
Sonntag nachmittag: Ein Kind des Glücks.
Abends: Jungfrau von Orléans.
Montag: Eine Nacht in Berlin.

Deutsch-Amerikanisches Theater

Köpenickerstr. 67-68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Zum Gastspiel Ad. Philipp.
30. Im wilden Westen.
Male:
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Uebere großen Teich.“

Apollo-Theater

8 45 Der Affe als Jockey.
9 15 The Seldoms
plastische Darstellungen.
1 Dame und 3 Herren.
10 00 Berlin im Omnibus.
Erste Nachmittagsvorstellung
Sonntag, den 30. September, nachm. 3 1/2 Uhr, mit dem vollständigsten Spezialitäten-Programm.

Metropol-Theater

Mittwoch, den 19. Donnerstag, den 20., Freitag, den 21. Sept.:
Geschlossen.
Sonnabend, den 22. September, zum erstenmal:
Der Teufel lacht dazu.

Residenz-Theater

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwan in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Gide.
Sonntag, 23. Sept., nachm. 3 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Volks-Theater des Westens

Spichernstr. 3, am Nürnbergerplatz.
Begen der jüdischen Feiertage geschlossen.
Nächste Vorstellung
Sonntag, den 23. September 1906.
3 Einakter und Kaharettprogramm.

WINTER GARTEN

Großer Erfolg des Eröffnungs-Programms.
Robert Steidl, Humorist.
Das Erntefest, engl. Ballettszene.
Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe.
Mia Werber, Sängerin.
Ida Fuller, Fantasie-Tänzerin.
Chung Ling See, chin. Zauberkinstl.
De Witt Barnes und Terrance, amerikanische Exzentriks.
Die Pisslutti, Reitakt.
Ferry Corway, musikal. Clown.
Pries u. Toledo, Kontorsionisten.
Der Biograph.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Identei).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Lumpensindel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilm. Id.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Volksstück in 4 Akten v. H. W. Kröner.
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugendliebe.
Hierauf: Die Dienstboten.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 23. September 1906, 3 Uhr nachmittags im Berliner Theater: 7. und 8. Abteilung:

Die Kreuzelschreiber.

Bauernkomödie in 5 Bildern. Artistische Leitung: A. Steinert.

II. Serie: Im Neuen Schauspielhaus:

Der Sturm

von William Shakespears.
Sonntag, den 21. Oktober, Premiera. 8./9. Abteilung.
Sonnabend, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

17. Kunst-Abend im Rathaus.

Henrik Ibsen

Mitwirkende:
Frau Lili Braun und Fräulein Elsa Sand.
Kapellmeister Gehrke.

Neue Mitglieder

können sich noch in den Zahlstellen melden.
Die Mitglieder werden ersucht, die laut Beschluß der Juli-Generalversammlung verbreiteten Flugblätter betreffend das Freie Kunstheim aus den Zahlstellen abzuholen und zu verbreiten und die Antwortkarten ausgefüllt in den Zahlstellen abzugeben.
229/15 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Donnerstag, den 20. Sept. cr., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm. II. a.:
Mons. Fernand Guichonot, Ober-Beireiter Sr. Majestät des Kaisers von Rußland. Ein Schütze d. Altmeisters James Mills.
Brothers Phillip, phinom. Equilibrist.
Dir. Alb. Schumanns neueste Schul- und Freizeitsportarten.
Die großartigen neuen Spezialitäten und die Sensation des Tages.
Noch nie gesehen!
Wilde Dressur.
Die größte Tiger-Gruppe
alles Bestes, 10 Königsstier angeführt von Mr. Henrickson.
Demnachst auftritt Les Rixfords die besten Luftgymnasten.
Wladimir Durov, Rußlands berühmter Clown und Artist.
Kinder und Militär unter zehn Jahren vom Feldweibel abwärts ermäßigte Preise.

Folies Caprice

Lindenstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße.
Abends 8 Uhr:
Soll und Haben
und
Nach dem Zapfenstreich.
Vorverkauf d. Wertheim u. an der Theaterkasse 10—2 Uhr.

Kasino-Theater

Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Sellg.
Vorher das Eröffnungsprogramm.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Madame Benivard.

Welt-Ausstellungs-Biograph

(St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sängers
Anfang
Bis Sonntag
8, Sonntag
7 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönbauer Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erfrischende Musikfolge.
Nach der Vorstellung: Gr. Tanz.
Langzeitung: S. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 79.
Täglich:
Die junge Garde.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das Riesen-September-Programm.
Venduro, Dresfur, Daymiers, Alrod.
Franz Corré, Leopard Truppe.
Mandita, Hee und See.
Carmanelli Duo sowie
8 erstkl. Nummern 8
Der Sommerleutnant.
Familienarten, zum halben Kassenspreis gültig, in Barbier-, Friseur- und Zigarrengeschäften gratis zu haben.

Passage-Theater.

Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Riecke“
mit dem Schlager
„Emil du bist eine Pflanze“.
Außerdem
14 erstklassige Spezialitäten!

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20
am Rosenthaler Tor.
Täglich abends 8 Uhr:
Chevalier Thorn
„Im Traumlande.“
Das feiste Damen-Regiment
8 Germanias.
Hans Hauser mit neuen aktuellen Schlagern u. die übrigen glänzenden Spezialitäten
Kaugen überall gestattet!

Schweizer Garten

Am Köpenicker — Am Friedrichshain.
48. Sommer-Fest.
Jeden Sonntag:
Extravortrag
neuer Spezialitäten.
Ball u. Volksbelustigungen.
Anfang 4 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist Saal u. Garten an Vereine zu vergeben.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
15 erstklassige 15
Spezialitäten
Täglich: Konzert- u. Volks-
Kabarett.
(Ohne Weinzwang.)

Gustav Behrens Theater

Berlin O.,
Frankfurter Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
September-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

Sanssouci.

Kottbuser Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntg., Montag, Donnerstag.
Hoffmanns Nordd. Sängers
und Tanztruppen.
Stets neues
hochinteressant Programm.
Sonntg. abg. 5. Bochert. 8 1/2.
Jed. Dienst. Theaterabend.
(Loewe-Ensemble.)

Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich!
Gustav Gottschalk's
humoristische Konzerte.

Friedrich Schiller und seine Zeit

von Johannes Scherr.
Reich illustriert, circa 700 Seiten stark.
Wir haben die kleine Restauflage von vorhergehendem Werk erworben, das wir zu dem billigen Preise von 7,50 M. (früher 10 M.) abgeben.
Expedition des Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Carmen

per Bld. 1,00 bis 1,20.
Berlin N., Brunnenstr. 190. 298/4

Herren-Konfektion

kaufe bei

Blitz

- Chausseestr. 80
- Rosenthalerstr. 9
- Gr. Frankfurterstr. 137

Blitz

Kaufe bei

Blitz

Unsere Geschäfte bleiben
Donnerstag, den 20. 9.,
u. Freitag, den 21. 9. cr.,
bis abends 6 Uhr
geschlossen.

Blitz

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Mass, schick, dauerh. Zutaten,
von 20 Mark an. Moritz Laband,
Oranienburger Strasse 4, I.

Zur Landtagswahl im dritten Berliner Landtagswahlkreis.

Von den beiden Gesetzen, die Regierung und Landtag in der beschlossenen Session erlassen haben, und die von offizieller Seite mit dem Namen „Wahlreform“ belegt werden, obwohl sie in Wirklichkeit nur jämmerliches Fließband sind, findet das eine, das Gesetz betr. Vermehrung der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten und Veränderungen der Landtagswahlbezirke und Wahlorte erst bei den nächsten allgemeinen Landtagswahlen Anwendung. Dagegen sind die Bestimmungen des Gesetzes betr. Änderung der Vorschriften über das Verfahren bei den Wahlen zum Hause der Abgeordneten bereits jetzt in Kraft getreten; nach ihnen richtet sich also die Ersatzwahl in Berlin III, und es ist im Parteinteresse geboten, daß die Urwähler sich zeitig mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut machen.

Zunächst ist darauf hingewiesen, daß die 1903 gewählten Wahlmänner auch bei der Ersatzwahl noch als gewählt gelten und an der Wahl des Abgeordneten teilnehmen. Nur an Stelle der inzwischen durch Tod, Wegziehen aus dem Urwahlbezirk oder auf sonstige Weise ausgeschiedenen Wahlmänner sind neue zu wählen.

Die Wahl der Wahlmänner

Land bisher in gemeinschaftlicher Versammlung der Urwähler zu bestimmter Stunde (Terminwahl) statt. Von nun an erfolgt die Wahl in Gemeinden mit mindestens 50 000 Einwohnern genau wie bei den Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen in einer nach Anfangs- und Endtermin festzusetzenden Abstimmungsfrist (Prüfswahl). Hierbei können Abteilungen, die 500 oder mehr Wähler zählen, in Abstimmungsgruppen geteilt werden. Allerdings kann der Minister des Innern auf Antrag des Gemeindevorstandes anordnen, daß die Terminwahl beibehalten wird, doch ist hieran in Berlin wohl kaum zu denken.

Die Wahl in Form der Prüfswahl bietet die Möglichkeit, fähige Wähler auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. In welcher Weise das geschieht, werden die in der Agitation tätigen Genossen auf Grund ihrer Erfahrungen selbst am besten wissen. Die Vorteile der Prüfswahl bestehen darin, daß sie die Benutzung kleinerer Wahllokale gestattet und deren Beschaffung erleichtert, vor allem aber, daß sie es dem einzelnen Wähler ermöglicht, zu ihm gelegener Zeit innerhalb der Abstimmungsfrist am Wahlort zu erscheinen und seine Stimme abzugeben, in der Regel ohne lange warten zu müssen.

Stichwahlen können bei der Prüfswahl natürlich nicht mehr, wie bisher, sofort im Anschluß an den ersten Wahlgang vorgenommen werden; die Wähler müssen in den Urwahlbezirken, wo eine Stichwahl nötig ist, noch ein zweites Mal zur Wahl fahren.

Nach den bisherigen Bestimmungen mußte eine engere Wahl in allen Fällen stattfinden, in denen im ersten Wahlgang keine absolute Stimmenmehrheit erzielt war, also auch im Falle der Stimmengleichheit. Erst dann, wenn auch die engere Wahl wiederum zur Stimmengleichheit geführt hatte, konnte gelöst werden. Diese unsinnige und zeitraubende Bestimmung ist beiseite geworfen. Fortan entscheidet, falls bei der ersten Abstimmung nur zwei Personen oder, wenn von einer Wählerabteilung bei der Urwahl zwei Wahlmänner zu wählen sind, und vier Personen gleich viel Stimmen erhalten haben, sofort das Los darüber, wer gewählt ist. Das gilt sowohl für die Urwahlen als auch für die Abgeordnetewahlen.

Die Wahl der Abgeordneten

erfolgte bisher gleichfalls nur in Form der Terminwahl. Alle Wahlmänner wurden zu der gleichen Stunde nach dem Wahlort geladen; sie mußten, wenn sie ihr Recht voll ausüben wollten, von Anfang bis zu Ende der Wahlhandlung beiwohnen, die z. B. in Telow-Weeslow-Storow-Charlottenburg von vormittags 10 Uhr bis zum nächsten Morgen um 7 Uhr, also 21 Stunden, währte. Solche Anforderungen an die Zeit, die Geduld und die physische Kraft des einzelnen werden fortan nicht mehr gestellt. Auf Anordnung des Ministers des Innern kann vielmehr in Wahlbezirken, in welchen die Zahl der Wahlmänner 500 oder mehr beträgt, die Wahl der Abgeordneten in Gruppen der Wahlmänner vorgenommen werden. Dabei sind die Orte innerhalb des Wahlbezirks zu bestimmen, an denen örtlich getrennte Gruppen der Wahlmänner zu versammeln sind. An Stelle dieser Bestimmungen kann unter den gleichen Voraussetzungen von dem Minister auch angeordnet werden, daß in dem Wahlbezirk die Abstimmung bei der Wahl der Abgeordneten in der Form der Prüfswahl stattfindet.

Über die Gültigkeit der Wahlmännerwahlen, welche der Wahlkommission für ungültig erachtet hat, und über die Ausschließung der Wahlmänner, deren Wahl für ungültig erkannt wird, entscheidet, wo Gruppen der Wahlmänner gebildet sind, die Gruppe, zu welcher der Wahlmann gehört, dessen Wahl beanstandet ist, wo Prüfswahl stattfindet, der Wahlvorstand mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit ist der Wahlmann zur Wahl der Abgeordneten zuzulassen.

Daß bei dieser neuen Form der Wahl der Abgeordneten für eine eventuelle Stichwahl ein neuer Termin angeordnet werden muß, ist einleuchtend. Die Urwähler, die zugleich Wahlmänner sind, müssen unter Umständen also viermal am Wahlort erscheinen, ehe die Wahl vollbracht ist.

Die Protokollführer und die Beisitzer für den Wahlvorstand bei der Wahl der Abgeordneten werden nicht mehr wie früher von den Wahlmännern gewählt, sondern vom Wahlkommissionar aus der Mitte der Wahlmänner ernannt.

Verpflichtung zur Übernahme von Ehrenämtern.

Mit Rücksicht darauf, daß die Prüfswahl und Gruppenbildungen der Wähler wesentlich erhöhte Anforderungen an die Wahlvorstände stellen, ist zur Übernahme dieser ehrenamtlichen Funktionen ein gesetzlicher Zwang eingeführt.

Die Urwähler sind verpflichtet, das Ehrenamt des Wahlvorstehers, des Protokollführers oder eines Beisitzers im Wahlvorstand bei der Wahl der Wahlmänner, die Wahlmänner sind verpflichtet, das Ehrenamt des Protokollführers oder eines Beisitzers im Wahlvorstand bei der Wahl der Abgeordneten zu übernehmen. Zur Ablehnung ist berechtigt, wer das 66. Lebensjahr überschritten hat oder durch Krankheit, Abwesenheit in dringenden Privatgeschäften, durch Dienstgeschäfte eines öffentlichen Amtes oder durch sonstige besondere Verhältnisse, welche nach billigem Ermessen eine genügende Entschuldigung begründen, an der Wahrnehmung des Amtes verhindert ist. Wer die Übernahme dieser Obliegenheiten ohne zulässigen Grund ablehnt oder sich ihrer Wahrnehmung ohne ausreichende Entschuldigung entzieht, kann mit einer Ordnungsgeldstrafe bis zu 800 M. belegt werden.

Diese Strafandrohung richtet sich wohl in der Hauptsache gegen Mitglieder bürgerlicher Parteien. Denn wenn in den Motiven zu dem Gesetz darüber geklagt wird, daß die Gewinnung der zur Übernahme der ehrenamtlichen Funktionen geeigneten und bereiten Personen namentlich in großen Städten auf Schwierigkeiten gestoßen ist, so liegt das eben an der Kurzsichtigkeit und Engberzigkeit der Behörden, die Angehörige der Arbeiterklasse oft als ungeeignet betrachten. Da wo Arbeiter mit derartigen Ehrenämtern betraut sind, haben sie sie gewöhnlich gewissenhaft und bereitwillig angenommen und ihre Pflicht in zufriedenstellender Weise erfüllt.

Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal von Wilhelm Labendorf, Berlinerstr. 22, seine Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag vom Genossen Böckel über: Reichstag und Sozialdemokratie. 2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen eines jeden Genossen ist unbedingt notwendig. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Was der Stod des Lehrers zerküßt!

Prügelnde Lehrer sind die ärgsten Feinde der Schule. Sie sind ja manchmal nicht wenig stolz auf die äußeren Erfolge, die sie mit ihrem Stod erzielen, auf die nie versagende Sicherheit, mit der in ihrer gut gedruckten Klasse alles zur Zufriedenheit der Vorgesetzten klappert, weil die „Kangen“ Angst haben. Aber das ist freilich ungefähr alles, was solche Stodpädagogen mit ihrer Prügelmethode zu erzwingen vermögen. Die Liebe der Schüler hat noch keine sich erprägt und ebensowenig die Achtung der Eltern. Wohl aber hat schon mancher dieser prügelnden Lehrer, der seinem Rektor und dem Schulinspektor samt den noch höheren Instanzen vielleicht als ein um die Schule besonders verdienter Mann galt, aus den Kindern die Liebe zum Lehrer und die Lust zu lernen herausgeprügelt und in den Eltern die Achtung vor der Schule vernichtet.

Wieder einmal wird uns ein Fall berichtet, der recht deutlich zeigt, wie leicht ein rasch zukunder Lehrer die guten Beziehungen zwischen Schule und Haus zerküßt. In der 249. Gemeindefschule (Greifenhagenstraße) hat in einer dritten Klasse der Lehrer Krüger kürzlich in der Religionsstunde den Eifer seiner Schüler durch das Mittel Stod zu steigern gesucht. Das wäre an sich nicht weiter bemerkenswert, denn er tut das öfter, da er einer von jenen Lehrern ist, die ohne Stod nicht fertig zu werden wissen. Diesmal hatte er sich aber unter anderen Jungen auch einen herausgelangt, der an einem Bruch leidet. Erst vor den Sommerferien hat der Schularzt dieses Gebrechen festgestellt, und seitdem ist der Junge vom Turnen dispensiert und steht in schulärztlicher Überwachung. Der Überwachungschein wird in der Schule aufbewahrt, der Lehrer konnte also wissen, wen er vor sich hatte. Aber Herr K. langte sich, wie gesagt, auch diesen Jungen heraus, ließ ihn sich über den Stuhl bücken und verabreichte ihm seine Tracht Prügel.

Herr K. legte den Stod beiseite in dem Bewußtsein, seine Pflicht getan zu haben, so gut er konnte. Der Junge aber lief in der nächsten Pause aus der Schule und klagte daheim der Mutter sein Leid. Sie wunderte sich, daß der Lehrer sich an einem Jungen vergriffen hatte, der ihm als bruchleidend bekannt sein müsse. Ihre Verwunderung steigerte sich zur Entrüstung, als sie sich den Jungen besah und auf seinem Körper die Spuren der Erziehungstätigkeit des Herrn K. entdeckte. Was hatte denn der Junge verbrochen? Er gehört, wie wir aus seinen Jenseiten erleben, seit mehreren Jahren zu den besseren und besten Schülern und hat jetzt in seiner Klasse den zweiten Platz inne. Aber auch er hatte mal seine schwache Stunde gehabt, hatte ein Strahlenlied und eine biblische Geschichte wohl nicht sicher genug gelernt und blieb stehen. Die Eltern waren der Ansicht (die wahrscheinlich mancher der Herren Lehrer als naiv belächeln wird), daß da doch nicht gleich zum letzten Mittel, dem Stod, gegriffen zu werden brauchte. Sie meinten, der Lehrer habe die Pflicht gehabt, zunächst mal sie selber von der mangelhaften Leistung des Jungen in Kenntnis zu setzen, sie würden dann dafür sorgen haben, daß so etwas nicht wieder vorkomme. Daß Herr K. das nicht getan hatte, darüber wunderten sie sich um so mehr, als gerade sie zu ihm bisher die besten Beziehungen gepflegt hatten.

Die Angelegenheit nahm dann den üblichen Verlauf: Untersuchung des Jungen durch einen Arzt, Klage der Eltern beim Rektor, Besatzverde über ihn beim Rektor, erregte Auftritte im Schulhause, schließlich Eingabe an die Schuldeputation. Abermals gab der zuerst um Untersuchung des Jungen gebetene Arzt Dr. Labes in der Schönhofhauser Allee der Mutter die beruhigende Versicherung, das Gebreche des Menschen sei vom lieben Gott dazu geschaffen, daß drauf gehauen werde. So ähnlich hat schon früher mal sich ein Schulinspektor geäußert, aber von einem Arzt hätten wir anderes erwartet. Die Mutter ließ dann von einem anderen Arzt die Spuren der Erziehungstätigkeit des Lehrers K. beschreiben. In der Schule benahm Lehrer Krüger sich ziemlich kleinlaut, aber Rektor Schwabe erklärte der Mutter bezüglich ihres Jungen, der Lämmler verdiene nochmal 'ne Ladung. Der Herr Rektor fragte auch, ob er sich vielleicht noch seine Jenseit verdienen wolle. Da sind wir allerdings neugierig, wie die nächste Jenseit ausfallen wird.

Manchmal mag das alles wie ein „Sturm im Glase Wasser“ gelten, der kein öffentliches Interesse habe. Wir sind anderer Meinung. Wer die Dinge einigermaßen kennt, der wird uns bestätigen, daß rasch zukunder Lehrer gefährliche Schädlinge am Baume der Schule sind. Wir glauben, uns ein Verdienst um die Schule zu erwerben, wenn wir von Zeit zu Zeit wieder mal einen dieser Pädagogen aus dem Dunkel des Schulhauses heraus in das Licht der Öffentlichkeit hineinrücken.

Das Fernsprechen des Rudolf Virchow-Krankenhauses übertrifft nach der Zahl der Anschlüsse das mancher kleinen Stadt. Dem Privatfernsprechverkehr dienen 125 Teilnehmerapparate, von denen mindestens je einer in jedem der vielen Pavillons untergebracht ist. Außerdem vermitteln 25 Nebenstellen den Verkehr nach außen über fünf Amtsstellen des Reichsfernsprechamtes und zwei direkten Leitungen des Rathauses in der Königstraße. Alle Leitungen, in einer Gesamtlänge von mehr als 100 000 Meter, sind zum größten Teile in mehrfachen Weisdrähteln mit Papier- und Luftisolation von 8000 Meter Länge verlegt, die Induktionsstörungen wie Mitsprechen gänzlich ausschließen, sie enden in der eigenen Fernsprechanzentrale im Hauptgebäude.

Der Zollhafen des Telowkanals in Tempelhof ist nunmehr fertig gestellt und der Durchschiff der Einfahrt zum Hafen vorgenommen. Die Eröffnung des Zollhafens wird jedoch nicht vor Oktober nächsten Jahres erfolgen können, bis zu welchem Zeitpunkt die Güterschuppenanlagen fertiggestellt sein sollen. Der Bau des großen Güterschuppens ist auch bereits in Angriff genommen. Die Zufahrtsrampen zum Hafen sind betriebsfertig und gegenwärtig werden die Hafenstrahlen reguliert. Der Teil des Tempelhofer Hafens, welcher dem Lokalverkehr dienen soll, ist in Benutzung genommen.

Die nach Einführung der Zigarettensteuer gültigen wichtigsten Verkaufsbestimmungen für die handverarbeiteten Waren sind auf Veranlassung der Steuerverwaltung gedruckt und an alle Zigarettenfabrikanten verlaufenden Geschäftsleute zur Verteilung gelangt. Die Händler sind angewiesen, die allgemeinen Bestimmungen an den Verkaufsstellen für die Käufer sichtbar zum Anschau zu bringen.

Von Arbeitern der städtischen Markthallen, die der Freien Vereinigung der städtischen Markthallenarbeiter Berlins angehören, bekommen wir eine Zuschrift, die sich mit unserem in der Nummer vom 12. September enthaltenen Bericht der Markthallendeputation beschäftigt. In diesem Bericht hieß es:

„Bei der Beratung über die seitens des Arbeiterausschusses der Markthallen eingereichten Bestimmungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter Berlins“ wurde von dem Stadtrat Hirschfeld darauf hingewiesen, daß auch von anderen Arbeiterkategorien ähnliche Wünsche beim Magistrat eingelaufen sind. Der Magistrat habe dazu Stellung genommen und eine

besondere Kommission ernannt, die diese Forderungen einer Prüfung unterziehen soll. Aus diesem Grunde empfehle es sich, von einer besonderen Beschlußfassung über die Forderungen der Markthallenarbeiter Abstand zu nehmen, um der generellen Erledigung nicht vorzugreifen. Eigentümlich erschiene es nur, daß die Wünsche der Arbeiter so widersprechend seien. Während von dem Verband städtischer Arbeiter in bezug der Arbeitszeit für mehrschichtige Betriebe der Arbeitstag und ein Tag gefordert wird, verlangen die Markthallenarbeiter für das Maschinenpersonal acht, für die ungeschichtete Arbeitsleistung neun Stunden. Auf Grund dieser Ausführungen mußten es sich unsere Genossen versagen, des längeren auf die Forderungen selbst einzugehen, da auch sie nicht im Besitz dieser eingereichten Forderungen waren.“

Der Arbeiterausschuss und mit ihm eine Versammlung der Markthallenarbeiter erklärt nun, daß bei den Reinigungsarbeiten keine Nacharbeit existiere, daher die zwei Schichten. Die Arbeitszeit betrage 9 1/2 Stunden. Der Antrag des Ausschusses gehe auf 9 Stunden, bei Maschinen und ähnlichen Betrieben (Fahrstuhlführer) laute die Forderung auf 8 Stunden, weil hier Nachdienst bestände. Zum Schluß heißt es in der Zuschrift: „Bauern müssen wir, daß die Zentralleitung der städtischen Arbeiter es für überflüssig hielt, familiäre Arbeiterausschüsse zu einer gemeinsamen Konferenz zu laden, damit über sämtliche Forderungen ein klares Bild geschaffen würde.“

Diese Zuschrift scheint uns wieder einmal zu betonen, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn für bestimmte Arbeiterkategorien verschiedene Organisationen vorhanden sind. Die Freie Vereinigung der Markthallenarbeiter, die sich seinerzeit vom Verband der städtischen Arbeiter absonderte, ging in bezug auf Aufstellung von Forderungen an die Stadt ihre eigenen Wege und andere als der Verband. Jetzt zeigt sich, daß durch ein derartiges Verfahren die Einheitsfront einer Bewegung durchkreuzt und die Durchsetzung der Forderungen sehr erschwert wird. Wann werden die Arbeiter einsehen lernen, daß Sonderbündelei die Interessen der Arbeiter nur schädigt?

Die Ordensdekorationen, die anfänglich der Einweihung des Virchow-Krankenhauses verliehen wurden, erfüllen nicht die Hoffnungen mancher Männer des Bürgerfortschritts vor Königschronen. Die „Bosische Zeitung“ findet nämlich, daß die Verleihung des Kronenordens dritter Klasse an den Stadtbaurat Hoffmann zu gering sei. Ein Mann wie Hoffmann bedürfe zwar seiner bürokratischen Auszeichnung; nicht ihn, aber umsonst treffe es die Behörde, daß für einen Künstler ersten Ranges ein Orden als gerade gut genug erachtet werde, den eine ganze Anzahl ergebender Sekretäre aus dem Ministerium des Herrn v. Studt ins Knopfloch heften. Ganz abgesehen davon, daß die Freistimmänner sich plötzlich so sehr für Orden begeistern, fällt es ordentlich auf, daß man auf einmal sich in diesen Kreisen so warm des Herrn Hoffmann annimmt, desselben Herrn Hoffmann, den man im Rathaus bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit eins auswischen möchte. Woher kommt diese Sinnesänderung? Mußte man wieder einmal wider Willen die Nichtigkeit dieses Mannes bei Gelegenheit der Einweihung des Virchow-Krankenhauses anerkennen?

In einer anderen Notiz und bei einer anderen Gelegenheit nimmt sich das „Berliner Tageblatt“ des von ihm erst kürzlich geschmähten Herrn Hoffmann an. Es schreibt:

„Wie bekannt, hat der Kaiser neulich eingehend das Rudolf Virchow-Krankenhaus besichtigt und dabei in seiner lebhaftesten Art seine größte Bewunderung für dieses Werk ausgesprochen.“

Bei dieser Gelegenheit ist eine Aeußerung gefallen, die für die Art, wie der Kaiser von gewisser Seite über künstlerische Leistungen unterrichtet wird, sehr bezeichnend ist. Er sagte nämlich ganz erstaunt: „Aber hier sind ja gar keine Fragen!“

Haben ihm also offenbar die Menschen, die sein Ohr haben, eingegeben, daß unser Hoffmann, der ruhige, feine, ehrlustige Baumeister, ein „Roboter“ und infolgedessen ein wilder Fragesteller sei. Aus diesem Einzelfall kann man weitgehende Schlüsse ziehen, die denn allerdings nur bestätigen, was man nach manchen Aeußerungen des Kaisers schon ahnte, daß ihm nämlich einige der Künstler, auf die er hört, falsche und nicht unbewußt falsche Schilderungen von der Art unserer Schaffenden geben.“

Wie sich das liest: Der ruhige, feine, eher nüchterne Baumeister! Früher las man anders! Nachdem früher genug auf den Stadtbaurat geschimpft wurde, kommt man sich heute in seinen Schöpfungen. Aber man soll auch heute nicht nach der anderen Seite übertreiben. Was auf dem Gebiete der städtischen Bauerei geleistet worden ist, ist nur durch Zusammenwirkung aller Kräfte geschehen, und die Arbeiter haben nicht zum wenigsten ihr redlich Teil dazu beigetragen.

Eine Anzahl Frühstücksbäcker treiben seit einigen Wochen im neuen Kriminalgerichtsgebäude in der Turnstraße ihr Unwesen. Die bei den Strafklammern tätigen Gerichtsdiener pflegen ihr Frühstück in den Kästen der kleinen Tische aufzubewahren, die vor dem Eingang zu den Sitzungssälen auf den Wandelgängen stehen und den Gerichtsdienern zur Verfügung gestellt sind. An den Tischen sitzen gewöhnlich diejenigen Gerichtsdiener, welche an den betreffenden Tagen den Aufendienst haben, wenn sie aber auf kurze Zeit zu irgend einer Besorgung abberufen werden, dann sind diese Tische vorübergehend ohne Bewachung. Diese kurze Spalte Zeit ist in letzter Zeit in zahlreichen Fällen zur Ausplünderung der Kästen benutzt worden. Wenn die Gerichtsdiener sich an das Vergehren ihres Frühstücks machen wollten, sahen sie zu ihrem Verdruß, daß letzteres schon einen Liebhaber gefunden hatte. Der Spitzhube scheint dabei ein Feinschmecker zu sein, denn er verschmäht die unbesetzten Brote und hat nur Interesse für diejenigen, die nicht zu fargen Aufschnitt haben. Trotz verstärkter Aufmerksamkeit ist es noch nicht gelungen, des oder der frechen Spitzhuben habhaft zu werden.

Nachlänge zum Pommerlandprozeß. Während Kommerzienrat Schulz sich der gegen ihn verhängten Strafe durch die Flucht entzogen hat, so daß er jetzt flehentlich verfolgt wird, verfaßt die von ihm seinerzeit für seine Entlastung aus der Untersuchungshaft gestellte Kaution in Höhe von 100 000 M. dem Fiskus. Der Betrag wird amtierend zur Deckung der Kosten dieses Mißvertrages ausreichen. Der zweite Direktor der fallierten Bank Kameid ist um Strafauflösung angekommen, der ihm gewährt worden ist.

Der Bierkrieg wird jetzt weniger geträufelt, aber darum nicht minder nachdrücklich geführt. Ganz im stillen hat sich schon in Berlin eine Ummwälzung in den Vierorten vollzogen. Fortwährend werden von den Gastwirten neue Genossenschaftsbrauereien in der engeren und weiteren Umgebung Berlins gegründet, die Berlin mit ringfreiem Bier versorgen sollen. Außerdem werden mit ringfreiem Pilsenerbier Lieferungsverträge seitens der Berliner Gastwirtsvereine abgeschlossen. Erst gestern wieder ist in Lundenwalde die Brauerei Quinten von den Gastwirten angekauft worden. Ihr Betrieb soll so vergrößert werden, daß auch nach Berlin Bier geliefert werden kann. Aus anderen märkischen Städten: Freientwalde, Potsdam, Seelow, Neu-Ruppin usw. werden schon auf Grund von Lieferungsverträgen erhebliche Mengen Bier nach Berlin eingeführt. Der Ring der Pilsenerbierbrauereien dürfte ein ganz erhebliches Abgabegeld verlieren.

Trübe Folgen hat der Bierkrieg für viele der kleineren Weibier-Brauereien, die sich dem Ring angeschlossen. Der vollständige Sieg der Gastwirte in der Weibierfrage hat die großen Ringbrauereien weniger empfindlich geschädigt, weil sie einen festen Kundenkreis unter den besseren Restaurants behalten haben. Die kleinen Ringbrauereien sind ihre Abnehmer aber unter der Konkurrenz der Kempfenbier-Brauereien in Massen los geworden. Wie trübe die Lage dieser kleinen Brauer gegenwärtig ist, das ergibt sich aus

Der Menge von Brauereiverkaufangeboten, mit denen sie an die Gastwirtschaftler herantreten.

Die Folgen giftiger Bakterien. Von den an Fleischvergiftung Erkrankten ist jetzt einer gestorben. Es ist der 42 Jahre alte Strumpfweber Mhlmann aus der Voigtstr. 10, der vorgestern nachmittag nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht worden mußte. Er war Witwer und wohnte mit seiner Mutter zusammen. Im nächsten Monat wollte er sich zum zweitenmal verheiraten. Am Sonntag vor acht Tagen holte sich Mhlmann Schabefleisch von dem Schlächtermeister Seume und verzehrte es. Bald darauf traten heftige Schmerzen und Erbrechen ein.

Zu der Sache teilt uns Herr Seume mit, daß sich herausgestellt habe, daß das Fleisch frisch und nicht mit einem Konservierungsmittel vermischt gewesen sei. Der Krankheitserreger sei ein Bazillus gewesen, der in sachverständigen Kreisen noch nicht bekannt sei. Wie er in das Fleisch gekommen, entziehe sich der Kenntnis der Bakteriologen. Er selbst sei in keiner Weise verantwortlich zu machen und es sei ihm auch amtlich mitgeteilt worden, daß von einem Strafverfahren gegen ihn keine Rede sein könne.

Todessturz von der Treppe. Auf dem Grundstück Invalidentstraße 105 hat sich Dienstagabend ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. Der Fuhrherr Schwarzfeger, welcher dort sein Fuhrgeschäft untergebracht hat, war auf den Treppenboden hinaufgegangen, um Futter für die Pferde herunterzuholen. Als er mit einer Ladung Heu die steinernen Treppe hinabschritt, trat er fest und stürzte kopfüber in die Tiefe. Er schlug unglücklichweise mit dem Kopf auf eine Stufe, zog sich einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen er gleich darauf starb.

Vom eigenen Wagen überfahren und getötet. Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall hat der 28-jährige Rutscher Eduard Krause, der in einem Fuhrgeschäft in der Wallstraße tätig war, den Tod gefunden. Er war mit seinem Wagen nach der Pumpstation auf Schmargendorf Gebiet gefahren und als er auf dem Rückwege die Luisenstraße passierte, stürzte er bei einer scharfen Biegung plötzlich vom Hoch herunter und kam unter den Wagen zu liegen. Der Verunglückte wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

Rowdies haben in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in einem Lokale am Ketteldesplay mit dem Messer gearbeitet. Dabei wurde der Arbeiter Richard Stohberg aus der Triftstraße 47a derartig zugerichtet, daß er jetzt im bedenklichen Zustande darniederliegt. Er hatte nicht weniger als neun tiefe Messerstücke in die Brust und die Arme erhalten. Blutüberströmte wurde er vom Kampfplatze getragen und zunächst nach der Unfallstation in der Lindowstraße gebracht. Von den übrigen Teilnehmern an der Schlägerei waren einige mit leichteren Verletzungen dabongekommen.

In das Land der Mosel führt uns ein Vortrag, der gestern zum erstenmal in der „Urania“ in der Taubenstraße gehalten wurde. Die Mosellände und ihr Weinbau“ behandelte er sich und wird durch farbige Lichtbilder erläutert. Der Vortragende erinnerte daran, daß gerade das Moselland, besonders Trier, stark an die Römerzeit gemahnen, und erläuterte seine Vorlesungen durch Aufschauung verschiedener Bauten, wie Porta nigra, Kaiserpalast, Amphitheater und aufgefundenen Ternen. Hierauf gab er eine Beschreibung des mittelalterlichen Trier, um dann den Weinbau an der Mosel in den ältesten Zeiten bis auf die Neuzeit zu schildern, insbesondere die Anlage der Weinberge, die Anpflanzung der Rebstöcke, die Feinde der Traube, um uns schließlich in die Weinkeller zu führen — natürlich im Geiste — und uns auch an einer der jährlich wiederkehrenden Weinverkostungen in Trier teilnehmen zu lassen. Der zweite Teil des Vortrages führt uns weiter in die romantischen Gefilde der Mosel. Wir durchwandern die schönen Gegenden bis Koblenz, wo sich die Mosel in den Rhein ergießt. Bei dieser Gelegenheit machen wir gleich einen Ausflug in die Eifel, um Mariasloch, Daun, Manderscheid und Gerolstein zu besichtigen und Charakterbilder aus der Eifel an unserem geistigen Auge vorüberziehen zu lassen. Der Vortrag in Verbindung mit den farbigen Lichtbildern war so reichhaltig und enthielt so wunderbare Partien, daß das zahlreich geladene Publikum mit seiner Anerkennung nicht zurückhielt.

Der Restaurateur A. Kieburg, Adalbertstr. 98, bittet uns mitzutheilen, daß er mit dem in unserem gestrigen Artikel „Zwischenpächter-Wirtschaft“ genannten Restaurateur Kieburg nicht identisch sei und überhaupt kein Laubenland besitze.

Theaterabende in Sanssouci finden wieder, wie im Vorjahre, jeden Dienstag statt. Das „Wolfe-Ensemble“, das hier ein Gastspiel absolviert, lieferte in der Eröffnungsvorstellung „Hofgunst“ den Beweis, daß es über gute Kräfte verfügt.

Kabarett von Strogly. Der „Große Preis von Europa“, der gestern abend zum Austrag kommen sollte, mußte regenshalber abermals verschoben werden; er wird nunmehr heute (Donnerstag) abend 6 Uhr ausgefahren werden.

Gesperrt. Die Jungfernbrücke ist behufs Erneuerung der Aufzugvorrichtungen vom 10. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwörter und Reiter gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die hiesigen Schützenbrüder sind außer sich. Der Kaiser hat, nach einer Mitteilung des Regierungspräsidenten an den Polizeipräsidenten von Rixdorf, die Würde eines Schützenkönigs, welche bei dem diesjährigen Königsschießen der Rixdorfer Schützenbrüder auf ihn gefallen war, angenommen und der Gild, zur bleibenden Erinnerung an dies Ereignis, eine silberne Medaille verliehen.

Der Kaiser als Schützenkönig von Rixdorf! Wie erhaben werden sich die Rixdorfer Schützenbrüder fühlen!

Rummelsburg.

Die Gemeindevertretung vollzog in ihrer letzten Sitzung die Neuwahl der Mitglieder der Voreinschätzungskommission. Die hierzu vom Gemeindevorsteher aufgestellte Liste wurde mit wenigen Veränderungen angenommen. Ebenso wurde der vom Gemeindevorsteher für den vierten Armenbezirk als Bezirksvorsteher in Vorschlag gebrachte Eigentümer Pacific bestätigt. Dagegen wurde die Wahl eines Handwerksmeisters zum Mitgliede des Kuratoriums für die gewerbliche Fortbildungsschule auf Antrag des Genossen Ritter ausgesetzt. Gleichzeitig wird der Gemeindevorsteher beauftragt, eine Vorlage dahingehend einzubringen, daß zu Mitgliedern des Kuratoriums auch Handwerksmeister gewählt werden können. Der Bericht der hiesigen drei Schulräte, welcher der Gemeindevertretung zur Kenntnisnahme unterbreitet wurde, spricht sich dahingehend aus, daß die allgemeine Konstitution der Kinder nur als eine „mittelmäßige“ zu bezeichnen sei. Das Präsidat „gut“ könne nur ganz vereinzelt gegeben werden. Auch ist eine große Anzahl bleichsüchtiger und mangelhaft genährter Kinder vorhanden. Da die vollständigen Berichte der einzelnen Schulräte den Vertretern zugestellt werden sollen, so behielten sich unsere Vertreter die Stellung von Anträgen, welche eine Förderung der gesundheitlichen Verhältnisse herbeiführen sollen, für eine spätere Sitzung vor.

Infolge Steigerung des Materials und der Arbeitslöhne werden auf Antrag des Gemeindevorstandes und der Kaufmannschaft für den Ortsteil Rummelsburg die einmaligen Kanalbaubeiträge von bisher 16 M. für den laufenden Meter auf 20 M. festgesetzt. Aus demselben Grunde wurde gleichzeitig auch der Preistarif für Wasserleitungsanschlüsse für den ganzen Ort und für Ober-Schächelweide einer Wabenerung unterzogen und werden bei einigen Positionen erhöhte Beträge angefragt. Da nach § 55 des Einkommensteuergesetzes die Unteroffiziere und Mannschaften des Feuerwehrcorps mit einem Einkommen bis zu 3000 M. für die-

jenigen Monate, in denen sie sich zu einer militärischen Übung befinden, von der Zahlung der Staatseinkommensteuer befreit sind — so beschloß die Gemeindevertretung, die betreffenden Personen für diese Zeit auch von der Gemeindevorkommensteuer zu befreien.

Auch wurde beschlossen, gegen den von der Gemeinde Friedrichsfelde für ihre zwischen Karlshorst und Rangierbahnhof gelegenen Landereien aufgestellten Bebauungsplan — da derselbe die Rummelsburger Gemeindegrenzen auf dem sogenannten Dammfelde nicht genügend berücksichtigt — Einspruch zu erheben.

Auf Antrag der Preussischen Grundeigentumsbank erklärte sich die Vertretung mit der Freilegung der Holzstraße von der Beseherstraße bis Alt-Vorlagen einverstanden. Da sich aber das Deutsche Rabelwerk als Anlieger wider Erwarten weigert, das anteilige Terrain freizulegen, so beschloß die Mehrheit der Vertretung das Enteignungsverfahren bezüglich des Terrains der Deutschen Rabelwerke einzuleiten und durchzuführen. Unter verschiedenen kritisierten unser Vertreter John die Aufführung des Gymnasiums durch Affordmayer. Der Bürgermeister erklärte hierzu, daß der Vertrag mit der betreffenden Kaufkraft keine Handhabung bietet, dagegen Einspruch zu erheben, seine diesbezügliche Vorstellung bei den Bauausführenden hatte eine mehr als deutliche Zurückweisung erfahren. Rummelsburger Bürger, welcher zurzeit als Gemeindevorsteher den Neubau der katholischen Schule auführt, glaubte bei dieser Debatte kein Licht ganz besonders leuchten lassen zu können, indem er die von allen Vertretern mit Befremden aufgenommenen Weisheit verzapfte. Die Affordmayer lieferten eine bessere Arbeit als die Tagelohnmänner. Zum Schluß teilte der Gemeindevorsteher noch mit, daß der Rummelsburger Ortsteil sein Amt als Gemeindevorsteher sowie seine sonstigen Ehrenämter niedergelegt hat.

Am Sonntag, den 23. September, nachmittags 4 Uhr, veranstaltete der Wahlverein in der Urania, Taubenstraße, eine Vorstellung. Zur Darstellung gelangt der neueste Projektionsvortrag mit Lichtbildern: eine Wanderung an der Mosel. Wiletta a 70 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

Schöneberg.

Selbstmord eines Magistratsbeamten. Gestern früh hat sich der zwanzigjährige Magistratsbeamte Erich Ruch in selbstmörderischer Absicht aus dem ersten Stock des Hauses Hauptstraße 93, das seiner Mutter gehört, auf den Hof hinabgestürzt. Der Fall war so unglücklich, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ueber die Beweggründe, die den jungen Mann, der im Wilmersdorfer Rathaus beschäftigt war, in den Tod getrieben haben, ist noch nichts bekannt.

Lichtenberg.

In einer am Dienstag in Gurlachs Kronprinzengarten abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Bezirkswahlvereins gab Genosse Alfred Linke den Bericht von der Kreisgeneralversammlung. In der Debatte wurde im wesentlichen nur die Frage des Anschlusses der Lichtenberger „Vorwärts“-Expedition an die zu gründende offene Handelsgesellschaft berührt. Den Anschluß bestritten die Genossen Stadthagen, Freiwaldt, Sonnenburg, Liesegang, Gurlach und Seifel vom Kreiszentralvorstand und Genosse John Rummelsburg. Folgender Antrag der Funktionäre des Bezirkswahlvereins wurde mit 122 gegen 101 Stimmen angenommen: „Die außerordentliche Generalversammlung lehnt nach Kenntnisnahme der bis jetzt gegebenen Unterlagen den Anschluß an die offene Handelsgesellschaft ab.“

Weißensee.

Das Provinzialschulkollegium hat die Wahl des Genossen Taubmann zum Mitgliede des Kuratoriums der Realschule nicht bestätigt. Die letzte Gemeindevorsteherwahl sollte bereits an dessen Stelle eine Neuwahl vornehmen, ohne daß Genosse T. Kenntnis von der Nichtbestätigung hatte. Die Gemeindevertretung war jedoch einsichtiger und beschloß die Neuwahl zu vertagen. Bis her in Aussicht gestellte Beschwörungsweg erledigt ist, da in der Nichtbestätigung absolut keine Gründe angegeben sind, sondern nur vermerkt ist: „Die Wahl des Kommissars Taubmann zum Mitgliede des Kuratoriums der Realschule ist nicht genehmigt.“ Im Wahlauspruch, welcher die Sache kurz vorher behandelte, gestellte Genosse Schulz das Gebahren der oberen Behörde und verlangt mit Recht die Wiederwahl des Nichtbestätigten. Er fand aber keinen Anklang; dem in letzter Zeit verhärtet gewordenen Dr. Pape war es vorbehalten zu erklären, „daß die Sozialdemokraten überhaupt keinen Anspruch auf solche Ämter erheben können“. Warum, hatte er vergessen anzugeben, auch in der öffentlichen Sitzung schweig er sich darüber aus.

Alle Sendungen, den Wahlverein betreffend, sind bis auf weiteres an Taubmann, Strahlgasse 56 III, zu richten.

Ein lohnender Einbruchdiebstahl wurde vorgestern in dem Goldwarengeschäft von M. Schütz, König-Charlesstr. 61b, verübt. Die Täter brachen die neben den Schaufenstern angebrachten Schaufäden auf und raubten sie vollständig aus. Eine große Anzahl von Taschenrechnern, Ringen, Broschen usw. fielen ihnen zur Beute. Der Schaden, der dem Goldwarenhändler durch die Einbrecher zugefügt wurde, beträgt etwa 1000 M. Von den dreizehn Schaufädenmännern fehlt jede Spur.

Zegel.

Die Krankenhausfrage für Zegel geht nun allmählich ihrer Lösung entgegen. Nachdem die Gemeindevertretungen sich im Prinzip mit der Gründung des Zweckverbandes der vier Gemeinden Zegel, Wittmann, Reinickendorf-Ost und West und Rosenthal einverstanden erklärt haben, ist in den nächsten Tagen die Gründung des Verbandes zu erwarten. Das Landratsamt hat als Vorbild den Krankenhaus-Zweckverband von Heegermühle empfohlen und diesem bezw. dem Muster, das seine Statuten geben, wird dann wohl auch zugestimmt werden. Das Krankenhaus soll, damit allen Anforderungen entsprochen werden kann, für mindestens 75 bis 100 Betten berechnet werden und Raum für die Aufstellung von Isolierbaracken bei etwaigen Epidemien bieten. Die Gemeinde Zegel wird sich nach den Beschlüssen der Gemeindevertretung vorbehalten, unter gewissen Bedingungen, das heißt, wenn dadurch die Existenz des Verbandes nicht gefährdet ist, von dem Vertrage zurückzutreten und ein eigenes Krankenhaus zu bauen. Soweit ist bis jetzt die Situation übersehbar läßt, wird das Krankenhaus sich fast selbst erhalten. Innerhalb der Gemeinden liegen große Fabrikten, denen das Krankenhaus jenseits Hälfte bringen wird. In Zegel sind nach Vollendung des städtischen Gaswerkes Zegel der Stadt Berlin rund 6000 Arbeiter beschäftigt, die gleiche Zahl und vielleicht darüber finden auf dem neuen Fabrikgelände zwischen Vorkriegsallee, Wittmann und Dalldorf Arbeit. In diesen kommen dann noch rund 4000 Arbeiter in Reinickendorf und Rosenthal. Man denke nur, wie leicht bei so vielen Arbeitern einer verunglückt. Schon heute hat Zegel eine ganze stattliche Zahl Kranke im Jahre nach Berlin zu schaffen. Die Kranke transportwagen gehören schon zu den häufigsten Erscheinungen in den Straßen Zegels. Hoffentlich gelingt es, diesen Uebelstand durch schleunigen Bau des Krankenhauses zu beseitigen.

Mühlenbeck.

In einer nur mäßig besuchten Volksversammlung referierte am Sonntag Genosse E. Sörmer über: „Die allgemeine politische Lage“. In seinem 1 1/2stündigen Referat kennzeichnete Redner in treffenden Worten die Wirrnisse, die in unserer inneren wie äußeren Politik bestehen. — Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte noch, da eine Diskussion nicht geführt wurde, zum Schluß ein Wahrspruch des Vorsitzenden Genossen Fuhs. Geklagt wurde, daß von den circa 200 Mitgliedern der Gewerkschaften nur ein geringer Teil in der Versammlung anwesend war.

Wasserstand am 19. September. Elbe bei Hufsch — Meter, bei Dresden — 1,40 Meter, bei Magdeburg + 0,89 Meter. — Hst u t bei Straßfurt — Meter. — Oder bei Haidorf + 0,61 Meter. — Rheingebirg + 1,63 Meter. — Oder bei Bries + 3,70 Meter. — Oder bei Dresden Unterpegel — 0,23 Meter.

Vermischtes.

Explosion.

In einer Weihenfelder Strohhstoffabrik explodierte während der Mittagszeit ein Dampfrohr. Von fünf Arbeitern an der Schwellebahn, die am Rohr Mittagstags hielten, wurden zwei getötet und drei lebensgefährlich verletzt.

Der Taifun in Hongkong hat Hunderte von Opfern gefordert. Aus Manila wird berichtet: Die französischen Schiffe haben vier Offiziere verloren. Von Kriegsschiffen sind die englischen Aufklärungsboote „Robin“ und „Roosen“ und der englische Torpedobootserschützer „Taku“ beschädigt, das englische Kanonenboot „Boenig“ und der französische Zerstörer „Francisque“ gescheitert, der französische Zerstörer „Fronde“ beschädigt. Bei Zusammenstößen kamen zwanzig Menschen ums Leben, acht Dampfer sind gescheitert, davon sind sechs ans Land getrieben worden.

Obwohl das Barometer am Morgen tief stand, deutete nichts darauf hin, daß ein Taifun im Anzuge sei. Die alltäglichen Arbeiten im Hafen wurden mit gewohnter Vorsicht vorgenommen, als plötzlich die Gewalt des Taifuns losbrach und die Schiffe ans Land warf. Die Hafendocks waren bedeckt mit Trümmern von Ozeandampfern, Dschunken, Sampans und Fährbooten, auf den Straßen sind die Trümmer zu Haufen getümt und verpeppen den Verkehr.

Die meisten Menschenleben hat der Orkan unter den Eingeborenen gefordert, deren Boote im Peart River durch den Sturm zum Scheitern gebracht wurden, wobei Hunderte den Tod fanden; es ist augenblicklich unmöglich, die Zahl der Umgekommenen zu schätzen. Beamte der britischen Regierung haben sofort Vorkehrungen getroffen zur Unterstützung der Obdachlosen.

Nach einer Meldung des „Standard“ aus Hongkong sind 20 Schiffe infolge des Taifuns untergegangen, darunter zwei englische Kanonenboote. Hunderte chinesische Dschunken gingen auch unter, wobei die gesamten Besatzungen ertranken. Viele Leichen der umgekommenen Matrosen sind bereits ans Land geschwemmt worden. Ein französisches Torpedoboot stieß mit einem anderen Schiff zusammen und ging unter. 20 Personen sind hierbei ertrunken. Der Gesamtverlust an Menschenleben beziffert sich zwischen hundert und zweihundert.

Die letzten Nachrichten aus Hongkong stellen fest, daß 1000 Menschenleben in dem Taifun verloren gegangen sind; 12 Schiffe sind gesunken, 24 strandet, 7 beschädigt; von den Eingeborenenfahrzeugen ist die Hälfte gesunken. Die Verletzungen sind wegen Mangel an Leichterbooten ins Stöcken geraten.

Aus Hongkong wird noch gemeldet, daß der Torpedoboot „Fronde“ bei dem Taifun durch Zusammenstoß mit einem englischen Kanonenboot und einem englischen Handelsdampfer ernstlich beschädigt worden ist; fünf Mann der Besatzung werden vermisst, vier sind verletzt.

Ueber das schwere Eisenbahnunglück in Amerika, von dem wir in unserer gestrigen Nummer berichteten, wird noch gemeldet: Bei Dover in Oklahoma ereignete sich gestern auf der Chicago-Mid.-Island- und Pacific-Bahn eine grauenhafte Katastrophe, die der historischen Tah-Bridge-Katastrophe vom 28. Dezember 1879 gleichkommt. Ein nach Norden gehender Zug, die Lokomotive und sämtliche Wagen, außer einem Pullman-Salonwagen, stürzten durch die infolge von Regen beschädigte Brücke bei Dover in den reichend geschwollenen Cimarron-Fluß. Fast sämtliche Passagiere, ihre Anzahl wird auf 115 angegeben, wurden durch den Sturz getötet oder ertranken. Da die Telegraphendrähte zerrissen sind, fehlt es noch an Einzelheiten. Nur sechs Passagiere, darunter einer namens Jeist, sollen gerettet sein. 47 Leichen wurden bei Dover und bei Kingfisher aus dem Fluß gezogen.

Ein neues Erdbeben. Nach einer Meldung der Wälder aus Brud an der Ruhr wurde dort gestern abend kurz nach 10 Uhr ein wellenförmiges Erdbeben verspürt, das fünf Sekunden andauerte und von Westen nach Osten ging. Das Beben war von unterirdischem Geräusch begleitet.

Palermo, 19. September. In vergangener Nacht um 12 1/2 Uhr wurde hier ein leichtes wellenförmiges Erdbeben verspürt; ein zweites heftiges und gleichfalls wellenförmiges, von Osten nach Westen gehendes Beben, wurde kurz nach 3 1/2 Uhr verspürt; daselbe dauerte fünf Sekunden. Auch in Bellabate, Voghera und Marino fanden Erdererschütterungen statt.

50 Personen an Fischvergiftung erkrankt. In der russischen Stadt Tomahow erkrankten gelegentlich der Feier eines Konfirmationsfestes 50 Personen an Fischvergiftung. Reuensch der Erkrankten starben. Es wurde festgestellt, daß in den Festtagsköpfen, in denen Fische gelocht worden waren, sich Grünspan angelegt hatte.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 71-76 pr. 100 Pfd., Ia 63-70, IIIa 60-64, IVa 54-58, Kalbfleisch, Doppelländer 105-115, Ia 84-90, IIa 74-83, IIIa 64-73, Hammelfleisch Ia 77-82, IIa 67-78, Schweinefleisch 66-73, Rehböck Ia pr. Pfd. 0,75-1,08, Ia 0,65, Rehböck Ia pr. Hund 0,45-0,58, IIa 0,00, Dammild 0,40-0,64, Wildschweine pr. Hund 0,00-0,00, Fischlinge 0,65, Raminchen pr. Stück 0,50-0,90, Widentien Ia pr. Stück 1,20, Ia 0,00, Rehböckner, junge Ia 1,00-1,40, junge IIa 0,70-0,95, alte 0,80-0,93, junge Reine 0,30-0,70, Döner, alte, per Stück 1,65-2,40, alte, IIa 1,30-1,50, junge, per Stück 0,60-1,20, Tauben, junge, pr. Stück 0,35-0,57, alte 0,80, Gärten, junge, per Stück 1,00-2,50, alte, per Stück 0,00, Hamburger, junge, per Stück 3,00, Gäme, Ia pr. Pfd. 0,50-0,60, IIa 0,45-0,48, Hamburger, junge 0,63, Ia pr. Stück 3,00-4,00, IIa 1,50-2,00, Wolsteis pr. Stück 1,25-1,50, do. Reine 0,65-0,90, Döner, per 100 Pfd. 77-97, Jander 111-138, Wand 57-64, Schleife 111-128, Biele 56-69, Kafe, groß 88-94, mittel 73-95, Klein-mittel 70-80, unsort. 61 bis 78, Biegen, matt 0,00, Karpen, unsort. 0,00, Bars, matt 45-51, Reine 66, Strauchhühn 75-78, Reis 0,00, Same Hühn 30-58, matt 46, Americanaer Hühn I neuer per 100 Pfd. 110-130, do. II neuer 90-100, do. III neuer 75, Spalten, Reier 0,75-1,50, Hühner, domm. I, per Schod 9, do. pommer II 2-4, Reier, Steige Ia 4-6, do. mittel per Riste 2-3, do. Reine per Riste 0,00, Döner, per Ball Reier 3-3,50, Strauchhühn 2,50-4, Kafe, groß per Pfd. 1,10-1,50, mittelgroß 0,80-1,00, Klein 0,50-0,60, Döner, per Schod 4-5, Scheinliche Riste 3-4,50, do. 4, Riste 2, Rabbin, per 100 Pfd. 20-25, Heilbut 25, Sardellen, 1900er per Ruter 95, 1904er 95, 1905er 90, 1906er 70, Schottische Vögelringe 1905 0,00, large 40-44, fall 38-38, mod. 35-42, deutsche 37-44, Döner, neue Ristes, per 1/2, 20-120, Hummer, IIa 100 Pfd. 0,00, Reier, per Schod, große 0,00, mittel 5-8,50, Reine 0,00, unsortiert 0,00, Gallier, groß 0,00, Eier, Land, per Schod 4,25-5,00, Butter per 100 Pfd. Ia 124-136, IIa 118-120, IIIa 112-116, ablaufende 95-110, Saure Gurken Schod 3,50-4,00, Pfefferkörner 3,50-4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. Daberste 2-2,25, Rosen 1,50-1,75, neue neue 1,75-2,00, Salzkart. 3-6, Spinat p. 100 Pfd. 5,00-12,00, Karotten p. Schod 2,00-3,00, Sellerie, hiesige, p. Schod 1,50-6,00, Zwiebeln 100 Pfd. 3,00-4,50, Petersilie, grün, Schod 1,00, Kohlrabi p. Schod 0,75-1,00, Rettig, bayr., p. Schod 2,40 bis 4,90, Radishesen p. Schod 0,60-0,80, Salat, p. Schod 1,50-1,75, Bohnen, grüne, per 100 Pfund 10-15, Backbohnen 10-18, Erbsen per 100 Pfd. 15-17, Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 10-13, Röhrrüben pr. 100 Pfd. 3-4, Letzterer Rüben p. 100 Pfd. 8-12, Blumenkohl p. Rabel 1,50-2,50, Strängkohl per Schod 4,00-8,00, Nollkohl p. Schod 3,00-7,00, Weißkohl p. Schod 2,00 bis 5,00, Steinpilze p. 100 Pfd. 40-50, Gurken, Gerstler, Schod 0,00-0,00, do. Einlege, Schod 1,50-1,75, do. Röhrenb. 1,50-2,00, do. Röhrenb. 2,00-3,00, do. Einlege (Zerl.) 8-18, Kohlrüben, Schod 3-4,00, Tomaten, hiesige 100 Pfd. 3-5, Kürbis 3-8, Birnen, ital. per 100 Pfd. 0,00, hiesige 3-20, Trauben 20-35, Köchliche 4-16, Rettig, 0,00, Kapsel, ungar., per 100 Pfd. 0,00, ital. 10-15, hiesige 2-9, Gravensteiner 6-18, Äpfel 15-24, Preiselbeeren 0,00, Scheinliche 20-22, Blaubeeren per 100 Pfd. 12-15, Pfäumen, hal. runde dunkle per 100 Pfd. 0,00, ungarische 0,00, hiesige 3-5, Rindfleisch 0,00, Serben 6-9, Badenier 0,00, Köchliche 4-5, Stronen, Reine 300 Stück 19,00-35,00, 360 Stück 12,50-24,00, 300 Stück 0,00, 480 Stück, Reine 12,00-15,00, 500 Stück, Reine 13-15, Kirsche, Werderste per 100 Pfd. 20-40, 1/2, 0,00, italienische Ia 15-20, do. IIa Riste 2,50, do. IIIa Riste 0,00, do. in Körben per 100 Pfd. 50-60.